

aus  
politik  
und  
zeit  
geschichte

beilage  
zur  
wochen  
zeitung  
das parlament

Hermann Weber  
Die Generallinie der KPD  
1929—1933

Lucas Heumann  
Kommunistische Bündnispolitik  
in Europa

Andreas Meier  
Eurokommunismus  
in der Krise

ISSN 0479-611 X

B 48/82  
4. Dezember 1982

Hermann Weber, Dr. phil., geb. 1928; Ordinarius an der Universität Mannheim (Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte II), Leiter des Arbeitsbereichs Geschichte und Politik der DDR am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Mannheim.

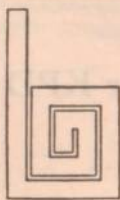
Neuere Buchpublikationen: Demokratischer Kommunismus?, Berlin (West) 1979<sup>2</sup>; Kleine Geschichte der DDR, Köln 1980; Lenin, Reinbek bei Hamburg 1980<sup>3</sup>; Lenin, Aus den Schriften 1895—1923, München 1980<sup>2</sup>; Unabhängige Kommunisten. Der Briefwechsel zwischen Heinrich Brandler und Isaac Deutscher 1949—1967, Berlin (West) 1981; Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke, 1929—1933, Düsseldorf 1981; DDR. Grundriß der Geschichte 1945—1981, Hannover 1982<sup>2</sup>; Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945—1950, Köln 1982; Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929—1933, Düsseldorf 1982.

Lucas Heumann, geb. 1953; Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Bielefeld; seit 1981 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Bielefeld und Rechtsanwalt in Detmold.

Veröffentlichungen: Gewerkschaftliche Orientierung — Tarnkappe für kommunistische Strategie (zus. mit Bernhard König), Bonn 1978; Herbert Marcuse und die Szene 1978 (zus. mit Günther Heckelmann), in: Die politische Meinung, Nov./Dez. 1978.

Andreas Meier, geb. 1954; Studium der Geschichte, evangelischen Theologie, Judaistik und Griechisch in Erlangen, Wien, Bochum, Lausanne und Göttingen; nach den Examina als Referent in der politischen Bildung tätig und mit der Anfertigung einer Dissertation aus dem Bereich der Kirchengeschichte beschäftigt.

Verschiedene Veröffentlichungen zu theologischen und hochschulpolitischen Themen; u. a.: Bildungspolitik in gesellschaftlicher Funktion, in: Thomas Walter (Hrsg.), Gewerkschaften und Demokratie — Analysen zum DGB-Grundsatzprogramm, 1982; Student und Studienreform, in: EWH Rheinland-Pfalz (Hrsg.), Studienreform gestern — heute — morgen, Festschrift für F. Fippinger, 1982; Luther — Eine einführende Skizze (im Druck).



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,  
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus Wippermann, Paul Lang, Holger Ehmke.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,77 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

## Die Generallinie der KPD 1929—1933

Die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) betrieb als Sektion der Kommunistischen Internationale (Komintern) von 1929 bis 1933 eine ultralinke Politik, d. h. sie bekämpfte radikal den bestehenden Staat, alle übrigen Parteien und die Gewerkschaften.

Die an der Jahreswende 1918/19 gegründete KPD war durch den Zusammenschluß mit der linken USPD 1920 zur Massenpartei geworden; sie bildete im Parteienspektrum der Weimarer Republik die äußerste Linke. Sie bekannte sich zur Kommunistischen Internationale und zu Sowjetrußland, erstrebte die Diktatur des Proletariats und das Rätesystem, und sie wollte ihre Organisation nach den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufbauen. Nach vergeblichen Aufstandsversuchen in der Krise bis 1923 blieb die KPD auch in der Stabilisierungsphase der Weimarer Republik von 1924 bis 1928 ein politischer Faktor mit etwa 100 000 Mitgliedern und 3,2 Millionen Wählern (1928). Die Partei war jedoch in dieser Periode vor allem mit inneren Auseinandersetzungen beschäftigt; es kam zur Stalinisierung, d. h. zur völligen Abhängigkeit von der Komintern und der UdSSR, zur Zentralisierung und der Herrschaft des Parteiapparats<sup>1)</sup>. Mit der Weltwirtschaftskrise verstärkte sich der Zulauf zur KPD. Ende 1932 hatte sie 252 000 Mitglieder und 6 Millionen Wähler.

Die KPD war also am Ende der Weimarer Republik durchaus von politischer Bedeutung.

Die Rolle der Partei in jener Zeit ist ebenso umstritten wie der Zusammenbruch der Weimarer Republik. Häufig wird die Meinung vertreten, durch die Einheit der Arbeiterklasse, einem Bündnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, hätte die Machtergreifung Hitlers und das Unheil des Faschismus für Deutschland und Europa vermieden werden können. Ob eine solche Zusammenarbeit tatsächlich einen Sieg des Nationalsozialismus verhindert hätte, soll hier nicht thematisiert werden. Interessanter scheint die Überlegung, warum es nicht zu einer solchen Zusammenarbeit mit dem Ziel der Verhinderung des Machtantritts der Nationalsozialisten kam.

Die Geschichtsschreibung (und erst recht die Propaganda) der DDR hat diese Frage seit langem recht einfach beantwortet. Nach Lesart der SED hat zwar auch die KPD Fehler begangen, doch die Hauptschuld für das Scheitern jeder Zusammenarbeit wird der SPD, vor allem der „rechten Führung“ der SPD, zugewiesen. Die Vorstellung, die aktive, antifaschistische KPD habe jede Möglichkeit genutzt, um den Kampf gegen Hitler zu führen, hingegen habe die zögernde, am „kleineren Übel“ orientierte SPD „versagt“ und größere „Schuld“ am Aufkommen der NSDAP, ist auch in der Bundesrepublik verbreitet. Selbst in der Wissenschaft wird die These vertreten, die KPD habe wegen der Haltung der SPD gar nicht anders handeln können, so daß Fehlleistungen der KPD-Haltung häufig als Reaktionen auf sozialdemokratische Politik angesehen werden.

Dieses Bild soll anhand der Quellen, vor allem der Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke — also der authentischen Belege für die Parteilinie —, zurechtgerückt werden. In Wirklichkeit war die KPD weder die einzige konsequente Kämpferin gegen den Hitler-Faschismus, noch setzte sie sich für die Einheitsfront mit Sozialdemokratie und Freien Gewerkschaften gegen Hitler ein. Vielmehr richtete sich die KPD-Strategie von 1929 bis 1933 gegen die Weimarer Republik und selbst noch nach Hitlers Sieg bis 1934 gegen die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Die Verteidigung der Sowjetunion, des „Vaterlandes“ und Modells der Kommunisten, stand im Vordergrund der KPD-Politik in Deutschland.

<sup>1)</sup> Dieser Prozeß ist näher beschrieben in: Hermann Weber, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Bd. 1 und 2., Frankfurt/M. 1969.

<sup>2)</sup> Bei diesem Beitrag handelt es sich um eine Zusammenfassung der Einleitung zum Band: Die Generallinie. Rundschreiben des Zentralkomitees der KPD an die Bezirke 1929—1933. Eingeleitet von Hermann Weber. Bearbeitet von Hermann Weber unter Mitwirkung von Johann Wachtler, Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Politischen Parteien, Bd. 6, Düsseldorf 1981. Die Einleitung erschien auch gesondert unter dem Titel: Hauptfeind Sozialdemokratie. Strategie und Taktik der KPD 1929 bis 1933, Düsseldorf 1982. In der hier gegebenen Zusammenfassung konnte auf ausführliche Belege und Quellenhinweise verzichtet werden, da sich diese in den beiden angegebenen Schriften befinden.

Im Gegensatz zur Realpolitik 1926/27 betrieb die KPD nach 1929 Obstruktion, bekämpfte von linksradikalen Positionen aus alle anderen politischen Kräfte als „faschistische“ Feinde. Im Rahmen dieser, von der Stalinschen Komintern bestimmten Konzeption gab es jedoch Nuancen, Schwankungen. So griff die KPD z. B. zeitweise nicht nur die SPD als Partei, sondern auch deren untere Funktionäre und Mitglieder an. Dann wiederum versuchte sie bei gleichzeitigem Angriff auf die Sozialdemokratische Partei, deren untere Funktionäre und Mitglieder für die „Einheitsfront von unten“ zu gewinnen. Der Kampf gegen die Gewerkschaften wurde einmal mit dem Aufruf zum „Austritt“ aus dem Verband der „sozialfaschistischen Verräter“ gekoppelt, dann wurde wieder zu Aktivitäten innerhalb der Gewerkschaft aufgefordert.

In den Darstellungen aus der DDR finden sich nun bestimmte taktische Varianten überpointiert hervorgehoben, um ein falsches, ins SED-Geschichtskonzept passendes Bild der Generallinie zu vermitteln (angeblicher Kampf der KPD um Einheitsfront und gegen den Faschismus).

Im folgenden soll skizziert werden, daß die Generallinie der KPD, ihre Strategie, konstant blieb, die Partei an der ultralinken Position festhielt, die faktisch bedeutete, daß Hitler unterschätzt und die Sozialdemokratie als „Hauptfeind“ bekämpft wurde. Im Rahmen dieser bis zur politischen Wende 1934/35 bestimmenden und unumstößlichen Strategie gab es jedoch Varianten der Generallinie, taktische Wendungen. Verschiedene Brüche in der KPD-Politik, die wie ein Zick-Zack-Kurs der Partei wirkten, waren solche taktischen Änderungen, die dazu führten, entweder die ultralinke Strategie bis zum Exzeß zu treiben oder aber realistischer und flexibler anzuwenden.

Die Generallinie selbst, die Strategie der Partei, lag durch die ultralinke Konzeption der Komintern seit 1929 fest. Die Komintern hatte — bestimmt sowohl von außen- wie innenpolitischen Interessen der Sowjetunion als auch ideologischen Vorstellungen von einer möglichen Revolution in Mitteleuropa — die für die KPD verbindliche Politik aus der Wirtschaftskrise einerseits und der angeblich wachsenden Kriegsgefahr, vor allem der Gefahr eines Angriffs kapitalistischer Länder auf die UdSSR, andererseits entwickelt. Auf Grund dieser „objektiven“ Lage erwartete die Komintern eine Radikalisierung der Arbeiterschaft und damit eine revolutionäre Situation.

Gleichzeitig prognostizierte die Komintern eine „Faschisierung“ der Sozialdemokratie und ein „Hineinwachsen“ des bürgerlichen Staates in den Faschismus.

In dieser Situation sollte die Hauptaufgabe der Kommunistischen Parteien in wichtigen Ländern (vor allem in Deutschland) in der Vorbereitung der Revolution, dem Kampf um das Sowjetregime und die „Diktatur des Proletariats“ liegen. Strategisches Hauptziel mußte dabei die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter für die Kommunisten sein. Das bedeutete Kampf gegen die „faschisierte“ Sozialdemokratie („Sozialfaschismus“), da diese die Arbeiter davon abhielt, zum Kommunismus überzugehen. Vor allem die linken Sozialisten waren daher der Hauptfeind zu bekämpfen. Ansetzen wollte die Komintern bei wirtschaftlichen Kämpfen, um dann zu politischen Auseinandersetzungen überzugehen, was auch verstärkten Kampf gegen die Gewerkschaftsführungen bedeutete (notfalls bis zur Spaltung der Gewerkschaften).

Aus dieser Strategie der Komintern lassen sich für die KPD von 1929 bis 1933 folgende verbindliche Konstanten ihrer Politik ableiten:

1. Die KPD mußte ihre ganze Kraft einsetzen um ihr Vorbild Sowjetunion vor einem angeblich drohenden Überfall zu schützen. Schließlich erklärte die KPD: „Alle Anzeichen weisen mit zwingender Kraft darauf hin, daß auf der Tagesordnung der Geschichte vor allem ein Krieg steht: der Krieg der imperialistischen Großmächte gegen die Sowjetunion.“<sup>2)</sup>
2. Die KPD mußte den Kampf gegen die bestehende Regierung bzw. den Staatsapparat in den Mittelpunkt stellen, erwartete sie doch, daß mit dem „Heranreifen“ der Revolution in Deutschland die „Frage des bewaffneten Aufstandes unvermeidlich auf die Tagesordnung treten wird“<sup>3)</sup>. Allerdings ist zu bemerken, daß die KPD trotz verbaler Thesen dieser Art in der Periode von 1929 bis 1933 keine direkten Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand traf. Doch wurden im Zuge dieser Einschätzung grundsätzliche Unterschiede zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus geleugnet, da angeblich beide Staatsformen der

<sup>2)</sup> Protokoll der Verhandlungen des 12. Parteitag der KPD, Berlin-Wedding, 9.—16. Juni 1929, Berlin o. J. (1929), S. 301.

<sup>3)</sup> Waffen für den Klassenkampf. Beschlüsse des XII. Parteitags der KPD, Berlin o. J. (1929), S. 25.

„Diktatur der Bourgeoisie“ waren und sich die Demokratie „faschisierte“<sup>4)</sup>.

3. In der neuen „revolutionären Welle“ erhob die KPD den Anspruch, allein die Arbeiterklasse zu vertreten. Alle übrigen Parteien waren danach als konterrevolutionär, ja „faschistisch“ zu bekämpfen. Differenzen im Parteiensystem erklärte die KPD als unwesentlich, da sie in allen anderen Parteien Organe des Kapitalismus sah, die den objektiv möglichen Sieg der KPD zu verhindern suchten. Auch die NSDAP („Nationalfaschismus“) war in dieser Sicht nur eine gegnerische Partei unter anderen, auch wenn sie nach ihrem rapiden Wachstum die besondere Aufmerksamkeit der KPD erweckte. Da auch die NSDAP als „Agent“ des Kapitals beurteilt wurde, konnte ihr die KPD keine besondere Eigenständigkeit zugestehen.

4. Hauptfeind innerhalb der Arbeiterklasse war für die KPD die Sozialdemokratie („Sozialfaschisten“), die es zu zerschlagen galt. Da die Sozialdemokratie sich angeblich in der „dritten Periode“ „faschisierte“, mit dem Staat verschmolzen war und die Arbeiter davon abhielt, zur KPD zu kommen, wurde jede Einheitsfront („Einheitsfront von oben“) strikt abgelehnt. Durch die sogenannte „Einheitsfront von unten“ sollte die SPD zersetzt sowie ihre Anhän-

ger für die KPD gewonnen werden. Die linken Sozialdemokraten galten dabei als „Hauptfeind...“, weil ihre Methoden zur Unterstützung der imperialistischen Politik die geschmeidigsten und wirksamsten<sup>5)</sup> seien. Gerade sie hielten bei der wachsenden Radikalisierung die Arbeiter (die in der KPD-Vorstellung sonst fast zwangsläufig zum Kommunismus stoßen würden) bei der Sozialdemokratie.

5. Auch die Freien Gewerkschaften wurden von der KPD als „faschisiert“ und mit dem bürgerlichen Staatsapparat verwachsen bezeichnet. Daher mußte die KPD nicht nur die Gewerkschaftsführung bekämpfen, sondern auch eigene Organe zur Führung von Wirtschaftskämpfen bilden. Solche ökonomischen Kämpfe, Streiks usw. waren nach der Ansicht der KPD die beste Möglichkeit zur Erreichung der Arbeiter, wobei es vor allem unorganisierte Arbeiter zu gewinnen galt.

Diese strategische Konzeption der KPD blieb zwischen 1929 und 1934 konstant. Da die KPD an ihrer Einschätzung festhielt, es bestehe eine „revolutionäre Situation“, blieb für sie die Sozialdemokratie der „Hauptfeind“. Ein prinzipieller Unterschied zwischen SPD und NSDAP („Zwillingsbrüder“<sup>6)</sup>) wurde ebenso geleugnet wie ein genereller Gegensatz zwischen Weimarer Republik und Faschismus.

## I. Taktische Veränderungen

### 1. Phase: Bis März 1930

Nach dem XII. Parteitag der KPD (Juni 1929) radikalisierte die KPD ihre Politik zunehmend; es kam zu einer exzessiven Auslegung der Generallinie. Die KPD behauptete, ein Krieg gegen die Sowjetunion stehe bevor, und sie bezichtigte völlig grundlos die sozialdemokratisch geführte Regierung unter Hermann Müller der „Kriegsvorbereitung“<sup>8)</sup>. Ebenso behauptete die KPD, die SPD (als „sozialfaschistisch“ diffamiert) betreibe eine rasche „Faschisierung“ des Staatsapparats. Dabei wurde der Begriff „Faschismus“ willkürlich für alle Gegner der Kommunisten gebraucht. Z. B. gab die KPD im September 1929 folgende Definition des Faschismus: „Der Faschismus in allen seinen Formen — als mit dem bürgerlichen Staat verwachsener Sozialfaschismus, als gelegent-

Zwischen 1929 und 1933 sind in der Politik der KPD acht Abschnitte mit taktischen Varianten der gleichbleibenden Strategie zu erkennen. Diese können hier nur knapp skizziert werden<sup>7)</sup>.

<sup>4)</sup> In einem Beschluß des ZK der KPD von Ende 1931 wurde eine „liberale Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus, von Sozialfaschismus und Hitler-Faschismus“ als „Hauptfehler“ bezeichnet, in: Internationale Presse-Korrespondenz (Inprekorr) Nr. 1 vom 5. Januar 1932, S. 28.

<sup>5)</sup> Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 3), S. 19.

<sup>6)</sup> Die KPD berief sich dabei auf Stalins These von 1924, Faschismus und Sozialdemokratie seien „keine Antipoden, sondern Zwillingsbrüder“ (Stalin, Werke, Bd. 6, Berlin-Ost 1952, S. 252f.). Stalin hatte die These von Sinowjew übernommen. Zur Entwicklung des Begriffes „Sozialfaschismus“ vgl. S. Bahne, „Sozialfaschismus“ in Deutschland. Zur Geschichte eines politischen Begriffs, in: International Review of Social History, 10 (1965), Part 2, S. 211 ff.

<sup>7)</sup> Vgl. die ausführliche Darstellung und die Belege in: H. Weber, Hauptfeind Sozialdemokratie, Düsseldorf 1982.

<sup>8)</sup> Waffen für den Klassenkampf, a. a. O. (Anm. 3), S. 53f.

lich unter radikaler Maske auftretendes Hakenkreuzertum — ist eines der wichtigsten Mittel des Finanzkapitals...<sup>9)</sup>.

Die NSDAP wurde hingegen in dieser Periode von der KPD völlig unterschätzt. Außerdem warnten die Kommunisten davor, einen „Unterschied zwischen Sozialfaschismus und Faschismus“ zu suchen<sup>10)</sup>. Trotz aller Verworrenheit der Faschismus-Definition der KPD war der Kampfbegriff in dieser Phase eher gegen die SPD als gegen die NSDAP gerichtet. Die Folge war das Abgehen von der (in der Strategie festgelegten) „Einheitsfront von unten“, d. h. dem Versuch, die sozialdemokratische Basis durch kameradschaftliche Diskussion zu gewinnen, sie gegen ihre eigene Führung aufzuwiegeln und so die SPD zu zersetzen. Ende 1929 und Anfang 1930 richtete sich die Taktik der KPD gegen die gesamte Sozialdemokratische Partei und ihre Mitglieder. So hieß es am 9. Februar 1930: „Kommunist sein heißt Todfeind des Sozialfaschismus sein.“ Am 22. Februar wurde erläutert: „Unser Trommelfeuer auf die großen Zörgiebels hat darum nur dann Erfolg, wenn es gleichzeitig mit einem Sturmangriff auf die verbürgerlichten unteren Funktionäre verbunden ist. Wer noch zur SPD gehört, ist verfault und muß (aus Betrieb und Gewerkschaft, H. W.) fliegen — auch wenn er noch so radikal tut.“<sup>11)</sup>

In der KPD-Presse wurden die „sozialfaschistischen Betriebsräte“ als „ebensolche Bluthunde wie Noske, Severing und Zörgiebel“ bezeichnet und die Kommunisten aufgefordert, in den „ehrlichen Reformisten“ nicht Kameraden, sondern die „Hauptfeinde“ zu sehen<sup>12)</sup>.

Die gesamte Taktik der KPD war bis Frühjahr 1930 immer extensiver auf die Bekämpfung der SPD gerichtet. Mit dieser Auslegung ihrer Strategie geriet die KPD in Isolierung, insbesondere, da diese Taktik mit einer schrittweisen Spaltung der Gewerkschaften verbunden war. (Am 30. November und 1. Dezember 1929 tagte in Berlin der 1. Reichskongreß der kommunistischen Revolutionären Gewerkschaftsopposition, der RGO).

Die KPD war von ihrer strategischen Zielsetzung, die Mehrheit der Arbeiter zu gewinnen weit entfernt: die Mitgliederzahl ging trotz der Wirtschaftskrise (Januar 1930: 3,2 Mill. Arbeitslose) von 135 000 Ende 1929 auf 120 000 im April 1930 zurück. Bei den Landtagswahlen mußte die Partei Stimmenverluste hinnehmen.

Diese Mißerfolge und weitere Faktoren (Stalin bremste in der UdSSR den ultralinken Kurs vorübergehend) veranlaßten die KPD nach dem Sturz der Regierung Müller und der Etablierung der Regierung Brüning zu einer taktischen Wende.

## 2. Phase: April bis August 1930

Am 5. April 1930 wurde das Mitglied des Politbüros, Paul Merker, abgesetzt; ihm wurden linke Abweichungen von der bisherigen Politik vorgeworfen. In der taktischen Phase von April bis August 1930 wurde vor allem gefordert, die Gunst der Wähler und Mitglieder der SPD durch eine differenzierte Politik zu gewinnen. Das Ziel der taktischen Wende vom April 1930 war die „Ausmerzung sektiererischer Tendenzen“, um die „Loslösung von SPD- und christlichen Arbeitern von ihrer reaktionären Führerschaft zu erreichen“<sup>13)</sup>.

Unverändert wurde die Verteidigung der Sowjetunion gegen den angeblich drohenden Überfall gefordert, die „Faschisierung“ des Staatsapparats konstatiert, die NSDAP weiter unterschätzt. Die Faschismus-Definition blieb verschwommen: „Der Faschismus in Deutschland beschränkt sich keineswegs auf die faschistischen Kampf- und Mordorganisationen, die Nationalsozialisten, den Stahlhelm usw. Die Faschisierung Deutschlands erfolgt sowohl durch die faschistischen Kampforganisationen als auch durch den bürgerlichen Staatsapparat und seine sozialfaschistischen Agenten... Der Kampf gegen den Faschismus ist daher undenkbar ohne den schärfsten Kampf gegen die Sozialdemokratische Partei, ihre Führerschaft, die eine entscheidende Waffe der Faschisierung Deutschlands darstellt.“<sup>14)</sup>

Die taktische Wende änderte auch nichts daran, daß die KPD vor allem die linken Sozialdemokraten als Hauptfeinde bekämpfte. Gleichzeitig führte die KPD den Ausbau eigener Gewerkschaften fort; bei den Betriebsratswahlen stellte die RGO wieder eigene Listen auf. So

<sup>9)</sup> Der Revolutionär, Diskussions- und Mitteilungsblatt des Bezirks Niederrhein der KPD, 6 (September 1929) 6.

<sup>10)</sup> A. Losowsky in: A. Losowsky und P. Merker, Lehren und Aussichten der Wirtschaftskämpfe, Berlin 1930, S. 60.

<sup>11)</sup> Die Rote Fahne, Nr. 34 vom 9. 2. 1930 und Nr. 45 vom 22. 2. 1930.

<sup>12)</sup> Zitiert (und kritisiert) in: E. Thälmann, Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse, Berlin 1930, S. 30.

<sup>13)</sup> Der Parteiarbeiter, 8 (1930) 4, S. 97.

<sup>14)</sup> Die Rote Fahne, Nr. 137 vom 15. 6. 1930.

zeigte die Politik der KPD wesentlich neue taktische Züge nur in der „Einheitsfront von unten“.

### 3. Phase: August bis Dezember 1930

Am 24. August 1930 veröffentlichte das ZK der KPD die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“. Damit begann eine neue Taktik, die sich in erster Linie auf den Nationalsozialismus und die SPD bezog und eine Verlagerung der politischen Agitation und Propaganda auf die „Nationale Frage“ bedeutete.

Während die These von der Verteidigung der UdSSR gegen die drohende Kriegsgefahr ebenso wie die Parole von der weiteren „Faschisierung“ des Staates und der Brüning-Regierung unverändert beibehalten wurde, schien die Programmerkklärung auf die veränderte Situation im Parteiensystem einzugehen. Da sich immer deutlicher zeigte, daß in der konkreten Politik die Nationalsozialisten die schärfsten Gegner der Kommunisten waren, die Auseinandersetzungen zwischen beiden Parteien sich zu Saalschlachten und Mordanschlägen steigerten, sollte die Programmerkklärung eine klare Position gegenüber der NSDAP bringen. Doch obwohl schon im ersten Satz die „deutschen Faschisten (Nationalsozialisten)“ angesprochen und deren nationale und soziale „Demagogie“ mit Recht zurückgewiesen wurde, war die Position der KPD zweideutig. Zum einen verfiel die KPD in den gleichen nationalistischen Jargon, zum andern griff sie weiterhin vor allem die Sozialdemokratie an. Da die NSDAP mit ihrer nationalen Demagogie Zulauf hatte, kopierte die KPD deren Methoden. Die Kommunisten nahmen in der „Programmerkklärung“ für sich in Anspruch, nur sie kämpften „wirksam sowohl gegen den Youngplan als auch gegen den Versailler Raubfrieden“. Gleichzeitig griff die KPD im Stile der Nazis die „korrupte Sozialdemokratie“ an und warf dieser „fortgesetzten Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands“ vor<sup>15)</sup>.

Obwohl es die KPD zu ihrer Aufgabe erklärte, den Nationalsozialisten die „Maske“ der Kämpfer für nationale Unabhängigkeit und für soziale Befreiung „vom Gesicht zu reißen“, ge-

langte die Partei zu keiner klaren Konzeption. Sie beurteilte nicht nur die NSDAP falsch — so hielt sie die Strasser-Gruppe für die „gefährlichste Gruppe“ —, sondern geriet mit ihren eigenen nationalistischen Parolen rasch wieder in Frontstellung vor allem zur SPD. Diese blieb für die KPD-Führung nach wie vor der Hauptfeind, dessen Einfluß gebrochen werden sollte.

Die Faschismus-Definitionen der KPD wurden auch nach der „Programmerkklärung“ keineswegs schlüssiger. Während der Wahlkampagne 1930 gab die KPD-Führung ein typisches Beispiel ihrer verwirrenden Faschismus-Thesen. Sie proklamierte, die „richtige politische Generallinie“ allein genüge nicht, es komme auf deren Anwendung an. In diesem Zusammenhang hieß es: „Die Hauptstoßkraft der Partei muß gerichtet sein gegen den Faschismus...“ Was in diesem Halbsatz jedoch wie eine klare Einsicht in die brennenden Probleme der Strategie und Taktik gegen die NSDAP anmutet (und etwa von der heutigen DDR-Geschichtsschreibung in dieser Richtung interpretiert wird), bietet in Wirklichkeit durch die Auslegung des Begriffes „Faschismus“ ein Beispiel für die heillose Verwirrung der KPD-Position. Der ganze Satz lautete nämlich: „Die Hauptstoßkraft der Partei muß gerichtet sein gegen den Faschismus, sowohl National- als auch Sozialfaschismus, und insbesondere gegen das Zentrum, das den Faschierungsprozeß des Staatsapparates im Augenblick führt.“<sup>16)</sup>

Mit solchen „Theorien“ wurden weiterhin alle nichtkommunistischen Kräfte kurzerhand als „faschistisch“ deklariert. Die verwirrenden Faschismus-Thesen wurden ergänzt durch eine völlige Verkennung der realen Situation, wie vor allem die Einschätzung der Reichstagswahlen von 1930 verdeutlicht. Thälmann erblickte in Hitlers Erfolgen „nur eine Art Umgruppierung innerhalb des bürgerlichen Lagers“. Der Vulgärmarxismus der KPD, ihre schematischen Ansichten von Politik und Klassenkräften gehen aus ihrer Vorstellung hervor, nach der „die“ Bourgeoisie sich „umgruppierte“ und es „geschickt verstand“, jene NSDAP in den „Vordergrund zu schieben“, die radikale Phrasen von sich gab<sup>17)</sup>.

Zur gleichen Zeit verschärfte die KPD ihre Taktik der Gewerkschaftsspaltung. Entsprechend den Forderungen des V. RGI-Kongresses baute die KPD ab Spätherbst 1930 die RGO

<sup>15)</sup> Die Rote Fahne, Nr. 197 vom 24. 8. 1930, abgedruckt in: H. Weber (Hrsg.), Der deutsche Kommunismus. Dokumente 1915—1945, Köln 1973, S. 58ff.

<sup>16)</sup> Der Parteiarbeiter, 8 (1930) 8, S. 226.

<sup>17)</sup> Ebd., 8 (1930) 10, S. 289.

immer deutlicher zu einer kommunistischen Gewerkschaft aus. Nun sollten rasch „RGO-Betriebsgruppen“ geschaffen werden.

In den wenigen Monaten zwischen August und Dezember 1930, in denen die KPD vor allem eine Wendung zur „nationalen“ Politik durchführte, konnte die Partei erstmals in der Krisensituation größere Erfolge erreichen. Die Mitgliederzahl stieg von 127 000 auf 176 000, vor allem brachten die Reichstagswahlen vom September 1930 der KPD einen Gewinn (gegenüber 1928) von 1,3 Millionen Stimmen und einen Anstieg von 10,6 auf 13,1 Prozent. Die neue Wendung im Dezember 1930 ging daher weder von einer selbstkritischen Beurteilung der Politik noch von Direktiven der Komintern aus, sondern von einer neuen Lagebeurteilung.

#### 4. Phase: Dezember 1930 bis Frühjahr 1931

Am 2. Dezember 1930 schrieb das Zentralorgan der KPD, „Die Rote Fahne“: „Wir haben eine faschistische Republik.“ Die KPD sah in der Notverordnung Brünings den „größten Wendepunkt“ seit 1918. Die „faschistische Diktatur“ Brünings sollte nun durch die „Volksrevolution“ gestürzt werden.

Das Exekutivkomitee der Komintern, das EKKI, relativierte diese Lagebeurteilung und erklärte, die „Einschätzung, die faschistische Diktatur bestehe bereits, ist politisch falsch.“<sup>19)</sup> Die Notverordnungen seien ein Schritt, aber noch nicht der entscheidende Schritt „zur Errichtung der faschistischen Diktatur“. Die KPD beugte sich wie üblich dem EKKI.

Die Komintern verwarf die Ansicht der KPD, die ja eine Vorbereitung des Aufstandes beinhaltet hätte, sowohl aus Gründen der sowjetischen Außenpolitik (der solche Abenteuer schaden mußten) als auch aus einer realistischeren Beurteilung der Situation in Deutschland.

Die ZK-Tagung der KPD vom 15. bis 17. Januar 1931 schwächte die grobe Fehleinschätzung ab; sie erklärte die Regierung Brüning „zur Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“, die sich „sowohl auf die sozialdemokratische Führerschaft“ als auch auf die „nationalsozialistischen Terrorbanden“ stütze. Thälmann sagte auf der Tagung: „Wir haben in Deutschland den Zustand einer ausreifenden,

wenn auch noch nicht ausgereiften faschistischen Diktatur.“<sup>19)</sup> „Kriegspolitik gegen die Sowjetunion“ war nach Auffassung der KPD eine Zielsetzung der „faschistischen Diktatur“.

Die widersprüchliche Definition des Faschismus änderte sich jedoch nicht. In einer Agitationsbroschüre „SPD-Arbeiter fragt — wir antworten“ erklärte die KPD, „der Faschismus ist nicht die NSDAP, sondern eine bestimmte politische Herrschaftsmethode des Kapitals.“ Weiter hieß es: „Hitler ist doch kein selbständiger politischer Faktor — er ist aufgepöppelt vom Finanzkapital.“ Und selbst auf die dem SPD-Arbeiter zugeschriebene Frage: „Aber ihr werdet nicht leugnen können, daß eine Hitler- oder Hugenbergregierung den Krieg bedeutet“, antwortete die KPD leichtfertig, der Krieg sei eben für jeden „Imperialismus eine objektive Notwendigkeit, gleichgültig, wie seine Regierung heißt.“<sup>20)</sup>

Der (auch durch die bürgerkriegsähnlichen Zustände hervorgerufene) weitere Abbau demokratischer Rechte durch die Brüning-Regierung, etwa die Einschränkungen des Versammlungsrechtes und der Pressefreiheit im März 1931 — deren Auswirkungen in der Praxis fast immer die KPD trafen —, läßt freilich die Schwierigkeit für die KPD-Führung erkennen, zu einer differenzierteren und realistischeren Einschätzung zu gelangen. Der Dogmatismus der KPD wurde noch verstärkt durch den Immobilismus der SPD, die ja ebenfalls zu keiner klaren Einschätzung und Konzeption fähig war<sup>21)</sup>.

Von der KPD wurde die Gewerkschaftsspaltung vorangetrieben, die Stärkung und Ausweitung der RGO gefordert. Ein kommunistischer Metallarbeiterverband und ein Roter Bergarbeiterverband wurden gegründet. Wie üblich glaubten KPD und RGO vor allem durch die Auslösung von Streiks voranzukommen. Zwar konnte nach dem Bergarbeiterstreik vom Januar 1931 ein eigener Verband gegründet werden, insgesamt blieb diese Konzeption in der Krise weiterhin ohne nennenswerten Erfolg.

Durch die sich vertiefende Wirtschaftskrise (im März 1931 gab es fast 5 Millionen Arbeitslose) und durch die Krise des Staates und des

<sup>19)</sup> Die Rote Fahne, Nr. 17 vom 21. 1. 1931. E. Thälmann, Volksrevolution über Deutschland, Berlin 1931, S. 30.

<sup>20)</sup> SPD-Arbeiter fragt — wir antworten, Berlin 1931, S. 9, 11.

<sup>21)</sup> Zur Politik der SPD vgl. E. Matthias, Die SPD, in: E. Matthias — R. Morsey, Das Ende der Parteien 1933, Düsseldorf 1960 (Neuauffl. 1979), S. 101 ff.



Parteiensystems konnte die KPD ihren Einfluß verstärken. Der Partei gelang es, die Zahl ihrer Mitglieder auf 205 000 (Februar 1931) zu steigern. Wenn dennoch im April 1931 wieder eine neue taktische Schwenkung erfolgte, so war dies nicht auf die deutsche Situation, sondern auf Weisungen der Komintern zurückzuführen. Das hing eng mit der sowjetischen Außenpolitik zusammen: „Der allgemeine Argwohn der Sowjetunion richtete sich gegen die verstärkte außenpolitische Westorientierung der deutschen Regierung, die durch die im Februar-März (1931) gewichtiger gewordene sozialdemokratische Rolle im Parlament neuen Auftrieb erhalten würde.“<sup>22)</sup>

### 5. Phase: April bis Oktober 1931

Das XI. Plenum des EKKI im April 1931 veranlaßte die KPD zu einer verschärften Taktik gegenüber der SPD. Das EKKI konstatierte eine „revolutionäre Krise“ sowie die akute Gefahr des Interventionskrieges gegen die UdSSR. Die Sozialdemokratie wurde bezichtigt, das „wichtigste Werkzeug“ bei der Vorbereitung des „konterrevolutionären Krieges gegen die Sowjetunion“ zu sein. Das EKKI hob hervor, die Sozialdemokratie sei die „soziale Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie“<sup>23)</sup>. Die KPD stellte sich sofort uneingeschränkt hinter die Beschlüsse des EKKI und versuchte, diese in ihrer Politik umzusetzen.

Wie üblich wurde die „Kriegsgefahr“ für die Sowjetunion heraufbeschworen. Die Brüning-Regierung blieb für die KPD die „Regierung der Durchführung der faschistischen Diktatur“. Ansätze einer differenzierteren Betrachtung des Parteiensystems wurden wieder zurückgenommen; unter dem Druck der Komintern richtete die KPD den Hauptstoß deutlich gegen die SPD. „SPD und Nazis“ waren in ihren Augen nur „zwei Eisen im Feuer der Bourgeoisie, deren sich das herrschende Finanzkapital wechselseitig bedient“<sup>24)</sup>.

Die neue Taktik kulminierte in der Beteiligung der KPD am Volksentscheid der Rechten in Preußen. Ursprünglich hatte die KPD das Volksbegehren des Stahlhelm gegen die so-

zialdemokratisch geführte preußische Regierung abgelehnt. Nach dem Erfolg des Volksbegehrens blieb die KPD-Führung bis Juli bei ihrer ablehnenden Haltung. Doch wenige Tage vor dem Volksentscheid griff die Komintern ein und drängte die KPD zur Teilnahme. Am 22. Juli traten danach die Führungsorgane der KPD zusammen und revidierten ihre frühere Haltung. Zusammen mit der NSDAP, dem Stahlhelm und der DNVP nahm die KPD am 9. August 1931 am Volksentscheid teil; freilich versagte ein Teil ihrer Wähler die Gefolgschaft, der Volksentscheid scheiterte.

Die KPD erklärte, sie mache weder Einheitsfront mit Hitler oder Hugenberg noch mit Braun, Severing oder Leipart, alle seien „Todfeinde der Arbeiterklasse“<sup>25)</sup>. Doch mit der Gleichsetzung Hitlers mit SPD- und Gewerkschaftsführern hatte sie einen Weg eingeschlagen, der zur faktischen Einheitsfront mit Hitler und Hugenberg führte. Die Folge war die Vertiefung des Grabens zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in der Arbeiterschaft.

Die Spaltung wurde noch forciert durch die RGO-Politik, die nach dem XI. EKKI-Plenum weitergetrieben wurde. Es kam zu Aufrufen, die Freien Gewerkschaften zu verlassen und zur RGO zu gehen, die Freien Gewerkschaften zu „zerschlagen“. Die taktische Phase von April bis Oktober 1931 zeigt so in vieler Hinsicht einen Rückfall in die exzessive ultralinke Auslegung der Strategie vor dem April 1930. Trotz gewisser Erfolge (Steigerung der Mitgliedschaft auf 233 000) blieb die KPD in der Arbeiterschaft isoliert, daher folgte im Oktober 1931 eine neue taktische Wende.

### 6. Phase: Oktober 1931 bis Frühjahr 1932

Ab Oktober 1931 rückte die NSDAP wieder stärker ins Blickfeld der KPD. Die Schaffung der Harzburger Front am 11. Oktober 1931 sowie die aggressiven Angriffe und Überfälle der SA und NSDAP auf organisierte Arbeiter bestimmten die neue Taktik. Mit dem Ruf nach „proletarischer Einheitsfront“, differenzierter Behandlung der Sozialdemokraten und Aktivitäten in den Freien Gewerkschaften schwächte die KPD die im Volksentscheid kulminierte Taktik ab.

Die taktische Wende vom Oktober 1931 galt vor allem der Gewerkschaftspolitik. Nach den

<sup>22)</sup> T. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, Berlin (West) 1970, S. 81.

<sup>23)</sup> Die wichtigsten Beschlüsse der Komintern und der KPD nach dem VI. Weltkongreß im Zitat, Berlin o. J. (1932), S. 22.

<sup>24)</sup> Die Generallinie. Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke, 1929—1933, Düsseldorf 1981, S. 353 („Anweisungen des Sekretariats vom 23. 6. 1931“).

<sup>25)</sup> Referentenmaterial zum Roten Volksentscheid am 9. August, hrsg. vom ZK der KPD.

Mißerfolgen der RGO sollten die Kommunisten wieder stärker in den Freien (und auch den christlichen) Gewerkschaften arbeiten. Die Aufforderung nach „Zerstörung“ der Freien Gewerkschaften wurde ausdrücklich für falsch erklärt. Doch blieb die KPD bei der These, die Gewerkschaften seien „ein Flügel des Faschismus“.

Im November 1931 appellierte die KPD an Sozialdemokraten und Gewerkschafter, angesichts der katastrophalen wirtschaftlichen Lage die „Rote Einheitsfront“, also die „Einheitsfront von unten“ zu bilden. Doch Ende 1931 kritisierte Thälmann bereits wieder, daß sich „Tendenzen einer liberalen Gegenüberstellung von Faschismus und bürgerlicher Demokratie, von Hitler-Partei und Sozialfaschismus, in unseren Reihen gezeigt haben“. Auch „Einheitsfrontangebote von oben an bezirkliche (!) ADGB-Führungen“ wie im Ruhrgebiet erregten Thälmanns Zorn. Er betonte, die KPD habe weiterhin „den Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie als die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie zu richten“<sup>26</sup>).

So zeigt die taktische Periode von Oktober 1931 bis April 1932 besonders drastisch die verworrene Position der KPD. Nach Ansätzen einer neuen Haltung gegenüber SPD, Gewerkschaften und NSDAP fiel die Linie rasch wieder zurück auf die radikale Haltung des Sommers 1930. Die „Verteidigung der UdSSR“ blieb unangefochten Bestandteil der Politik; wie eh und je wurde die SPD der ideologischen Vorbereitung der Intervention bezichtigt. Die Definition des Faschismus blieb weiterhin zweideutig. So erklärte Thälmann im November 1931: „Wir sagen den Arbeitern, der Faschismus beginnt nicht, wenn Hitler kommt, er hat längst begonnen.“<sup>27</sup>)

Die Taktik ab Oktober 1931 reduzierte sich so rasch wieder auf Versuche der Einheitsfront von unten (jetzt rote Einheitsfront genannt), blieb also im Rahmen der Generallinie auf die Zersetzung der SPD gerichtet. Die „rote Einheitsfront“ sollte sich nach Thälmann gleichzeitig „gegen Hitlerpartei und sozialdemokratische Führerschaft richten“<sup>28</sup>).

Wenn untere Organe der KPD sich über diese Linie hinwegsetzten und gemeinsam mit der SPD gegen den Nationalsozialismus auftraten, wurden sie von der Führung gerügt. Im Januar

1932 wandte sich die Bezirksleitung Ruhr in einem Rundschreiben gegen solche „falsche Einheitsfrontpolitik. Die Leitung drohte ihren Mitgliedern, jeder Versuch, mit Sozialdemokraten („diesen konterrevolutionären Agenten“) „auch nur zu verhandeln“, komme „einem Verrat gleich und erfordert die schärfsten Maßnahmen der Parteidisziplin gegen diejenigen, die sich solcher Handlungen schuldig machen“<sup>29</sup>). Erst die Niederlagen bei den Präsidentschaftswahlen und vor allem bei den preußischen Landtagswahlen im März bzw. April 1932, bei denen die KPD hinter die Ergebnisse der Reichstagswahl von 1930 zurückfiel (von 3,1 auf 2,8 Millionen Stimmen), führten zu neuen Überlegungen und einer einschneidenden taktischen Wende.

## 7. Phase: April/Mai 1932 bis Oktober 1932

Sofort nach den Wahlen in Preußen wandte sich die KPD-Führung mit einem neuen „Einheitsfront“-Angebot zwar nicht an die SPD, aber an deren Anhänger. Die Taktik der KPD wurde nun flexibler. Den Durchbruch der neuen Taktik brachte die „Antifaschistische Aktion“. Auf einer Tagung des ZK der KPD am 24. Mai 1932 forderte Thälmann das „Herumreißen der Partei zu einer wirklichen Einheitsfront von unten“ und schlug eine „große antifaschistische Aktion in Deutschland“ vor<sup>30</sup>).

Einen Tag nach der ZK-Sitzung überfiel die NS-Fraktion im Preußischen Landtag die Kommunisten und deren Redner Pieck. Das war für die KPD das auslösende Moment, die geplante „Antifaschistische Aktion“ zu proklamieren und die Taktik vorrangig gegen die NSDAP zu richten. Zwar sollte die Antifaschistische Aktion „unter Führung der KPD“ stehen, doch Ziel sollte sein, „dem Hitlerfaschismus den Weg zur Regierungsmacht zu verlegen, die aufsteigende Welle des Hitlerfaschismus zum Stehen zu bringen und zurückzuschlagen“<sup>31</sup>). Damit gab die KPD erstmals eine realistischere Einschätzung der Stärke der NSDAP zu erkennen und unternahm ebenso Ansätze, den „Hauptstoß“ gegen diese Gefahr zu richten. Offensichtlich versuchte die KPD-Führung, mit der neuen Taktik der Antifaschistischen Aktion die Strategie, die Generallinie der KPD, so flexibel wie möglich auszulegen und nun den

<sup>26</sup>) E. Thälmann in: „Die Internationale“, 14 (1931) 11/12, S. 487 ff.

<sup>27</sup>) E. Thälmann in: Die Rote Fahne, Nr. 219 vom 29. 11. 1931.

<sup>28</sup>) Die Internationale, a. a. O. (Anm. 26), S. 490.

<sup>29</sup>) Haupt-Staats-Archiv Düsseldorf, 306579.

<sup>30</sup>) H. Karl und E. Kücklich (Hrsg.), Die Antifaschistische Aktion. Dokumentation und Chronik Mai 1932 bis Januar 1933, Berlin (Ost) 1965, S. 23.

<sup>31</sup>) Die Generallinie, a. a. O., (Anm. 24), S. 498.

Kampf vor allem gegen die NSDAP zu richten. Die neue Taktik kam bei den KPD-Funktionären gut an, so daß die Aktivitäten der Partei gesteigert werden konnten und innerhalb der Arbeiterschaft die KPD ihre Isolierung wenigstens in Ansätzen zu durchbrechen vermochte.

Untere Einheiten der KPD wollten die Einheitsfront forcieren. In Württemberg z. B. traten die Leitungen von Heilbronn und Göppingen mit Vorschlägen an SPD und den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB) heran, in Ebingen und Tübingen bot die KPD sogar einen „Burgfrieden“ an und nahm selbst mit der KPO (Kommunistische Partei-Opposition) Kontakte auf. In Ebersbach wurde sogar „Einheitsfront ohne die Führer“ gefordert. Auch in anderen Teilen Deutschlands, so in Dessau, kam es zu solchen Angeboten. Doch bereits in einem Rundschreiben vom 14. Juli 1932 sah die KPD-Führung nach weniger als zwei Monaten der neuen Taktik bereits „Fehler“ in der Einheitsfrontpolitik und blies zum Rückzug. Die KPD wollte die Erfolge, die sie mit der Antifaschistischen Aktion erreicht hatte, nicht aufs Spiel setzen, deshalb kam es auch zu keiner durchgreifenden Änderung der Taktik. Aber die Parteiführung hatte Angst vor einem Zusammengehen mit sozialdemokratischen Organisationen gegen die NSDAP. Untere Organe hatten die neue Taktik ja so weit ausgelegt, daß die Generallinie in Gefahr geriet, zu verwässern. Entsprechend dem Rundschreiben vom 14. Juli wurden alle (offenbar recht zahlreichen) Einheitsfrontverhandlungen mit unteren Organen von ADGB und SPD unter der Parole „keine Spitzenverhandlungen“ verboten. Die Schlagzeilen lauteten nun wieder: „Massenkampf gegen Hitlerpartei, Sozialdemokratie und Zentrum“. Der Partei wurde ins Gedächtnis gerufen, daß „trotz Anwachsens der Nazis die SPD soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“ bleibe und dementsprechend bekämpft werden müsse<sup>32)</sup>. Die Verhärtung der Taktik ist aus der Furcht der KPD-Führung zu erklären, eine zu flexible Auslegung der Einheitsfront gegen die NSDAP könne zu Abweichungen von der Strategie führen. Diese Befürchtung war aber bei der Komintern noch größer, und es war daher in erster Linie der Einfluß der Komintern, der die KPD auf den Kurs zurückdrängte, die SPD sei „Hauptstütze der Bourgeoisie“ und daher nicht bündnisfähig.

Bereits im Juni 1932 hatte der Komintern-Führer Knorin in einem Telegramm gegen die „op-

<sup>32)</sup> Vgl. die Einzelheiten in: ebd., S. XLVIII ff.

portunistischen Auswüchse“ der Politik der Antifaschistischen Aktion protestiert. Die Haltung in Parlamenten wurde kritisiert, etwa das Angebot Piecks, zur Verhinderung eines NSDAP-Landtagspräsidenten in Preußen SPD und Zentrum zu unterstützen.

Die taktische Wende vom April/Mai 1932 bedeutete die größte Veränderung der KPD-Politik seit 1929. Die Haltung gegenüber der NSDAP wurde härter und konsequenter, gegenüber SPD und Gewerkschaften flexibler. Auf Druck der Komintern mußten im Juli 1932 die Ansätze, durch großzügige Auslegung der Taktik auch die strategische Linie zu modifizieren (Bereitschaft zur Einheitsfront mit Organisationen, Parlamentsarbeit), wieder revidiert werden. Dennoch brachte in dieser Phase die Antifaschistische Aktion eine etwas weniger Taktik, die auch Erfolge zeigte. War diese Taktik vor allem in der Wahlniederlage vom April 1932 und dem Anschwellen der NSDAP begründet, so ging die KPD nach ihren Wahlerfolgen im Juli 1932 wieder auf stärkere Distanz zur Konkurrenzpartei SPD. Eine neue taktische Wende und damit eine völlige Gleichsetzung von NSDAP und Sozialdemokratie verursachte erst der Druck der Komintern, die auf ihrem XII. Plenum im September 1932 diese Linie vorschrieb.

## 8. Phase: Oktober 1932 bis 1933

Die KPD übernahm sofort die verschärfte Taktik, die das XII. EKKI-Plenum forderte. Die 3. Reichsparteikonferenz der KPD (15. bis 18. Oktober 1932) nahm die These des XII. Plenums des EKKI auf: „Nur wenn der Hauptschlag gegen die Sozialdemokratie, diese soziale Hauptstütze der Bourgeoisie, gerichtet wird, kann man den Hauptklassenfeind des Proletariats, die Bourgeoisie, mit Erfolg schlagen und zerschlagen.“<sup>33)</sup> Der angeblich drohende Krieg gegen die UdSSR rückte die „Verteidigung“ der Sowjetunion wieder stärker in den Vordergrund der KPD-Politik. Auf der Parteikonferenz wurde die „Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen“ gefordert und „Genosse Stalin“ als „unumstrittener Führer des Weltproletariats“ gefeiert<sup>34)</sup>. Wieder ein-

<sup>33)</sup> E. Thälmann, Im Kampf gegen die faschistische Diktatur. Rede und Schlußwort des Genossen E. Thälmann auf der Parteikonferenz der KPD. Die politische Resolution der Parteikonferenz Oktober 1932, hrsg. von der KPD, Berlin o. J. (1932), S. 17.

<sup>34)</sup> W. Florin, Ergebnisse und Aussichten des sozialistischen Aufstiegs in der Sowjetunion. Auszug aus der Rede auf der Reichsparteikonferenz der KPD, Berlin o. J. (1932), S. 11, 22.

mal wurde behauptet, in Deutschland sei — diesmal durch Papen — „eine der Formen der faschistischen Diktatur“ errichtet.

Die KPD wollte weiterhin den „schärfsten Kampf“ gegen die SPD führen. Noch zwei Tage vor Hitlers Machtantritt, am 28. Januar 1933, nannte die Parteiführung in einem Rundschreiben die SPD die „soziale Hauptstütze der Kapitalherrschaft“ und konstatierte einen „weiteren Faschisierungsprozeß“ der SPD <sup>35)</sup>.

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik vom November 1932 hatte auch die Widersprüchlichkeit der KPD-Gewerkschaftspolitik gezeigt. Die RGO bildete eine Streikleitung, in die nach offizieller Darstellung auch „nationalsozialistische BVG-Arbeiter“ aufgenommen wurden <sup>36)</sup>. Es kam zu einer Art „Einheitsfront von unten“ mit den Nazis, die sich an den Streik nur anhängten, aber dennoch in die zentrale Streikleitung einbezogen wurden. Da sich die RGO nicht scheute, zusammen mit der NSBO (Nationalsozialistische Betriebsorganisation) gegen die Freien Gewerkschaften zu agitieren, kam es zu einer neuen Verwirrung der KPD-Anhänger und einer vertieften Spaltung der Arbeiterschaft.

Die KPD hielt bis zum Schluß an ihrer falschen Frontstellung fest. Zwar wandte sich Thälmann am 30. Januar 1933 mit einem Aufruf zur Einheitsfront direkt an die SPD, doch ein Appell antifaschistischer Intellektueller (Heinrich Mann, Käthe Kollwitz u. a.) zur Zusammenarbeit aller Arbeiterorganisationen gegen Hitler wurde im Februar 1933 von der KPD als „Verwirrungsmanöver“ verworfen.

So war es nicht erstaunlich, daß die Führung ihrer Mitgliedschaft nur schwer verständlich machen konnte, warum sich mit Hitler „eine

grundlegende Veränderung der Situation ergeben hat“ <sup>37)</sup>. Gerade die KPD hatte ja die bestehenden Verhältnisse in Deutschland bereits seit Jahren als „faschistische Diktatur“ bezeichnet und damit die Gefahr einer Machtergreifung Hitlers verniedlicht.

Obwohl die KPD einige verbale Einheitsfrontangebote an die SPD machte, behielt sie die ultralinke Generallinie bei. Damit wurde jede Aufforderung zum gemeinsamen Kampf unglaubwürdig. Noch im Mai 1933 erklärte das ZK der KPD im alten Jargon: „Die völlige Ausschaltung der Sozialfaschisten aus dem Staatsapparat, die brutale Unterdrückung auch der sozialdemokratischen Organisation und ihrer Presse ändert nichts an der Tatsache, daß sie nach wie vor die soziale Hauptstütze der Kapitaldiktatur darstellen.“ <sup>38)</sup>

Solche Thesen verbreitete die KPD noch, als ihre eigene Organisation bereits zerschlagen wurde. Allein im Ruhrgebiet wurden bis Anfang April 1933 7 300 KPD-Funktionäre verhaftet. Die Kommunisten bekamen als erste den von ihnen stets geleugneten Unterschied zwischen bürgerlicher Demokratie und Hitlerfaschismus zu spüren. Das EKKI behauptete allerdings, der Sieg Hitlers bedeute keine Niederlage der Arbeiterbewegung; die Moskauer Führung bescheinigte der KPD sogar, daß „die politische Linie und die organisatorische Politik, die das ZK mit dem Genossen Thälmann an der Spitze bis zum Hitlerschen Umsturz und im Augenblick dieses Umsturzes befolgte, vollständig richtig war.“ <sup>39)</sup>

Solche Beschönigungen konnten die Niederlage nicht ungeschehen machen. Trotz großer Opfer im Kampf gegen Hitler ging die alte KPD 1933 und in den folgenden Jahren unter.

## II. Die Generallinie

Die verschiedenen taktischen Wendungen der KPD zwischen 1929 und 1933 zeigen, daß die Politik der Partei nicht widerspruchsfrei war. Doch dahinter stand eine klar formulierte Strategie, handelte es sich für die Komintern um eine rationale und kalkulierte Generallinie. Freilich ist diese rückblickend für die KPD als verfehlt und unrealistisch, als den kommu-

nistischen Interessen in Deutschland widersprechend zu erkennen. Die der Strategie zugrunde liegende Analyse der deutschen Verhältnisse, der Sozialdemokratie und insbesondere der NSDAP war falsch.

Die Generallinie wurde nicht von der KPD, sondern von der Komintern entwickelt; sie be-

<sup>35)</sup> Die Generallinie, a. a. O. (Anm. 24), S. 647 ff.

<sup>36)</sup> Inprekorr, Nr. 94 vom 11. November 1932, S. 3020.

<sup>37)</sup> Die Generallinie, a. a. O. (Anm. 24), S. 663.

<sup>38)</sup> Rundschau über Politik, Wirtschaft, Arbeiterbewegung, Basel, Nr. 17 vom 2. Juni 1933, S. 543.

<sup>39)</sup> Ebd., Nr. 9, 1934, S. 229.

ruhte auf den Vorstellungen der UdSSR unter Stalin. Daher entsprach sie auch nicht den Erfordernissen der KPD, sondern den Interessen (oder den vermeintlichen Interessen) der Sowjetunion und den ideologischen Konzeptionen der Sowjetführer, wieder in erster Linie Stalins. Der Widerspruch zwischen der Strategie und der deutschen Realität führte zu immer neuen Schwierigkeiten beim Versuch, die Generallinie in die Praxis umzusetzen und Erfolge zu erringen. Die ständige Änderung der Taktik, die freilich nur im Rahmen dieser Strategie erfolgen konnte, zeigt die vergeblichen Bemühungen, die Generallinie mit der Wirklichkeit in Übereinstimmung zu bringen.

Systematisch gesehen, änderte die KPD zwischen 1929 und 1933 ihre Taktik siebenmal. Doch bei den fünf Schwerpunkten der Politik war die Haltung zur UdSSR (Verteidigung gegen angebliche Intervention) so eindeutig, daß hier kein Anlaß zu einer taktischen Schwenkung gegeben war. Veränderungen im Staatsapparat, also der Politik der Regierung, boten der KPD nur Ende 1930 Grund für eine taktische Neuorientierung. Auch das Parteiensystem und speziell die NSDAP war nur im August 1930 direkter Anlaß zur Änderung der Taktik („nationales Programm“). Demgegenüber stand einmal, im Oktober 1931, die Gewerkschaftspolitik im Mittelpunkt der neuen Taktik, sonst blieb diese immer auf die SPD fixiert, bestand das Problem darin, wie die „Einheitsfront von unten“ zu erreichen war, brachten vier der sieben taktischen Wendungen eine veränderte Haltung gegenüber der SPD.

Die tiefsten Zäsuren in der Generallinie bedeuteten die neue Taktik vom April 1930 und dann vor allem vom April/Mai 1932. Beides waren Versuche, die Strategie des „Hauptstoßes“ gegen die Sozialdemokratie so flexibel zu fassen oder abzumildern, daß der Kampf gegen den wirklichen Hauptfeind der KPD, die NSDAP, mit einiger Aussicht auf Erfolg geführt werden konnte.

Ein Blick auf die Hauptfaktoren, die zur jeweiligen taktischen Änderung der Strategie führten, ist ebenfalls aufschlußreich. Die erste taktische Schwenkung vom April 1930 wurde nicht nur durch die Mißerfolge der KPD, sondern auch durch die Weisungen der Komintern (Sitzung des EKKI-Präsidiums im März 1930) bestimmt. Die taktischen Wendungen vom April 1931 und vom Oktober 1932 waren sogar ausschließlich eine Anpassung an die Kominternlinie, die das XI. bzw. XII. EKKI-Plenum festgelegt hatte (und in beiden Fällen

bedeutete dies eine erhebliche Verschärfung des Kurses gegen die SPD). Die Wendung vom August 1930 (nationale Politik) war nicht nur die Folge eines Anstiegs der NSDAP, sondern ebenso der veränderten sowjetischen Außenpolitik. Vier der sieben taktischen Wendungen sind also eindeutig auf die Komintern bzw. die Sowjetunion zurückzuführen.

Hiermit wird deutlich, daß nicht nur die Generallinie der KPD eine Widerspiegelung der Komintern-Strategie war, sondern auch die jeweilige Taktik der deutschen Kommunisten vorrangig von Moskau diktiert wurde. Die Einbindung der KPD in die Komintern war mehr als nur eine organisatorische Frage, sie war auch für die politische Konzeption entscheidend.

Diese politische Konzeption zeigte in ihren Schwerpunkten indes die gesamte Problematik der Partei. Die Ideologie und Programmatik der Partei verengte sich nach 1929. Die Sowjetunion, das „Vaterland“ der Kommunisten, blieb nicht nur Vorbild für die Revolutionserwartungen der Partei (Fixierung auf die russische Oktoberrevolution und schematische Gleichsetzung der eigenen Aufgaben mit der russischen Entwicklung), auch das Ziel, die kommunistische Zukunftsgesellschaft, reduzierte sich auf die sowjetische Wirklichkeit der Stalinschen Industrialisierung und Parteidiktatur.

Neben dem Widerspruch, als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten zu wollen und zu müssen, zeigte sich ein zweiter Grundwiderspruch: als Massenpartei konnte die KPD nicht nur verbal-radikal Revolutionsideologie vertreten, sie mußte auch praktische Tagespolitik betreiben.

Der kämpferische Einsatz der KPD für eine „bessere Welt“, ihre Opposition gegen überholte Strukturen der Gesellschaft zeigten sie als eine Partei des Fortschritts. Die Kritik am bestehenden wirtschaftlichen und politischen System war die „Stärke des deutschen Kommunismus“<sup>40</sup>). Doch dieses progressive Potential wurde durch die kommunistische Strategie verspielt. Der Massenanhang, die kraftmeierische Sprache der Parteiführung und der Kampfgeist der Funktionäre und Mitglieder schufen ein falsches Bild. Trotz erheblichen Zulaufs an Mitgliedern und Wählern (ihr höchster Stimmenanteil betrug 17 Prozent im November 1932) blieb die KPD letztlich isoliert.

<sup>40</sup>) S. Neumann, Die deutschen Parteien. Wesen und Wandel nach dem Kriege, Berlin 1932, S. 97.

Die Verfolgung der KPD durch den Weimarer Staat war keineswegs die Ursache der verhängnisvollen Gleichsetzung von Demokratie und Faschismus durch die Kommunisten, erleichterte aber der Parteiführung die Durchsetzung dieser Linie. Polizeiaktionen gegen die KPD (allein 1932 über tausend) waren ebenso typisch wie das Verbot kommunistischer Zeitungen, und in den letzten drei Jahren der Republik erschoss die Polizei 170 Kommunisten. Unter solchen Umständen wurde die unsinnige und verheerende These der KPD-Führung, „Brüning hat eine absolute Diktatur eingerichtet, wie sie die Nationalsozialisten nicht absoluter schaffen können“<sup>41)</sup>, von der Partei kritiklos akzeptiert und von den Funktionären wohl auch geglaubt.

Die KPD erschien am Ende der Republik noch immer als die revolutionäre Partei, die sie einmal war, eine Bewegung, die „für das Morgen existiert“<sup>42)</sup>. Auch das vergrößerte ihre Anhängerzahl, da das Heute in der Krise für viele eine einzige Misere war. Opponierende Jugendliche und kämpferische Geister, die nicht resignieren wollten, glaubten in der KPD eine politische Heimstätte zu finden. Klassenbewußte Arbeiter, die nicht nur eine materielle Besserstellung, sondern mehr noch gesellschaftliche Gleichberechtigung und Anerkennung ihrer Menschenwürde forderten, wurden durch das radikale Auftreten und die programmatischen Ziele der Partei angezogen. Freilich ist nicht zu übersehen, daß die KPD in der Krise auch „lumpenproletarische“ Elemente in ihren Bann zog.

Durch die Bekämpfung nicht nur der übrigen Parteien, sondern auch der nichtkommunistischen Arbeiterbewegung, blieb die Partei ohne realpolitisches Gewicht und verharrte im Negativen. Da die Strategie alle nichtkommunistischen politischen Kräfte kurzerhand mit dem Etikett „Faschismus“ belegte, konnte die Partei auch nicht zu differenzierter Politik gelangen. Die Analyse des deutschen Parteiensystems in der Strategie und Taktik der KPD blieb so an der Oberfläche. Erst recht konnte die Partei mit ihren Faschismus-Thesen die NSDAP nicht klar einordnen und bekämpfen. Bei den verworrenen Faschismus-Thesen der KPD (Nationalfaschismus, Sozialfaschismus, Zentrumsfaschismus, Hugenberg-Faschismus usw.) war die KPD im allgemeinen nicht in der Lage, in der NSDAP eine beson-

dere politische Kraft zu sehen; für sie blieb die NSDAP eine von vielen gegnerischen Parteien. Daher gelang es der KPD nicht, die Gefahr dieser Bewegung gerade für den deutschen Kommunismus realistisch einzuschätzen. Zwar führten die heftigen und oft blutigen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten hin und wieder zu bemerkenswerten theoretischen Reflexionen, in der Gesamtkonzeption der Partei konnten sich solche Einsichten jedoch nicht durchsetzen. Das hing wohl nicht zuletzt damit zusammen, daß es sich bei den Faschismus-Analysen der KPD nicht um eigenständige Aussagen der deutschen Partei handelte, sondern um die unkritische Übernahme der Faschismus-Vorstellungen der Komintern. Die Generallinie beinhaltete so eine ständige Unterschätzung der NSDAP (nicht unbedingt des „Faschismus“, doch damit war ja die Gesamtheit der kommunistischen Gegner gemeint).

War die kommunistische Strategie von 1929 bis 1933 für die Komintern und insbesondere für die Sowjetunion durchaus rational und klar kalkuliert, so mußte sie sich allein wegen dieser katastrophalen Fehleinschätzung der NSDAP für die KPD verheerend auswirken. Rückblickend kann man sagen, vermutlich hätte selbst noch eine längere diktatorische Herrschaft Schleichers das Hitlerregime — und damit den Zweiten Weltkrieg und 50 Millionen Tote — verhindern können. Die KPD wäre unter einem solchen System wohl auch verboten, aber nicht zerschlagen und ihre Führer und Funktionäre nicht physisch vernichtet worden. Freilich kann man nicht erwarten, daß die KPD-Führung damals eine solche Politik des „kleineren Übels“ erkennen konnte oder gar praktizieren wollte (auch alle übrigen Parteien schätzten ja die NSDAP falsch ein). Doch ihre Strategie hemmte eben jeglichen Ansatz zur Erkenntnis, daß der Kampf gegen Hitlers Machtergreifung praktisch um jeden Preis geführt werden mußte. Die Strategie der KPD verhinderte — trotz ihres täglichen Einsatzes gegen die NSDAP — ein Konzept zur erfolgreichen Bekämpfung Hitlers. Diese verhängnisvolle Fehleinschätzung ist keineswegs zwangsläufig aus der kommunistischen Ideologie entstanden, wofür die weit realistischere Beurteilung des Faschismus durch die verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen ein Indiz darstellt. Es war vielmehr die Abhängigkeit der KPD von der Komintern, die eine der deutschen Situation angemessene Politik der KPD erschwerte.

<sup>41)</sup> Hungerdiktatur in Brüning-Deutschland, hrsg. vom ZK der KPD, o. O. u. J. (Berlin, Ende 1931), S. 14.

<sup>42)</sup> S. Neumann, a. a. O. (Anm. 40), S. 89.

### III. Innerparteiliche Auseinandersetzungen

Die Generallinie konnte in der KPD nicht immer reibungslos durchgesetzt werden, besaß doch die Partei eine Tradition innerparteilicher Demokratie, die trotz der Stalinisierung nachwirkte. Auch hatte die Führung (anders als die Staatspartei KPdSU) außer relativ geringen materiellen Mitteln keinerlei Repressionsmöglichkeiten gegenüber ihrem Apparat und besonders den ehrenamtlichen Mitgliedern; sie mußte diese also vor allem ideologisch überzeugen. Obwohl die KPD nach 1929 eine straff zentralisierte und disziplinierte Organisation war, gab es noch Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zur Zeit vor 1930 handelte es sich jedoch nicht mehr um politische Richtungskämpfe verschiedener Gruppen und Fraktionen, die offen ausgetragen wurden, sondern um Querelen in der Führungsspitze oder um kleinere Absplitterungen von der Partei. Immerhin behinderten sie die Führung bei der Durchsetzung der Generallinie und waren so für diese von Bedeutung.

Dabei sind Auseinandersetzungen innerhalb der Führung (wie die Krisen um Paul Merker und vor allem um Heinz Neumann) zu unterscheiden von Nachklängen ehemaliger Gruppenopposition (Opposition der 60) und „Abweichungen“ mittlerer und unterer Kader, die am häufigsten registriert wurden.

1930 konnte die Führung die Opposition von Paul Merker und seinen Anhängern leicht überwinden; Merker mußte nun als Sündenbock für die ultralinken Überspitzungen erhalten. Zur gleichen Zeit wurde die „Gruppe der 60“ ausgeschaltet, die sich gegen den RGO-Kurs wandte. Ihr Ausschluß beendete jede Form organisatorischer Zusammenfassung oppositioneller Gruppen in der KPD. Es gab jedoch weiterhin sogenannte Abweichungen, allerdings mit unterschiedlichem Stellenwert und von verschiedener Art. Unter diesen Begriff fielen sowohl Stimmungen und Handlungen an der Basis, die nicht der Generallinie entsprachen, als auch praktische oder theoretische Aussagen von Funktionären, die von den Vorstellungen der Führung abwichen, und schließlich auch Auseinandersetzungen innerhalb der Führung selbst, bei denen die unterlegenen Führer als Abweichler gebrandmarkt wurden. Typisch für eine von der Führung ab November 1931 bekämpfte Abweichung an der Basis war die in der KPD verbreitete Tendenz zum „individuellen Terror“. Dies betraf Überfälle von Kommunisten auf politische

Gegner (der NSDAP, aber auch der Polizei und selbst der SPD), die bis zum politischen Mord reichten und in einem Beschluß des ZK ausdrücklich verurteilt wurden.

Noch stärker mußte sich die KPD-Führung bis 1933 ständig mit „rechten“ oder „linksektierischen“ Abweichungen beschäftigen, wobei allerdings meist nicht konkret die „Abweichler“ benannt wurden, sondern Stimmungen die „Gefahr“ signalisierten. Die Führung glaubte, durch straffe Anleitung und Schulung der Funktionäre einerseits und durch Auswechslung der Funktionärskader andererseits die Probleme bewältigen zu können. Entsprechend der ultralinken Strategie blieben dabei die „rechten“ Abweichungen „die Hauptgefahr“ (XII. EKKI-Plenum).

Es gab auch ideologische Abweichungen. So wandte sich Thälmann gegen die Theorien Rosa Luxemburgs. Vor allem nach einem Brief Stalins von 1931, der gegen die deutsche Vorkriegs-Sozialdemokratie und Rosa Luxemburg gerichtet war, mußte die KPD ihre eigene Tradition bekämpfen und den „Luxemburgismus“ schmähen. Freilich zeigte sich gerade hier, daß ideologische Auseinandersetzungen kein Selbstzweck waren. Aus dem Stalin-Brief wurden auch aktuelle politische Schlußfolgerungen gezogen, vor allem erneut die These vom „Hauptstoß gegen die Sozialdemokratie“ abgeleitet und insbesondere die linken Sozialdemokraten, die Sozialistische Arbeiter Partei (SAP) und die KPO zur Zielscheibe von Angriffen gemacht.

Zeigt so ein Blick auf die verschiedenen Formen von Abweichungen zwischen 1930 und 1932, wie vielfältig die Differenzen in der KPD waren, so fand die entscheidende Auseinandersetzung jener Periode in der Führung selbst statt. Es war das Auseinanderbrechen des nach der „Wittorf-Affäre“ 1928 zustande gekommenen Führungs-„Triumvirats“ Heinz Neumann, Hermann Remmele und Ernst Thälmann. Der Kampf zwischen den Spitzenführern, die 1929, 1930 und weitgehend auch 1931 gemeinsam die von Stalin bestimmte Politik der KPD leiteten, war die wichtigste innerparteiliche Kontroverse zwischen 1930 und 1933. Bis 1931 arbeiteten Thälmann, Neumann und Remmele eng zusammen, sie vertraten die Generallinie der KPD, den Kurs des EKKI. Erst ab Sommer 1931 gab es Differenzen vor allem zwischen Thälmann und Neumann.

Stalin entschied sich offensichtlich im Spätherbst 1931 gegen Neumann, der dann im Mai 1932 seiner wichtigsten Funktionen enthoben und nach Moskau „verbannt“ wurde. Menschliche Gegensätze und persönliche Querelen zwischen Neumann und Thälmann, die natürlich politisch drapiert wurden, spielten bei den Auseinandersetzungen — eher ein Cliquenkampf als politische Differenzen — eine große Rolle. 1932 schlug dies in politische Streitigkeiten um, wobei gerade Neumann und Remmele einen Lernprozeß durchmachten.

Für die Einschätzung der Differenzen sind vor allem zwei Momente wichtig. Einmal zeigt es den Grad der Hierarchisierung der KPD an, daß die Parteimitgliedschaft und der Großteil der Funktionäre bis zuletzt vom Zwist in der Führungsspitze keine Ahnung hatten; sie wurden erst auf der 3. Parteikonferenz unterrichtet, als die Kämpfe längst abgeschlossen waren. Typisch für die fortgeschrittene Stalinisierung der KPD ist, daß diese undemokratische Methode auf keinen Widerstand stieß. Zum

ändern sind die heutigen Versuche der DDR-Geschichtsschreibung, allein der „Neumann-Gruppe“ die ultralinke Politik anzulasten, absurd. Die Generallinie und ihre Prinzipien blieben unangetastet, gleichviel, ob in der Führung Thälmann oder Neumann größere Befugnisse hatte. Doch auch alle taktischen Varianten wurden in Übereinstimmung mit der Komintern von der gesamten damaligen Führung getragen. Jedenfalls war „die Partei“, nämlich die gesamte Führung, für die ultralinke Generallinie und ihre taktische Auslegung verantwortlich, nicht irgendwelche „Abweichungen“. Nichts könnte dies deutlicher unterstreichen als die Tatsache, daß nach der Ausschaltung Neumanns, im Oktober 1932, wieder eine taktische Wendung mit exzessiver Auslegung der Strategie erfolgte, und zwar vor allem gegenüber der SPD. Diese „sektiererische“ Haltung ist nicht Neumann anzulasten. Freilich ist für sie letztlich auch nicht Thälmann verantwortlich, sondern das EKKI, das auf seiner XII. Tagung die Weichen entsprechend gestellt hatte.

#### IV. Probleme der Organisationsstruktur

Die KPD war keine selbständige Partei, sondern eine Sektion der Komintern, der „Weltpartei der Revolution“. Damit war die KPD an die Beschlüsse der Komintern gebunden und hatte diese durchzuführen; auch die Organisationsform der Partei entsprach den Richtlinien der Komintern. Deren Direktiven entsprechend hatte sich die KPD bis 1929 zu einer zentralistischen Organisation entwickelt. Die Stalinisierung bedeutete die Veränderung der inneren Parteistruktur der KPD, die Entstehung einer straff disziplinierten und zentralisierten Organisation, in der die Führung mit Hilfe des Parteiapparats (d. h. der hauptamtlichen, von der Partei bezahlten Funktionäre) die Mitglieder beherrschte und die Politik im Sinne und entsprechend den Weisungen der KPdSU unter Stalin praktizierte<sup>43)</sup>.

Die KPD hatte den Zentralismus stets hervorgehoben. Sie verlangte eine „militärische Disziplin“<sup>44)</sup>. Jedoch nach 1929 galt die bedingungslose Unterordnung der Parteiorgane unter die übergeordneten Leitungen als oberster Grundsatz des Parteiverhaltens. Fraktionsbil-

dungen wurden unnachdsichtig verfolgt. Ihr Organisationsprinzip bezeichnete die KPD als „demokratischen Zentralismus“, doch am Ende der Weimarer Republik wurde darunter die hierarchisch-zentralistische Parteistruktur verstanden. Das nach dem Statut höchste Organ der KPD war der Parteitag. Der XII. und letzte Parteitag war aber bereits 1929 zusammengetreten. Er hatte das Zentralkomitee (ZK) bestimmt, das bis 1933 amtierte. Weit wichtiger als die gewählte Institution ZK (dieses wurde kaum noch einberufen) waren die zentralen Organe: das Politische Büro (Polbüro, später Politbüro genannt), das Sekretariat mit dem ständigen Apparat des ZK (in Abteilungen gegliedert). Das nach dem Parteitag 1929 vom ZK gewählte Polbüro setzte sich aus elf Mitgliedern und vier Kandidaten zusammen (Franz Dahlem, Leo Flieg, Wilhelm Florin, Fritz Hekert, Paul Merker, Wilhelm Pieck, Hermann Remmele, Fritz Schulte, Ernst Thälmann, Walter Ulbricht und Jean Winterich sowie Wilhelm Hein, Wilhelm Kasper, Heinz Neumann und Helene Overlach<sup>45)</sup>). Dieses Polbüro blieb als Führungsorgan bis 1933 im wesentlichen

<sup>43)</sup> Vgl. dazu H. Weber, *Wandlung*, a. a. O. (Anm. 1), Bd. 1.

<sup>44)</sup> *Die Rote Fahne*, Nr. 306 vom 30. 12. 1928.

<sup>45)</sup> Biographien der Personen finden sich in H. Weber, *Wandlung*, a. a. O. (Anm. 1), Bd. 2.



konstant. Merker schied im April 1930 aus, Winterich starb im August 1932, Flieg wurde in den Kandidatenstand zurückversetzt. Neu aufgenommen wurden 1931 Hermann Schubert und im Mai 1932 John Schehr; außerdem wurde der jeweilige Vorsitzende des KJVD kooptiert.

Nach den Anweisungen der Komintern sollte das Polbüro mindestens einmal wöchentlich zusammentreten und alle politischen Fragen entscheiden. In der Praxis geschah das keineswegs. So verlagerten sich die politischen Kompetenzen vom Polbüro auf ein anderes Führungsorgan, das Sekretariat. Das zahlenmäßig kleine Sekretariat mußte den Apparat des ZK, d. h. die Abteilungen, anleiten. Tatsächlich dirigierte das Sekretariat nach 1929 weitgehend die Politik der Partei. Die gesamte Korrespondenz mit den Bezirken, d. h. faktisch die Anleitung der Partei, konnte nur über das Sekretariat erfolgen. Damit hatte es in der Parteihierarchie eine Schlüsselposition inne. Da alle Sekretäre auch dem Polbüro angehörten, waren sie auch die eigentlichen Führer der Partei.

Das Sekretariat setzte sich nach dem Parteitag von 1929 aus acht Personen zusammen: Thälmann, Dahlem, Flieg, Heckert, Merker, Neumann, Remmele und Ulbricht. Merker schied 1930 aus. Im Mai 1932, nach der Ausschaltung Neumanns, wurde das Sekretariat neu gebildet; ihm gehörten nur noch der Parteivorsitzende Thälmann, Remmele und Schehr als Mitglieder sowie Pieck und Ulbricht als Kandidaten an. Die letzte Reorganisation des Sekretariats vor der Zerschlagung der KPD erfolgte auf der ZK-Tagung vor der 3. Parteikonferenz im Oktober 1932; nun verlor auch Remmele seine Funktion. Das Sekretariat bestand aus Thälmann, Schehr und Ulbricht als Mitgliedern sowie Florin und Pieck als Kandidaten.

Über Kompetenzen und Arbeitsteilung dieses letzten Sekretariats gibt es einige Hinweise<sup>46)</sup>. Danach war Thälmann verantwortlich für Antikriegsarbeit (also den geheimen Apparat), für RFB (Roter Frontkämpferbund) und KJVD (Kommunistischer Jugendverband Deutschlands), „John Schehr als Stellvertreter des Parteivorsitzenden zeichnete für die Kontrolle der Abteilungen des Apparats des Zentralkomitees verantwortlich und übernahm einiges aus dem bisherigen Arbeitsbereich Ernst Thälmanns“. Ulbricht erhielt die wichtige Aufgabe,

die Verbindungen zu den Parteiorganisationen (also den Bezirken) zu überwachen und war für die Kontrolle der „Beschlüßdurchführung im Sekretariat“ und Polbüro verantwortlich, außerdem leitete er die RGO an. Pieck unterstanden die anderen Massenorganisationen und Parlamentsfraktionen, „er zeichnete auch für die Geschäftsführung und Finanzpolitik verantwortlich“. Pressedienst und „Rote Fahne“ wurden von Thälmann und Schehr angeleitet und kontrolliert.

Diese Aufgabenverteilung zeigt sowohl die Zentralisierung der Partei als auch die umfassende Kompetenz der Sekretäre für die Anleitung der KPD. Dabei stand ihnen zur Durchführung der Aufgaben vor allem der zentrale Apparat des ZK zur Verfügung. Im Ressortapparat gab es verschiedene Abteilungen (Organisation, Gewerkschaft, Agitprop, Frauen usw.). Die Abteilungen waren Arbeitsstäbe des Sekretariats; ein Sekretär war für mehrere Abteilungen zuständig. An der Spitze der Abteilungen stand ein Abteilungsleiter, dem politische und technische Mitarbeiter sowie Instrukteure und Hilfskräfte zugeordnet waren. Wie die Arbeitsweise, so änderte sich auch die Aufteilung der Abteilungen. Im Januar 1933 gliederte sich der Apparat des ZK nur noch in vier Abteilungen: Organisation, Agitprop, Kasse und Geschäftsabteilung<sup>47)</sup>.

Die ständigen Umstellungen der Struktur der Abteilungen änderten nichts am Prinzip der zentralistischen Anleitung. Auch zeigten die zentralen Führungsorgane in ihrer Verteilung der Zuständigkeiten, dem Arbeitsablauf, der Kontrolle usw. die üblichen bürokratischen Organisationsprinzipien, wobei die allgemein üblichen Arbeitsmethoden jeder „Behörde“ mit der speziellen Arbeitsweise verbunden waren, die die sowjetischen Kommunisten entwickelt hatten. Die Abteilungen als Arbeitsstäbe bereiteten entscheidungsreife Beschlüsse vor, die das Sekretariat genehmigte, änderte oder verwarf. Auch personalpolitische und finanzielle Probleme regelte das Sekretariat. Freilich blieb das Sekretariat stets eine dem EKKI untergeordnete Instanz. Da die KPD Sektion der Komintern war, wurden letzte Entscheidungen nicht nur politischer, sondern auch organisatorischer, personalpolitischer oder finanzieller Art in Moskau getroffen.

Territorial war die KPD in Bezirke gegliedert. 1929 zählte die Partei 27 Bezirke, 1931 24. Da

<sup>46)</sup> E. Thälmann. Eine Biographie, von einem Autorenkollektiv unter Leitung von Günter Hortschansky, Berlin (Ost) 1979, S. 611.

<sup>47)</sup> M. Pikarski, Umstellung der KPD auf die Illegalität, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 20 (1978) 5, S. 723.

die regionale Stärke der KPD nicht gleichmäßig war, kam den verschiedenen Bezirken unterschiedliches Gewicht zu. Anfang 1931 zählten die sechs stärksten Bezirke Berlin-Brandenburg (15,7 %), Sachsen (13,8 %), Ruhr (9 %), Wasserkante (8,9 %), Halle-Merseburg (7 %) und Niederrhein (6,3 %) sechzig Prozent aller KPD-Mitglieder, die restlichen 18 Bezirke nur vierzig Prozent.

Die Bezirksorganisation sollte über die Unterbezirke (UB), Stadtteile und Ortsgruppen vor allem die Betriebszellen und die Straßenzellen anleiten.

Die KPD besaß zwar einen relativ starken hauptamtlichen Parteiapparat (ca. 1 000 politische Funktionäre wurden direkt von der Partei bezahlt), aber sie war vor allem auf die Aktivitäten der ehrenamtlichen Funktionäre angewiesen. Die sprichwörtliche Einsatzbereitschaft dieser Funktionäre und der aktiven Mitglieder war die Voraussetzung für die Schlagkraft der Partei. Von 1929 bis 1932 stieg die Zahl der Mitglieder erheblich an (März 1929: 116 000, März 1930: 135 000, März 1931: 195 000, März 1932: 287 000), stagnierte aber im Jahre 1932: Ende 1932 wurden 252 000 zahlende Mitglieder registriert.

Das Bild des stetig steigenden Mitgliederbestandes verdeckte freilich ein schwieriges Problem der Partei: die Fluktuation. Die KPD nahm 1929 bis 1932 erheblich mehr Mitglieder auf, als in der Partei blieben.

In den Jahren 1931 und 1932 soll die KPD 400 000 neue Mitglieder gewonnen haben. Da das Sekretariat des ZK am 25. Juli 1932 eine Aufnahmesperre beschloß, um besser auf die Illegalität vorbereitet zu sein, sind somit im Jahre 1931 und im ersten Halbjahr 1932 weit mehr Personen der Partei beigetreten, als sie zu dieser Zeit überhaupt Mitglieder zählte. Tatsächlich registrierte die KPD 1931 eine Fluktuation von 38 Prozent und 1932 sogar eine von 54 Prozent<sup>48)</sup>; sie war die organisatorische Hauptschwäche der KPD.

Die Fluktuation bedeutete wohl weniger eine Umschichtung der Mitgliedschaft als vor allem den raschen Verlust neugewonnener Mit-

glieder, die nur ein kurzes Gastspiel in der KPD gaben.

Gleichzeitig ging der Einfluß der KPD in den Betrieben fast völlig zurück. Der Anteil der Betriebsarbeiter an der Mitgliedschaft verringerte sich bis auf 11 Prozent im Jahre 1932. Das Hauptziel der Organisationsarbeit der KPD, durch Betriebszellen in den Betrieben verankert zu sein, war so völlig mißlungen. Da die Fluktuation außerdem die mögliche Stärke der Organisation verminderte, konnten die Aufgaben der Generallinie für die Parteistruktur nicht erreicht werden.

Auch bei den Organisationsfragen zeigte sich die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion als wichtiges Problem, nämlich bei der materiellen Unterstützung durch die KPdSU. Die Finanzhilfe lief über die Komintern. Wenn auch das Ausmaß nicht exakt zu beziffern ist, steht doch fest, daß sie etwa ein Drittel der Gesamteinnahmen der KPD überhaupt betrug<sup>49)</sup>. Nur dank dieser Hilfe konnte die KPD einen umfangreichen und schlagkräftigen Parteiapparat unterhalten und ihre Parteipresse und Propaganda finanzieren.

Die Abhängigkeit von der KPdSU einerseits und die freiwillige Unterordnung der KPD unter die „führende Rolle“ der KPdSU und der Komintern andererseits waren die Voraussetzung für die Generallinie der deutschen Kommunisten. Die KPD-Politik war damit von 1929 bis 1933 in ihrer möglichen und notwendigen Bandbreite eingeeengt. Die völlige Einbindung und Unterordnung unter die Stalin'sche Kominternführung ließen der KPD keine Alternative; sie hatte an der Strategie des Hauptstoßes gegen die Sozialdemokratie ebenso festzuhalten wie an der Unterschätzung der NSDAP. Als Sektion der Komintern konnte die KPD diese Strategie nicht einmal auf Dauer ihren eigenen Interessen und der Situation in Deutschland entsprechend modifizieren. So war die Generallinie von 1929 bis 1933, die den Untergang der alten KPD selbst mit herbeiführte, letztlich ein strukturelles Problem der Partei, war auf ihre Abhängigkeit von der Komintern und damit von der KPdSU Stalins zurückzuführen.

<sup>48)</sup> Einzelheiten in: Die Generallinie, a. a. O. (Anm. 24), S. XCVII ff.

<sup>49)</sup> Einzelheiten der Finanzierung bei H. Weber, Wandlung, a. a. O. (Anm. 1), Bd. 1, S. 308 ff.

# Kommunistische Bündnispolitik in Europa

## Historische Erfahrungen — politische Konsequenzen

### I. Einleitung

Bündnispolitik ist nach dem Verständnis des modernen Kommunismus sowjetischer Prägung das „Bestreben einer Klasse der Gesellschaft, sich zur Durchsetzung ihrer Ziele mit anderen Klassen und Schichten zu verbünden“<sup>1)</sup>.

Ziel dieser kommunistischen Bündnispolitik ist es dabei — in Übereinstimmung mit den im Lehrgebäude des historischen Materialismus wiedergegebenen gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten —, durch einen revolutionären Prozeß den Spätkapitalismus der westlichen Welt in eine Diktatur des Proletariats umzuwandeln. Dabei kommt der kommunistischen Partei eine entscheidende Rolle zu: Als „Partei neuen Typus“<sup>2)</sup> soll sie die Avantgarde der erst in der Entfaltung stehenden und noch nicht zum klaren Bewußtsein ihrer revolutionären Aufgabe gelangten Arbeiterklasse bilden<sup>3)</sup>.

Dieser Anspruch als Avantgarde des Proletariats befähigt die kommunistische Partei auch, sich über die fehlende Legitimation durch die Bevölkerung hinwegzusetzen. Insofern bildet nicht die Zustimmung durch die Massen, sondern der eigene gesetzmäßige Auftrag die Legitimation des eigenen Handelns<sup>4)</sup>. Bündnispolitik wird so zum taktischen Instrument zur Erfüllung eines gesetzmäßigen Auftrages. In

Anbetracht dieses genannten gesetzmäßigen Auftrages der kommunistischen Partei versteht es sich beinahe von selbst, daß sie auch im Rahmen von Bündnissen mit anderen Parteien nicht bereit ist und nicht bereit sein kann, den eigenen Führungsanspruch als Avantgarde des Proletariats aufzugeben: „Die Bündnispolitik der Arbeiterklasse *unter Führung der marxistisch-leninistischen Partei* schließt ebenfalls das Zusammenwirken von Marxisten und Angehörigen anderer Weltanschauung, die Zusammenarbeit mit anderen demokratischen Parteien und Massenorganisationen ein.“<sup>5)</sup> Im politischen Alltag stellt daher jeder scheinbare Verzicht auf Führungspositionen innerhalb eines Bündnisses nur ein Verzicht auf Zeit, nicht aber einen dauernden Verzicht auf das eigene Selbstverständnis als Avantgarde dar.

Dies gilt besonders unter den Bedingungen einer in militärische und politische Blöcke aufgeteilten Welt. Die Gefahr eines Atomkrieges macht es nämlich unmöglich, den revolutionären Prozeß in Westeuropa mit militärischen Mitteln voranzutreiben. Um so höher ist dann die Bedeutung politischer Bündnisse, die es erlauben, gewissermaßen auf legalem, nicht revolutionärem Weg an die Macht zu gelangen.

### II. Aktionseinheit, Volksfront, Einheitsfront — Varianten kommunistischer Bündnispolitik

Die politische Diskussion über die Bündnispolitik kommunistischer Parteien wird in der Bundesrepublik im wesentlichen mit Schlagworten geführt. Dabei beherrschen im wesentlichen die Begriffe Aktionseinheit, Volksfront

und Einheitsfront die Debatte. Bei näherer Betrachtung stellt man allerdings allzu häufig fest, daß Unklarheit über den eigentlichen Inhalt dieser Begriffe besteht, obwohl Aktions-einheit, Volksfront und Einheitsfront drei fest umrissene Varianten kommunistischer Bündnispolitik bezeichnen.

<sup>1)</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, Berlin (Ost) 1973, S. 131.

<sup>2)</sup> Vgl. Lenin, Was tun?, Werke Bd. 5.

<sup>3)</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, a. a. O., S. 637f.

<sup>4)</sup> Ebd., S. 637f.

<sup>5)</sup> Ebd., S. 132.

So ist die *Aktionseinheit* das „Zusammenwirken verschiedener Arbeiterorganisationen (Parteien, Gewerkschaften, Genossenschaften o. a.) zur Verwirklichung der gemeinsamen Interessen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen, unabhängig von unterschiedlichen politischen und weltanschaulichen Auffassungen ihrer Mitglieder“<sup>6)</sup>.

Dieses Zusammenwirken realisiert sich jedoch immer nur in bezug auf eine einzelne politische Frage. Die *Aktionseinheit* ist damit kein dauerhaftes Bündnis, sondern nur ein momentanes, das in kürzester Zeit zerfallen kann, sobald es um eine politische Frage geht, wo zwischen den Mitgliedern dieser *Aktionseinheit* keine Einigung zu erzielen ist. *Aktionseinheiten* finden sich in der Bundesrepublik heute z. B. an den Hochschulen; dort vereinbaren Studentenorganisationen ein gemeinsames Vorgehen, um Kürzungen der Förderungssätze und der Elternfreibeträge im Rahmen des Bundesausbildungsförderungsgesetzes abzuwenden. Zu *Aktionseinheiten* können auch die Bemühungen sozialistischer, ökologischer, christlicher und sonstiger Gruppierungen im Rahmen der Friedensbewegung von Kommunisten benutzt werden, um die Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen in Westeuropa im Rahmen des NATO-Doppelbeschlusses zu verhindern.

Im Rahmen einer jeden *Aktionseinheit* tritt dabei die Notwendigkeit auf, eine Einigung in den entscheidenden inhaltlichen und formalen Fragen zu erzielen. *Aktionseinheit* bedeutet daher gleichzeitig die Notwendigkeit zum Kompromiß: So stellt die Politik der *Aktionseinheit* nach den Bekundungen der halboffiziellen Lehrbücher der SED in der DDR „stets die gemeinsamen Interessen der Arbeiter und den Gegensatz zum Hauptfeind in den Vordergrund. Sie nutzt alle Möglichkeiten, für diese Interessen das gemeinsame Handeln aller Arbeiter gegen den Klassenfeind zu entwickeln. Eine solche Politik schließt notwendigerweise politische Kompromisse ein, denen jedoch die Interessen der Werktätigen in ihrer Bewußtseinsentwicklung nicht widersprechen dürfen“<sup>7)</sup>.

Bei aller Kompromißfähigkeit darf allerdings das Ziel, die Führungsrolle in der *Aktionseinheit* zu erreichen, nicht aus den Augen verloren werden. So müssen Marxisten-Leninisten nach den Worten Lenins „die größte Treue zu

den Ideen des Kommunismus mit der Fähigkeit vereinigen, alle notwendigen praktischen Kompromisse einzusehen, zu lavieren, zu paktieren, im Zickzack vorzugehen, Rückzüge anzutreten und Ähnliches mehr ... damit das Proletariat durch einen geschlossenen Angriff sie alle schlägt und die politische Macht erobert“<sup>8)</sup>.

*Aktionseinheit* ist damit bei aller Kompromißfähigkeit nur eine taktische Variante einer langfristig angesetzten Bündnispolitik. Sie bedeutet nicht die Bereitschaft, eigene Positionen zu überdenken, sie den Vorstellungen der anderen Partner der *Aktionseinheit* anzupassen oder gar eigene Ziele endgültig aufzugeben, sondern ist nur ein vorläufiges Instrument, um langfristig den eigenen hegemonialen Anspruch durchzusetzen. Sie beruht auf der Erkenntnis, allein nicht in der Lage zu sein, die politische Macht zu erobern: „Die Politik der *Aktionseinheit* geht von der Erkenntnis aus, daß gemeinsame Aktionen der Arbeiter die Bedingungen dafür sind, daß die Arbeiterklasse als politische Kraft wirken und Veränderungen in ihrem Interesse und im Interesse des gesellschaftlichen Fortschritts herbeiführen kann; sie sind notwendig, damit sich Bewußtsein und Kampfkraft der Arbeiterklasse erhöhen.“<sup>9)</sup>

Die nächste Stufe kommunistischer Bündnispolitik wird allgemein durch den Begriff *Volksfront* gekennzeichnet. Sie soll sich aus der *Aktionseinheit* ergeben und stellt im Ergebnis eine „einheitliche Front aller demokratischen Kräfte des Volkes im Kampf gegen den Imperialismus, für Frieden, Demokratie und Sozialismus“<sup>10)</sup> dar.

Die Theorie der *Volksfront* wurde ideologisch im Jahre 1935 auf dem 7. und letzten Kongreß der Komintern ratifiziert. Dieser Kongreß kam erst nach mehrmaligen Terminverschiebungen zustande und fand schließlich in einer vierwöchigen Klausurtagung vom 25. Juli bis zum 20. August 1935 statt.

Die Theorie der *Volksfront* ist personell verbunden mit dem Namen des damaligen Kominternchefs, des bulgarischen kommunistischen Führers Dimitroff. Sie bedeutet die Öffnung der kommunistischen Internationale zu sozialdemokratischen, ja bürgerlichen Kräften mit dem Ziel, den gemeinsamen Feind Faschismus zu besiegen. Die Theorie der *Volksfront* ist nicht zu verstehen, ohne den Hinter-

<sup>6)</sup> Ebd., S. 21f.

<sup>7)</sup> Großer u. a., *Wissenschaftlicher Kommunismus*, Berlin (Ost) 1977, S. 264.

<sup>8)</sup> Lenin, *Werke* Bd. 31, S. 82.

<sup>9)</sup> Großer, a. a. O., S. 242.

<sup>10)</sup> Kleines Politisches Wörterbuch, a. a. O., S. 21 f.

grund der geschichtlichen Verhältnisse in den dreißiger Jahren. Damals entwickelte sich in mehreren europäischen Staaten eine breite faschistische Bewegung; in Italien war Mussolini bereits seit 1925 Regierungschef; in Deutschland deutete sich schon Anfang der dreißiger Jahre die Machtergreifung Hitlers an; Frankreich erlebte einen Bürgerkrieg, der die Folge einer tiefen Krise der bürgerlichen und parlamentarischen Institutionen war; in Spanien schließlich stand der Bürgerkrieg bevor, der schließlich zum Sieg des Franco-Regimes führte. Vor diesem Hintergrund erkannten auch die internationalen Führer des Kommunismus, daß die bis dahin betriebene isolationistische Politik keine reale Siegeschance haben würde. Man entschloß sich daher zu einer taktischen Wende, zu einem politischen Bündnis mit bürgerlichen Kräften unter Zurückstellung der eigenen ideologischen Positionen. Dieses neue Credo der Volksfronttaktik hat der Kominternchef Dimitroff in seiner Rede auf dem 7. Kongreß der Komintern wie folgt beschrieben: „Gegenwärtig haben die ... Massen nicht zwischen proletarischer Diktatur und bürgerlicher Demokratie, sondern zwischen bürgerlicher Demokratie und Faschismus“<sup>11)</sup> zu wählen.

In der Praxis wurde diese neue Variante kommunistischer Bündnispolitik zum ersten Mal am 14. Juli 1935 in Frankreich erprobt. In Paris war es an diesem Tag zu riesigen Demonstrationen gekommen, die von der kommunistischen, der sozialistischen sowie anderen bürgerlichen Parteien gemeinsam getragen wurden. Hauptziel dieser ersten Volksfront war die Erhaltung des demokratischen Systems gegen den wachsenden gewaltsamen Terror der faschistischen Ligen.

Die Volksfront unterscheidet sich also von der klassischen Aktionseinheit in zwei Punkten:

1. Während die Aktionseinheit nur ein kurzfristiges politisches Ziel verfolgt, ist die Volksfront ein auf längere Zeit angelegtes Bündnis mit zeitlich mittelfristigen Zielsetzungen. Die Aktionseinheit verfolgt eine politische Einzelfrage, die Volksfront dagegen eine gesellschaftliche Gesamtentwicklung. Die Niederschlagung des Kapp-Putsches in Deutschland 1920 war also das Ergebnis einer Aktionseinheit, das zur Abwehr des Faschismus in Europa in mehreren europäischen Staaten eingegangene Bündnis von sozialistischen und

kommunistischen Parteien in den dreißiger Jahren dagegen eine Volksfront.

2. Die Aktionseinheit ist immer ein Bündnis verschiedener Arbeiterorganisationen, während die Volksfront bewußt auch bürgerliche politische Kräfte einschließt. Der Hintergrund dieser Differenzierung ist die Gesamtausrichtung von Aktionseinheit und Volksfront in taktischer Hinsicht. Die Aktionseinheit ist eine offensive Variante kommunistischer Bündnispolitik: Es geht um die Herstellung der Einheit der Arbeiterklasse, um die Durchsetzung bestimmter eigener Ziele. Die Volksfront dagegen war historisch eine defensive politische Taktik: Sie zielte nicht auf die Durchsetzung eigener positiver politischer Ziele, sondern auf die Abwehr eines gemeinsamen Feindes, der faschistischen Bewegung in Europa. Über die Abwehr einer Rechtsdiktatur kann aber auch zwischen kommunistischen und bürgerlichen Organisationen Einigkeit erzielt werden; bei der Frage nach der Herstellung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung bestehen jedoch allenfalls zwischen sozialistischen und kommunistischen Parteien Berührungspunkte, ein Bündnis mit bürgerlichen Kräften in einer derartigen Frage wäre aussichtslos.

Die dritte Variante kommunistischer Bündnispolitik ist die *Einheitsfront*. Mit Aktionseinheit und Volksfront hat die Einheitsfront im Ergebnis sehr wenig zu tun. Im Unterschied zu den beiden ersten Varianten kommunistischer Bündnispolitik ist die Einheitsfront kein auf Zeit angelegtes Bündnis, sondern ein auf Dauer eingegangener politischer Zusammenschluß aller Arbeiterorganisationen. Ein Prototyp für Theorie und Praxis dieser dritten Variante kommunistischer Bündnispolitik ist die Entwicklung des Parteienwesens in der DDR nach 1945.

Mit Hilfe verbaler Bekenntnisse zu Demokratie und Parlamentarismus und mit Unterstützung der sowjetischen Besatzungsmacht wurde dort eine zwangsweise Vereinigung von SPD und KPD bewirkt, die nach ihrem Vollzug in wenigen Jahren zur praktischen Einflußlosigkeit von Sozialdemokraten in der DDR geführt hat.

Hier bewahrheitet sich erneut die Erkenntnis, daß Bündnisse von Kommunisten nicht auf der Basis von Partnerschaft und Gleichberechtigung eingegangen werden, sondern nur ein vorläufiger Schritt sind auf dem Weg zur Ausschaltung sämtlicher politischer Gegner und zur eigenen Machtübernahme.

<sup>11)</sup> Wieser/Traub, Die Volksfront — Zur Entstehung, Geschichte und Theorie, in: Kursbuch, 46/1976, S. 4.

Oder, um mit Lenin zu sprechen: „Wenn man es nicht versteht, sich anzupassen, wenn man nicht gewillt ist, auf dem Bauch durch den Schmutz zu kriechen, dann ist man kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer, denn so vorgehen, schlage ich nicht deshalb vor, weil mir das gefällt, sondern weil es keinen anderen Weg gibt.“<sup>12)</sup>

Und welches Ziel auf diesem Weg erreicht werden soll, hat am deutlichsten Stalin in einer Schrift über Fragen des Leninismus wie folgt beschrieben: „Die Partei der Kommunisten teilt die Führung nicht mit anderen Parteien und kann sie nicht teilen.“<sup>13)</sup>

Dieser ungeteilte Machtanspruch wird auch von sozialdemokratischer Seite mit Kritik be-

legt: So heißt es in einer Broschüre der SPD „Zu diesem Zweck (der Herstellung der Diktatur des Proletariats, d. Verfasser) haben die Kommunisten bisher überall, wo sie zur Macht kamen, die Diktatur ihrer Partei errichtet, die sie als die wahre Demokratie, die der Werktätigen ausgeben: Sie haben jede Opposition unterdrückt, einschließlich der Opposition aus den Reihen der Arbeiterklasse, und die Freiheit der Parteibildung beseitigt, die Gewerkschaften und alle anderen Interessenvertretungen gleichgeschaltet und die Koalitionsfreiheit beseitigt, alle kritische Meinungsbildung und Meinungsäußerungen mit schweren Strafen bedroht, und die Informations- und Diskussionsfreiheit beseitigt.“<sup>14)</sup>

### III. Historische Erfahrungen kommunistischer Bündnisstrategie

#### 1. Frankreich

Zu Beginn der dreißiger Jahre befand sich Frankreich in einer tiefgreifenden ökonomischen Krise. Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit, Verfall der Reallöhne, stagnierende Produktion und insbesondere steigende Lebenshaltungskosten kennzeichneten in diesen Jahren Wirtschafts- und Sozialgefüge Frankreichs<sup>15)</sup>. Gleichzeitig waren die Erzeugerpreise z. B. für Weizen und Wein zwischen 1932 und 1936 bis zu 25% gefallen, was die in starkem Maße von der Landwirtschaft abhängige französische Bevölkerung besonders hart traf<sup>16)</sup>.

Diese wirtschaftliche Situation hatte das Vertrauen der Bevölkerung in die Regierungsfähigkeit der bürgerlichen Parteien erschüttert. So folgte in der ersten Hälfte der dreißiger Jahre eine Regierungskrise der anderen; zwischen 1932 und 1934 lösten fünf Regierungen einander ab<sup>17)</sup>.

Das gestörte Vertrauen der Bevölkerung zu den bürgerlichen Parteien hatte gleichzeitig

die Gründung faschistischer Protestbewegungen ausgelöst, wie etwa des Verbands der Frontkämpfer „Croix de Feu“ des Obersten Casimir de la Rocque oder der royalistischen „Action Française“ von Charles Maurras oder der „Solidarité Française“. Die insgesamt sieben Bünde, die nach dem Sturz der Demokratie trachteten, vereinigten viele Anhänger, das „Croix de Feu“ allein nach eigenen Angaben 712 000, die „Action Française“ 60 000, die „Solidarité Française“ 180 000<sup>18)</sup>.

Auf der Linken standen hingegen zwei untereinander heillos zerstrittene Parteien machtlos der ökonomischen Krise und der erstarkten faschistischen Bewegung gegenüber.

Die sozialistische SFIO unter Leon Blum hatte in der CGT einen starken gewerkschaftlichen Partner und rekrutierte ihre Anhängerschaft vornehmlich aus dem Kreise der Beamten und Staatsangestellten. Die SFIO steckte jedoch in einer tiefen innerparteilichen Krise. Höhepunkt dieser Krise war der Pariser Parteitag im Juli 1933 gewesen, auf dem zwei kontrastierende Flügel einander begegnet waren. Streitobjekt war dabei das parlamentarische Verhalten der SFIO-Fraktion in der französischen Kammer. Die Mehrheit der SFIO vertrat weiterhin den auf dem Parteitag von Avignon im April 1933 gefaßten Beschluß, der die sozialistischen Abgeordneten zu einem starren Oppositionskurs verpflichtete. Eine Gruppe von

<sup>12)</sup> Lenin, Werke Bd. 27, S. 28.

<sup>13)</sup> Stalin, Fragen des Leninismus, Berlin (Ost) 1946, S. 144.

<sup>14)</sup> Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus, Broschüre, hrsg. vom Vorstand der SPD, S. 10.

<sup>15)</sup> Vgl. Kernig, Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Freiburg-Basel-Wien 1972, hier: Bd. VI, Sp. 774.

<sup>16)</sup> Wieser/Traub, a.a.O., S. 9.

<sup>17)</sup> Wieser/Traub, a.a.O., S. 9; Braunthal, Geschichte der Internationale, Berlin-Bonn o.J., hier: Bd. 2, S. 438.

<sup>18)</sup> Vgl. Braunthal, Bd. 2, a.a.O., S. 437; Werth, France in Ferment, London 1934, S. 267f; ders., The destiny of France, London 1937, S. 70ff.

Abgeordneten um den sozialistischen Bürgermeister von Bordeaux, Pierre Ranaudel, hatte sich diesem Beschluß widersetzt und für den Haushalt der Regierung Daladier gestimmt, um deren Sturz zu vermeiden. Auf dem Pariser Parteitag nun verurteilte eine überwältigende Mehrheit von Delegierten den Disziplinbruch dieser Gruppe in einer umstrittenen Abstimmung, worauf diese die SFIO verließ und sich als eigene Partei unter dem Namen „Parti Socialiste de France — Union Jean Jaurés“ konstituierte. 28 Abgeordnete und etwa 20 000 der 140 000 Mitglieder schlossen sich ihr an<sup>19)</sup>. Auf der anderen Seite stand eine schwache kommunistische Partei, die 1933 mit nur noch 28 000 Mitgliedern ihren bisherigen Tiefstand erreichte, aber dennoch an der verhängnisvollen Politik der „Dritten Periode“ festhielt. Diese Politik war 1928 auf dem 6. Kongreß der Komintern eingeleitet worden. Sie verkündete nach der ersten Periode der Nachkriegsphase und der zweiten Periode der kapitalistischen Stabilisierung zwischen 1924 und 1928 die „dritte Periode des revolutionären Kampfes“, die den Kampf „Klasse gegen Klasse“ realisieren sollte.

„Klasse gegen Klasse“ bedeutete dabei, daß nur die kommunistische Partei legitime Vertreterin des Proletariats war, während alle anderen politischen Gruppierungen zu offenen oder getarnten Agenten der Bourgeoisie erklärt wurden. Dies galt auch für die Sozialisten, die als Sozialfaschisten verketzert wurden und daher wie eine feindliche Klasse zu bekämpfen waren<sup>20)</sup>. Faktisch hatte aber diese Taktik die KPF zu einer Splitterpartei gemacht, deren Mitgliederstand zwischen 1921 und 1933 von 110 000 auf ganze 28 000 gesunken war<sup>21)</sup>.

Ein Umschwenken wurde durch eine gewaltige Demonstration der faschistischen Ligen am 6. Februar 1934 eingeleitet: Zu dieser Demonstration war es infolge eines Finanzskandals, des sogenannten Stawinsky-Skandals, gekommen, in den eine Reihe von Abgeordneten und Ministern verstrickt waren. Dieser Finanzskandal erzwang Ende Januar 1934 den Rücktritt der Regierung Chautemps. Der mit der Regierungsbildung betraute Eduard Daladier beabsichtigte am 6. Februar 1934 in der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen. Die

Rechte antwortete auf diese Ereignisse mit einer riesigen Demonstration, bei der es zu Gewalttätigkeiten und — am Abend des 6. Februar 1934 — zu einem versuchten Sturm auf das Palais Bourbon kam<sup>22)</sup>. Am darauffolgenden Tag demissionierte Daladier; Ministerpräsident wurde — mit Unterstützung der Rechten — Gaston Doumergue, der eine Regierung der nationalen Union bildete.

Die sozialistische Partei empfand diese Ereignisse als Provokation und als Ansatz einer ersten faschistischen Gefahr in Frankreich; sie beschloß daher Gegenmaßnahmen. Auf Initiative der sozialistischen Gewerkschaft CGT fand eine Konferenz statt, an der Vertreter der sozialistischen sowie der kommunistischen Partei und der kommunistischen Gewerkschaft CGUT teilnahmen. Daß die Kommunisten überhaupt an dieser Konferenz teilnahmen, war schon eine Überraschung; denn kurz zuvor hatte es noch in ihrem Zentralorgan „L'Humanité“ geheißen: „Man kann nicht gegen den Faschismus kämpfen ohne gegen die Sozialdemokraten zu kämpfen“<sup>23)</sup>. Auf der Konferenz kam es jedoch zu keiner Einigung: Die Sozialisten planten Protestaktionen für den 12. Februar, die Kommunisten für den 9. Februar. Die kommunistische Aktion wurde von der Regierung verboten; als sie trotzdem stattfand, wurde sie zu einer blutigen Auseinandersetzung mit der Polizei.

Nun ergab sich für die Kommunisten aber die Frage, wie sie sich zur Massendemonstration von SFIO und CGT am 12. Februar verhalten sollte. Gemäß den Weisungen der kommunistischen Internationale war es ihr nicht erlaubt, in aller Form eine Aktionsgemeinschaft mit den Sozialdemokraten einzugehen. Noch am Vorabend der Massendemonstration erklärte die „L'Humanité“: „Die Arbeiterklasse wird mit Ekel die sozialistischen Führer zurückweisen, die zynisch und frech die Arbeiter in den Kampf gegen den Faschismus *mit dem Gesang der Marseillaise und der Internationale* hineinzuzerren versuchen.“<sup>24)</sup> Jedoch die Mehrheit der Partei fühlte, daß die kommunistische Partei sich nicht von einer Massenaktion der französischen Arbeiter ausschließen konnte, auch wenn sie von Sozialdemokraten organisiert worden war. Und so beschloß die Parteileitung noch in der Nacht vom 11. auf

<sup>19)</sup> Vgl. Marcus, *French Socialism in the crisis Years 1933—1936*, New York 1958, S. 29 ff.

<sup>20)</sup> Vgl. Kernig, a. a. O., S. 770, sowie Braunthal, Bd. 2, a. a. O., S. 443.

<sup>21)</sup> Kernig, a. a. O., S. 770; Bericht Piatnezki zum XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale, in: *Rundschau*, 20. 1. 1933, S. 230.

<sup>22)</sup> Wegmüller, *Das Experiment der Volksfront*, Frankfurt a. M. 1972, S. 46.

<sup>23)</sup> Vgl. Walter, *Histoire du parti communiste français*, Paris 1948, S. 251; Braunthal, Bd. 2, a. a. O., S. 443.

<sup>24)</sup> L'Humanité vom 11. 2. 1934.

den 12. Februar, ihre Anhänger aufzufordern, gleichfalls am 12. Februar zu demonstrieren. Der Aufruf zum Generalstreik fand in ganz Frankreich Gehör. Allein in Paris streikte eine Million Arbeiter, Staatsbeamte, Lehrer und Postbeamte; die Massen hatten sich zu einem riesigen Zug zusammengefunden und waren durch die Straßen der französischen Hauptstadt marschiert<sup>25)</sup>.

Aber obwohl Sozialisten und Kommunisten am 12. Februar in aller Eintracht gemeinsam demonstriert hatten, bewirkte dieses Ereignis keineswegs eine Änderung in der Haltung der kommunistischen Parteileitung zur sozialistischen Partei. Auch nach diesem Ereignis erklärte sie weiterhin, daß sich am Kampf der Kommunisten gegen die „Sozialfaschisten“ als Form des Kampfes von „Klasse gegen Klasse“ nichts geändert hätte: „Auf der Straße und den Plätzen unseres Landes stehen einander nicht drei Kräfte gegenüber, wie die Sozialfaschisten vorgeben, sondern zwei Klassen ... unser antifaschistischer Kampf schließt keine Verteidigung der bürgerlichen Demokratie in sich; die Demokratie ist das Treibhaus des Faschismus.“<sup>26)</sup> Und das Zentralkomitee der kommunistischen Partei erklärte offen: „(Die SFIO) ist die Hauptstütze der Bourgeoisie in ihrem Bestreben, ein faschistisches Regime zu schaffen.“<sup>27)</sup>

Eine Wendung der kommunistischen Taktik konnte offensichtlich aufgrund der Hierarchie des internationalen Kommunismus nur durch die kommunistische Internationale kommen. Diese beharrte jedoch zunächst auf dem vom 6. Komintern-Kongreß im Jahre 1928 deklarierten Kurs „Klasse gegen Klasse“. Diese Linie war in der KPF jedoch nicht unumstritten; der prominenteste Vertreter einer sozialistisch-kommunistischen Einheit war der Bürgermeister von St. Denis, einer kommunistischen Hochburg in einem Arbeitervorort von Paris, Doriot. Nach einer erneuten Festlegung der KPF auf die Taktik „Klasse gegen Klasse“ rebellierte Doriot öffentlich, indem er als Bürgermeister zurücktrat und mit Vertretern der SFIO einen Pakt über eine sozialdemokratisch-kommunistische Aktionseinheit unterzeichnete. Die Folge war zwangsläufig: Er wurde mit folgender Begründung aus der KPF ausgeschlossen: „Das Verbrechen des Genossen Doriot besteht in seiner schimpflichen Allianz mit den ewigen Spaltern der Arbeiter-

klasse und in seinem Versuch, die KP zu spalten, die Vorkämpferin und Organisatorin der Einheit der Arbeiterklasse.“<sup>28)</sup> Einen Monat später jedoch machte die französische KP eine Kehrtwendung um 180 Grad, die — wie sie der Sozialistenführer Leon Blum beschrieb — „den Charakter einer riesigen Verwandlungsszene auf dem Theater trägt, bei der man einigermaßen mit vor Staunen offenen Munde dasitzt“<sup>29)</sup>. Diese Kehrtwendung vollzog die KPF auf einer Konferenz in Ivry vom 23. bis 26. Juni 1934, die den einzigen Tagesordnungspunkt „Die Organisation der antifaschistischen Einheitsfront“ hatte.

Während dieser Konferenz trafen bei der französischen KP detaillierte Instruktionen der Komintern ein. Diese Instruktionen sahen gemeinsame Aktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten vor: Mobilisierung der gesamten Bevölkerung gegen den Faschismus und seine Organisationen, Kampagnen gegen die Notverordnungen der Regierung, gegen den Hitler-Terror und für die Befreiung Thälmanns und anderer inhaftierter Antifaschisten. Die Kommunistische Partei Frankreichs fügte sich diesen Instruktionen und erklärte durch ihren Vorsitzenden Thorez in dem Schlußbericht an die Delegierten des Kongresses: „Nun, wir Kommunisten bekräftigen, daß es im Interesse des revolutionären Proletariats liegt, die Verteidigung der demokratischen Freiheiten anzuerkennen ... Sie wollen verhindern, daß die Kommunalbeamten, die Staatsbeamten, die Mittelklassen — Kleinhändler und Handwerker — und die Masse der arbeitenden Bauern vom Faschismus gewonnen werden.“<sup>30)</sup>

Durch diese Einbeziehung der Mittelschichten für den Kampf um die Erhaltung der Demokratie und gegen den Faschismus war aber das gedankliche Fundament der Volksfront gelegt. Am 27. Juli wurde der Pakt zwischen der kommunistischen und der sozialistischen Partei unterzeichnet. Er sah im wesentlichen gemeinsame Aktionen für jene Ziele vor, die in dem Vorschlag der kommunistischen Internationale unterbreitet worden waren.

Bei den im Frühjahr 1935 folgenden Kommunalwahlen stellte sich das Bündnis von Sozialisten und Kommunisten zum ersten Mal dem Wähler. Man war übereingekommen, daß die Kandidaten der Sozialisten und Kommunisten

<sup>25)</sup> Vgl. Werth, a. a. O., S. 182 ff.

<sup>26)</sup> Vgl. Cahiers du Bolchévisme vom 15. 2. 1934.

<sup>27)</sup> L'Humanité vom 15. 2. 1934.

<sup>28)</sup> Vgl. Lefranc, Histoire du Front Populaire, Paris 1965, S. 45.

<sup>29)</sup> La Populaire vom 7. 7. 1934.

<sup>30)</sup> Zitiert nach: Wegmüller, a. a. O., S. 52.



ihre Kandidatur jeweils zugunsten des aussichtsreichsten Bewerbers wechselseitig zurückziehen sollten — eine Praxis des Wahlbündnisses, die von Kommunisten und Sozialisten in Frankreich bis heute fortgesetzt wird.

Im Juni 1935 bekräftigten die Sozialisten auf ihrem Kongreß in Mühlhausen das Bündnis mit den Kommunisten. Zugleich erklärte der Kongreß auch seine Offenheit für ein Bündnis mit der dritten Partei der Volksfront, den Radikalsozialisten. Dies geschah jedoch nicht ohne Bedenken, da sich die SFIO erst zwei Jahre vorher über das Prinzip der Zusammenarbeit mit bürgerlichen Parteien gespalten hatte.

Die Resolution des von Leon Blum geführten Zentrums der SFIO, die sich mit deutlicher Mehrheit gegen einen ungleich positiveren Resolutionsentwurf durchsetzte, erklärte unverbindlich, die Sozialistische Partei würde der Unterstützung einer antifaschistischen Front der republikanischen Parteien des Bürgertums „von vornherein keine Grenzen setzen“<sup>31)</sup>.

Faktisch war dies bereits die Geburtsstunde der Volksfront. Gefeierte wurde sie auf einer gemeinsamen Kundgebung am 14. Juli 1935 in Paris. Der Aufruf zu dieser Kundgebung war von den Parteien und Organisationen der gesamten Linken Frankreichs ergangen, darunter den Sozialisten, Kommunisten und Radikalsozialisten. Die Kundgebung wurde durch eine Riesenversammlung von 10 000 Delegierten in Vertretung von 69 Organisationen und Gruppen eingeleitet. Dabei wurde ein Manifest verlesen, das in folgendem Eid ausklang: „Wir, gewählte Vertreter und Teilnehmer an der Versammlung des Volkes am 14. Juli, von dem gemeinsamen Willen beseelt, den Arbeitern Brot, der Jugend Arbeit und der Welt den Frieden zu geben, wir schwören feierlich, gemeinsam zu handeln, für die Entwaffnung und Auflösung der faschistischen Ligen, für die Verteidigung und Erweiterung der demokratischen Freiheiten, für einen gesicherten Frieden der Welt.“<sup>32)</sup> Dann bewegte sich mit entrollten roten Fahnen und der Trikolore zum Gesang der Marseillaise und der Internationale ein Zug von einer halben Million, an der Spitze die drei Parteivorsitzenden Daladier, Blum und Thorez, durch die Straßen von Paris bis zum Place de la République, wo nach Ansprachen der drei Führer der Volksfront und

der Verlesung des Eides die Massen, die den Platz füllten, den Schwur leisteten.

Mit dieser Kundgebung hatte sich die Volksfront konstituiert. Im Januar 1936 schlossen die drei Parteien ein Abkommen über ihre gegenseitige Unterstützung im zweiten Wahlgang und einigten sich auf ein gemeinsames Programm<sup>33)</sup>, mit dem sie Ende April in den Wahlkampf zogen.

Die Wahl endete mit einem deutlichen Sieg des Linksbündnisses. Die Sozialisten stabilisierten mit 20 % ihren Stimmenanteil von 1932 und wurden damit unerwartet zur stärksten Partei des Landes. Die Radikalsozialisten erlitten dagegen beträchtliche Einbußen und mußten sich mit 19,5 % zufriedengeben. Die Kommunisten waren aber die großen Gewinner der Wahl: Sie verdoppelten ihre Stimmen auf 15 % und schickten damit statt bisher 10 nunmehr 72 Abgeordnete ins Parlament. Der Sieg der Volksfront löste eine Welle von Demonstrationen aus. Noch bevor die erfolgreichen Parteien eine neue Regierung bilden konnten, organisierten die Gewerkschaften die gewaltigste Streikbewegung, die Frankreich je gesehen hatte. Eine in einigen Betrieben begonnene Welle von Sitzstreiks griff schnell auf andere Betriebe über und nahm Ende Mai 1936 lawinenartige Ausmaße an; die Revolution schien vor der Tür zu stehen.

In dieser explosiven Situation wurde Blum zur vorzeitigen Regierungsübernahme gedrängt. Die Kommunisten fanden sich allerdings nicht bereit, in die Regierung einzutreten, unterstützten aber parlamentarisch die Volksfrontregierung unter Führung von Blum. Dieser kündigte im Radio die unverzügliche Einführung der von ihm im Wahlkampf versprochenen Reformen an. Die Unternehmerschaft sah in dieser Situation keine andere Chance, als voll auf die sozialistische Partei und deren Vorsitzenden zu setzen. Sie sagten ihm die umgehende Erfüllung sämtlicher sozialistischer Forderungen zu, wenn es ihm nur gelinge, der Streikbewegung ein Ende zu setzen. So kam es am 8. Juli zu dem berühmten, nach dem Regierungssitz benannten Matignon-Abkommen. Es garantierte, über die versprochenen Reformen hinaus, eine Lohnerhöhung von 7 bis 15 %, das Recht der Belegschaft auf die Wahl von Betriebsräten und die Zusage der Unternehmer, die Streikenden nicht zu bestrafen<sup>34)</sup>.

<sup>31)</sup> Siehe Braunthal, Bd. 2, a.a.O., S. 457.

<sup>32)</sup> Siehe Borkenau, Der europäische Kommunismus, Bern-München 1952, S. 135.

<sup>33)</sup> Siehe hierzu: Pickles, The French Political Scene, London 1938, S. 135ff.

<sup>34)</sup> Siehe im einzelnen Wieser/Traub, a.a.O., S. 16.

Nach dieser anfänglichen Aufbruchsstimmung deutete sich jedoch schon bald der Zusammenbruch der Volksfront an. Ursache waren die steigenden und von der Volksfrontregierung nicht zu bewältigenden wirtschaftlichen Probleme. So kam es zu einer alarmierenden Kapitalflucht; die Preise stiegen weiter; eine Ende September beschlossene Abwertung des Franc brachte eine gerade für Arbeiter und kleinbürgerliche Schichten empfindliche Schmelzung ihrer Rücklagen. An den daraus resultierenden unvermeidlichen Konflikten zerrieb sich die französische Volksfront letztlich. Am 13. Februar 1937 erklärte Blum, es sei Zeit für eine Pause, d. h. einen befristeten Verzicht auf Lohnerhöhungen; denn die Wirtschaft sei erschöpft und müsse sich erholen<sup>35)</sup>. Die kommunistische Partei stimmte diesen Plänen nur widerwillig zu, was allerdings für die Regierung nur eine Galgenfrist bedeutete. Am 10. Juni 1937 forderte Blum finanzielle Vollmachten zur Bewältigung der Krise. Das Parlament billigte die Vollmachten mit seiner Volksfrontmehrheit, der Senat allerdings lehnte ab. Die Regierung Blum trat daraufhin am 22. Juni 1937 zurück.

In der zweiten Hälfte des Jahres 1937 kam es dann zu drei weiteren Versuchen von Volksfrontregierungen. Im Ergebnis jedoch sind sie alle gescheitert. Die Volksfrontepoche war beendet; die Linke hatte in Frankreich insgesamt 18 Monate die Regierung gestellt.

Die Gründe für das Scheitern der Volksfront in Frankreich liegen sowohl in der Außen-, wie auch in der Innenpolitik. Außenpolitisch hatte sie bereits im Oktober 1936 einen ersten Riß bekommen, als es um die Frage der Haltung zum spanischen Bürgerkrieg ging. Die von Blum ursprünglich beabsichtigte Unterstützung der spanischen Volksfrontregierung scheiterte im Innern am Widerstand der Radikalsocialisten und der Konservativen, einschließlich des Staatspräsidenten, außenpolitisch am Widerstand Großbritanniens<sup>36)</sup>. Blum sah sich so zu einer neutralistischen Nichtinterventionspolitik gezwungen, die seinen eigenen Intentionen widersprach, innerhalb seiner eigenen Partei auf Unverständnis stieß und der Regierung die erbitterte Kritik der Kommunisten einbrachte. Dies wurde in der Vertrauensabstimmung über Blums Nichtinterventionspolitik am 4. Dezember 1936 deutlich, als sich die Kommunisten der Stimme enthielten und damit der Regierung letztlich

die Unterstützung in einer entscheidenden außenpolitischen Frage versagten. Daß dies mehr war als ein bedeutungsloser Akt, hatte der Kommunistenführer Thorez wenige Tage vor dieser Abstimmung in einer Rede in Saint-Etienne deutlich gemacht, als er erklärte, das Schicksal der Volksfront sei nicht an die Existenz eines Ministeriums gebunden, sondern hänge von der entschlossenen Verwirklichung des Volksfrontprogramms ab<sup>37)</sup>.

Innenpolitisch ist die Volksfront an den schwerwiegenden wirtschaftlichen Problemen gescheitert. Insbesondere war sie gezwungen, zur Abwehr der Wirtschaftskrise systemimmanente Mittel anzuwenden, die dem Programm der Volksfront widersprachen. So sah sie sich Ende September 1936 wegen der seit Antritt der Volksfrontregierung andauernden Gold- und Kapitalflucht genötigt, den Franc um ein Drittel abzuwerten, was die Kommunisten ihrerseits als „Raub an der Arbeiterklasse“ bezeichneten<sup>38)</sup>.

Gegen Ende des Jahres 1936 wurde auch Kritik aus dem Lager der Komintern laut. So forderte Dimitroff in einem Artikel vom Dezember 1936 die französische Arbeiterklasse auf, für die Ablösung der Regierung Blum einzutreten, falls sie nicht imstande sei, das Volksfrontprogramm zu verwirklichen<sup>39)</sup>.

Als Blum dann im Februar 1937 ankündigte, in seiner Politik eine Pause eintreten zu lassen, stellten die Kommunisten den Regierungschef als Gefangenen einer konservativen reaktionären Politik dar und bescheinigten ihm Unfähigkeit. Als sie sich im Juni 1937 dann nach einer gemeinsamen Sitzung des Zentralkomitees und der Fraktion der KPF entschlossen, im Zusammenhang mit den von Blum geforderten Finanzvollmachten der Regierung beizutreten und dort Verantwortung zu übernehmen, war es zu spät. Die Finanzvorlage Blums scheiterte am 19. und 20. Juni 1937 im Senat zweimal am Abstimmungsverhalten der Radikalsocialisten — und dies war praktisch das Ende der französischen Volksfront.

Letztlich ist die Volksfront in Frankreich also an sich selbst gescheitert. Als Defensivbündnis gegen einen drohenden faschistischen Aufstand gegründet, erwies sie sich als unfähig, mit dem harten Geschäft der Alltagspolitik fertig zu werden. Allzu groß waren die ge-

<sup>35)</sup> Wegmüller, a. a. O., S. 90.

<sup>36)</sup> Siehe Thomas, *The Civil War in Spain*, London 1961, S. 219ff.

<sup>37)</sup> Siehe Wegmüller, a. a. O., S. 89.

<sup>38)</sup> Ebd.

<sup>39)</sup> Dimitroff, *Die Volksfront zum Kampf gegen Faschismus und Krieg*, in: *Kommunistische Internationale*, Nr. 11/12, 31. 12. 1936, S. 1092.

sellschafts- und wirtschaftspolitischen Differenzen zwischen den Radikalsozialisten auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite. In der Bekämpfung des Faschismus einig, konnten sich die Volksfrontparteien letztlich nicht über ein realistisches Konzept zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise einigen.

## 2. Die Parteienentwicklung in der DDR

In der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone wurden Parteien und Gewerkschaften am 10. Juni 1945 durch den Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration (SMA) schon sehr früh zugelassen. Zum einen wollte man damit den pessimistischen (und berechtigten) Erwartungen der deutschen Bevölkerung gegenüber der kommunistischen Besatzungsmacht entgegenzutreten und zum anderen sollte die Auseinandersetzung mit den Überresten des Faschismus gefördert werden. So heißt es dann im Befehl Nr. 2: „1. Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der Bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziele setzen.“<sup>40)</sup>

Als erste Partei veröffentlichte am 11. Juni 1945 die KPD einen Gründungsaufruf. In Wirklichkeit freilich war die KPD zu diesem Zeitpunkt dank der intensiven Arbeit der sogenannten Gruppe Ulbricht (eine Gruppe von Funktionären aus dem Moskauer Exil unter Führung von Walter Ulbricht) und der massiven Unterstützung der SMA auf allen Ebenen schon voll durchorganisiert<sup>41)</sup>. Zu erkennen war dabei vor allem ein Wechsel in der Selbstdarstellung der KPD. Hatte sich die KPD vor dem Krieg noch durch radikale, orthodox-kommunistische Thesen ausgezeichnet, so trat sie 1945 plötzlich für die bürgerliche Demokratie und für eine Zusammenarbeit mit allen anderen antifaschistischen Parteien ein. Dieses neue Bild der KPD gipfelte in der sogenannten Ackermann-These der KPD, daß in

Deutschland das sowjetische System nicht eingeführt werden sollte<sup>42)</sup>. Diese These, die eine besondere Rolle bei der Gewinnung der SPD für eine Einheitsfront spielte, ist an sich schon ein Meisterwerk der Tarnung, zeigt aber besonders deutlich, in welchem Maße Kommunisten bereit sind, eigene Positionen kurzfristig aufzugeben.

Am 15. Juni 1945 folgte dann der Gründungsaufwurf der SPD. Die SPD hatte gegenüber der KPD den entscheidenden Nachteil, daß ihre Organisation erst wieder neu aufgebaut werden mußte. Eigentlich existierten zunächst nur zwei arbeitsfähige Kreise in Berlin, die sich jeweils mehr um die Programmatik als um den Parteaufbau kümmerten.

Die SPD trat in der ehemaligen Sowjetischen Besatzungszone mit dem Schlagwort „Demokratie in Staat und Gemeinde, Sozialismus in Wirtschaft und Gesellschaft“ auf. Ihr Programm war dabei zwar radikal sozialistisch, erkannte aber die Grundrechte des bürgerlichen Liberalismus voll an. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung waren zunächst die Einheitsbestrebungen in der SPD für eine Fusion von SPD und KPD sehr stark: „Wir wollen vor allem den Kampf um die Neugestaltung auf dem Boden der organisatorischen Einheit der deutschen Arbeiterklasse führen. Wir sehen darin eine moralische Wiedergutmachung politischer Fehler der Vergangenheit, um der jungen Generation eine einheitliche politische Kampforganisation in die Hand zu geben. Die Fahne der Einheit muß als leuchtendes Symbol in der politischen Aktion des werktätigen Volkes vorgetragen werden!“<sup>43)</sup>

Beim Wiederaufbau der Orts- und Bezirksverbände der SPD wurden schon die Grenzen marxistisch verstandener Parteienfreiheit deutlich; um langfristig den Führungsanspruch der KPD zu sichern, erließ die SMA Vorschriften, die zu einer intensiven Kontrolle der Parteien durch die sowjetische Besatzungsmacht führten:

- Genehmigungspflicht für Versammlungen,
- Meldepflicht bei Erlaß von Programmen und bei der Wahl von Vorständen,
- Einsichtsrecht der SMA in alle Akten der Parteien.

<sup>40)</sup> Ulbricht, Zur Geschichte der neuesten Zeit, Bd. I 1, Berlin (Ost) 1955, S. 368f.

<sup>41)</sup> Vgl. zu Aufgaben und Tätigkeit der Gruppe Ulbricht: Weber, Von der SBZ zur DDR, Hannover 1966, S. 7ff., sowie Leonhard, Die Revolution entläßt ihre Kinder, Köln 1955, S. 340ff.

<sup>42)</sup> Ackermann, Gibt es einen besonderen deutschen Weg zum Sozialismus?, in: Einheit, 2/1946, S. 22ff.

<sup>43)</sup> Siehe zu dieser SPD-Verlautbarung, Flechtheim, Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland, Hamburg 1973, S. 292ff.

In der Frühgeschichte der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone war es zunächst die SPD, die eine Einheit von SPD und KPD anstrebte, und die KPD, die sich dagegen wehrte<sup>44)</sup>. So fand am 19. Juni 1945 eine Besprechung zwischen je fünf Vertretern des Zentralkomitees der KPD und des Zentralausschusses der SPD statt, auf der sich letztere ausdrücklich für eine organisatorische Einheit aussprach. Es war Ulbricht, der sich für die KPD dagegen wandte: „Die Zeit für eine organisatorische Vereinigung ist noch nicht gekommen. Eine verfrühte Vereinigung trägt den Keim neuer Zersplitterungen in sich und diskreditiert dadurch den Gedanken der Einheit.“<sup>45)</sup>

Die Gründe für die ablehnende Haltung der KPD waren dabei nicht inhaltlicher, sondern taktischer und machtpolitischer Natur. Die KPD beherrschte bereits aufgrund der massiven Unterstützung durch die SMA ohnehin das gesamte politische Leben. Einflußreiche Ämter wurden oft mit Leuten ihres Vertrauens besetzt. Die KPD hatte natürlich kein Interesse, diese Machtposition mit der SPD zu teilen.

Die SPD ihrerseits hatte für ihre Wünsche hauptsächlich drei Gründe:

— Das Selbstverständnis der SPD als Arbeiterpartei widersprach einer Zweiteilung der Arbeiterbewegung in SPD und KPD;

— die Parteispitze hatte (noch) die naive Vorstellung, man könne mit der KPD auf der Basis einer demokratischen Grundeinstellung gut zusammenarbeiten;

— die langjährige Zusammenarbeit mit Kommunisten im Untergrund während der NS-Herrschaft hatte zu engen persönlichen Bindungen geführt<sup>46)</sup>.

Nach der Gründung der CDU am 26. Juni 1945 und der LDP am 5. Juli 1945 folgte dann am 14. Juli 1945 die Gründung des „Blocks der antifaschistischen Parteien“, dem KPD, SPD, CDU und LDP angehörten. Als Motive für die Gründung des Blocks wurden dabei die gemeinsamen Bemühungen um den Wiederaufbau Deutschlands und der Kampf gegen die Überreste des Hitler-Regimes vorgeschoben.

<sup>44)</sup> Weber, a.a.O., S. 17; Kaden, Einheit oder Freiheit — Die Wiedergründung der SPD 1945/46, Hannover 1964, S. 32.

<sup>45)</sup> Vgl. Beiträge zur Vorgeschichte der Vereinigung von SPD und KPD in der Sowjetzone zur SED, in: „PZ-Archiv“, 1/1950, im weiteren zitiert als: „Beiträge“.

<sup>46)</sup> Siehe Weber, a.a.O., S. 29.

In Wirklichkeit freilich ging es der KPD nur um eine Erweiterung der eigenen Machtposition, was ihr auch gelang. Nach einiger Zeit wurde es im Block zur Gewohnheit, daß Entscheidungen nur einstimmig gefaßt werden konnten. Damit hatten Resolutionen, die auf Ablehnung auch nur einer Partei stießen, keine Chance. Da die KPD aber ohnehin das politische Leben in der Sowjetzone beherrschte, hatte sie durch diese Art „Vetorecht“ im Block die Möglichkeit, jeden Zusammenschluß anderer Parteien zu einer sichtbaren Opposition gegen die Politik der KPD zu verhindern. Damit war der Block zu einem Maulkorb für alle nichtkommunistischen Parteien und zu einem Machtinstrument der KPD geworden<sup>47)</sup>. Widersetzte sich eine Partei einem Vorschlag der KPD im Block, so vermochte die KPD durch massiven Druck der SMA auf untergeordnete Stellen der Parteien die Zustimmung zu erreichen und mißliebige Politiker, die sich gegen den Vorschlag der KPD im Block ausgesprochen hatten, unter Hinweis auf die — erzwungene — Stellungnahme der eigenen Mitglieder auszuschalten<sup>48)</sup>. Dies geschah z. B. bei den CDU-Politikern Hermes und Schreiber wegen ihrer ablehnenden Haltung zu den Bodenreformvorschlägen der KPD<sup>49)</sup>.

Innerhalb weniger Monate nach ihrem Einmarsch in Berlin hatten die Sowjets damit ein Parteiensystem nach ihren Vorstellungen geschaffen:

— Durch die Zulassung mehrerer Parteien war der Schein der Demokratie gewahrt,

— durch den „Block“ war der Führungsanspruch der KPD und damit der Sowjetunion gesichert.

War im Sommer 1945 noch die SPD der glühende Verfechter einer Verschmelzung von KPD und SPD, so änderte sich diese Situation schlagartig im Herbst desselben Jahres. Jetzt strebten die Kommunisten mit allen Mitteln die Vereinigung an, während die SPD sich dagegen zu wehren versuchte. Vier Fakten waren für diesen Wandel entscheidend:

— Innerhalb kürzester Zeit hatte die SPD die KPD in der Mitgliederzahl überholt und war so zur führenden Partei der Sowjetzone geworden. Eine unabhängige SPD bedeutete für die KPD daher eine Gefahr.

<sup>47)</sup> Ebd., S. 20.

<sup>48)</sup> Siehe Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der SBZ Deutschlands 1945—1949, hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, S. 60 ff.

<sup>49)</sup> Weber, a.a.O., S. 26.

— Das enttäuschende Wahlergebnis in Österreich, wo die KPÖ für sich ein ähnliches Ergebnis wie die SPÖ erhoffte, in Wirklichkeit aber nur vier Mandate (SPÖ 76) erhalten hatte.

— Die SPD hatte inzwischen zahlreiche Erfahrungen mit dem zunehmenden Druck und Führungsanspruch der KPD gemacht.

— Der persönliche Einsatz von Kurt Schumacher gegen die Vereinigung<sup>50)</sup>.

In der „ersten Phase der Einheit“ versuchte die KPD die SPD mit friedlichen Mitteln zu einer Verschmelzung zu bewegen. Die SPD jedoch lehnte mit aller Entschiedenheit ab; als Zugeständnis bejahte sie zwar eine Zusammenarbeit, einer Vereinigung jedoch würde sie nur auf Reichsebene zustimmen, was jedoch wegen der ablehnenden Haltung der westdeutschen Sozialdemokraten unmöglich war. Als Gründe nannte Otto Grotewohl auf der sogenannten „60er Konferenz“ u. a.:

— Die Bevorzugung der KPD durch die Besatzungsmacht,

— der Einsatz massiver Druckmittel bei der Mitgliederwerbung durch die KPD,

— die Terrorakte gegen Sozialdemokraten in Sachsen<sup>51)</sup>.

In die zweite Phase der Einheit jedoch griff die SMA massiv ein, indem sie Gegner der Vereinigung entweder auszuschalten oder zu bestechen versuchte. So mußten sich Parteifunktionäre der SPD oft stundenlang nachts Verhören aussetzen. Hunderte von Sozialdemokraten, die sich trotzdem der Vereinigung widersetzen, hatten dann auch bald Gelegenheit, in Gefängnissen über ihren Irrtum nachzudenken<sup>52)</sup>. In Rostock wurden nach einer Funktionärskonferenz der dortigen SPD am 6. Januar 1946 die fünf Bezirkssekretäre verhaftet und zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt, da sie sich dafür eingesetzt hatten, über die Vereinigung sollten die Parteimitglieder in einer Urabstimmung entscheiden.

Angesichts derartiger Druckmittel konnte die Zwangsvereinigung von SPD und KPD nicht mehr verhindert werden. So kam Grotewohl nicht umhin, am 11. Februar 1946 die positive Entschließung des Zentralausschusses der SPD zur Vereinigung bekanntzugeben. Trotzdem waren nicht alle Sozialdemokraten bereit, sich dem Druck der KPD zu beugen. In Berlin

bildete sich nach der Erklärung von Grotewohl eine Gruppe um Franz Neumann, die gegen eine Vereinigung opponierte und mit Hilfe der britischen Besatzungsmacht am 31. März 1946 in West-Berlin eine Urabstimmung unter den SPD-Mitgliedern durchführte: 82 % der Mitglieder sprachen sich gegen, nur 12 % für eine sofortige Vereinigung von SPD und KPD aus. Da eine derartige Urabstimmung von der sowjetischen Besatzungsmacht für den Ostteil Berlins vorsorglich verboten worden war, ist dieses Ergebnis die einzige objektive Aussage über die Meinung zur Vereinigung unter den Mitgliedern der SPD.

Trotz allem wurde die Vereinigung am 20./21. April 1946 auf einem gemeinsamen Vereinigungsparteitag vollzogen. Wilhelm Pieck (KPD) und Otto Grotewohl (SPD) wurden zu Vorsitzenden der SED gewählt und das erste Zentralsekretariat aus je sieben Funktionären von KPD und SPD gebildet.

Aber die Terroraktionen gegen (ehemalige) Sozialdemokraten hörten nach 1946 nicht auf. SPD-Mitglieder wurden im Laufe der Zeit systematisch ausgeschaltet: durch Verhaftung, Verurteilung zu Freiheitsstrafen und/oder — im glimpflichsten Fall — durch Abschieben auf bedeutungslose Posten. 1967, 21 Jahre nach der Vereinigung, waren noch ganze vier der führenden Funktionäre der SED ehemalige Sozialdemokraten. Sogar die Zahl der ehemaligen NSDAP-Mitglieder war größer: 1967 gehörten noch 13 ehemalige NSDAP-Mitglieder dem Zentralkomitee der SED an — entweder als ordentliche Mitglieder oder als Kandidaten. Die SED hat sich im Laufe der Jahre zu einer Partei nach dem Vorbild der KPdSU entwickelt. Die Hoffnung vieler Sozialdemokraten, die Kommunisten in der SED zu demokratischen Sozialisten zu machen, ist herb enttäuscht worden. Die Entwicklung der SED ist dann auch ein typisches Beispiel für die Zielsetzung der Einheitsfrontpolitik kommunistischer Parteien: Nicht die gegenseitige Beeinflussung und Befruchtung, nicht die Vereinigung gleichberechtigter Partner auf der Basis einer gemeinsam ausgearbeiteten Programmatik, sondern die Ausschaltung des politischen Gegners, das Mundtotmachen oppositioneller Organisationen ist die Zielsetzung der Einheitsfront. Die Entwicklung der Parteien in der DDR ist hierfür nur ein Beispiel; eine Untersuchung der Parteienentwicklung in anderen Ostblockstaaten würde zu ähnlichen Ergebnissen führen.

<sup>50)</sup> Ebd., S. 29f.

<sup>51)</sup> Mattedi, a. a. O., S. 63ff.; Beiträge, 2/1950.

<sup>52)</sup> Weber, a. a. O., S. 31.

## IV. Die aktuelle Bedeutung der kommunistischen Bündnispraxis für die europäische Linke

Die kommunistische Bündnispraxis insbesondere in den Jahren der Volksfront (1934—1938) blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Entwicklung in der europäischen Linken. Die Erfahrung der absoluten Loyalität der kommunistischen Parteien gegenüber der Sowjetunion, ihrer Unterordnung unter die Ziele sowjetischer Außenpolitik, das Bewußtsein einer taktisch motivierten Wandlungsfähigkeit der kommunistischen Parteien zwischen „Sozialfaschismus“-Thesen und brüderlichen Ummarmungsversuchen rief bei den europäischen sozialistischen Parteien ein tiefes Mißtrauen gegenüber den Kommunisten und von ihnen ausgehenden Allianzbestrebungen hervor.

Deutlicher Ausdruck dieses Mißtrauens war nach dem Zweiten Weltkrieg die Diskussion über eine mögliche Verschmelzung der sozialistischen und kommunistischen Partei in Frankreich. Die Frage stellte sich im Juni 1945, als die kommunistische Partei in ihrem Zentralorgan „L'Humanité“ eine Charta der Einigung veröffentlichte, in der sie die Verschmelzung beider Parteien zu einem „Parti Ouvrier Français“ vorschlug, und zwar auf der Grundlage „des dialektischen Materialismus von Marx und Engels, wie er von Lenin und Stalin bereichert wurde“. Ziel der neuen Partei sei „die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse“. Die vereinigte Partei sei nach „den Prinzipien des demokratischen Zentralismus aufzubauen“ — dem bolschewistischen Prinzip der „Kontrolle des Parteivorstandes über die ganze Partei, ihre parlamentarische Vertretung und ihre Presse“. Und obwohl sie als ihre Aufgabe betrachteten sollte, die Kunde von „den eindrucksvollen Siegen des Sozialismus, die von der kommunistischen Partei Rußlands erungen wurden“, zu verbreiten, sich also in den Dienst der Glorifizierung der Sowjetunion zu stellen, müsse sie auch, wie es in der Charta hieß, ihre Unabhängigkeit von allen Regierungen bewahren<sup>53)</sup>. Was hier faktisch vorgeschlagen wurde, war nichts anderes als die Vereinigung von Sozialisten und Kommunisten zu einer kommunistischen Partei.

Nach lebhaften öffentlichen Diskussionen stand diese Frage im August 1945 auf einem Parteitag der Sozialisten zur Entscheidung an. Den Ausschlag dürfte Leon Blum — inzwischen aus der Gefangenschaft zurückgekehrt

— gegeben haben, als er sich in einer eindrucksvollen Rede gegen die Verschmelzung aussprach. Eine Vereinigung — so Blum — käme erst in Betracht, wenn sämtliche Gegensätze zwischen beiden Parteien geklärt und bereinigt seien; dies sei aber nicht der Fall. Er verwies auf den immanenten Widerspruch zwischen kommunistischen Grundsätzen und den Grundsätzen der Demokratie, denen sich die sozialistische Partei verpflichtet fühle. Auch habe sich die kommunistische Politik nicht immer am Prinzip der Aufrichtigkeit orientiert. Der schärfste Gegensatz zwischen Sozialisten und Kommunisten — so Blum — sei aber der beherrschende Einfluß der Sowjetregierung auf die Politik der Kommunistischen Partei Frankreichs. Der Sowjetpatriotismus der Kommunisten sei zwar so lange unschädlich, wie die Interessen der Sowjetunion mit denen Frankreichs übereinstimmten. Wie aber — so Blum — würden sich die Kommunisten verhalten, falls sich ein Interessenkonflikt zwischen beiden Seiten entwickeln würde?

Die Linke auf dem Parteitag sprach sich zwar gegen Blums Auffassung aus, konnte aber die Annahme einer Resolution (mit 9 921 gegen 274 Stimmen) nicht verhindern, in der erklärt wurde, daß zwar die Einheit der Arbeiterbewegung weiterhin Fernziel der Sozialistischen Partei sei, eine organische Verbindung der Sozialistischen und der Kommunistischen Partei zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings nicht in Betracht komme, sondern vielmehr das Ergebnis einer längeren erfolgreichen Zusammenarbeit sein müsse. Vor einer Vereinigung müßten auch eine Reihe von Bedingungen erfüllt sein: Eine aufrichtige, unverhüllte Darstellung der Grundsätze beider Parteien; Garantie der Demokratie innerhalb der vereinigten Partei; deren Bekenntnis zur Demokratie und die Verpflichtung zur Verteidigung gegen innere und äußere Feinde; absolute Freiheit der Partei von jeder Bindung an irgendeine ausländische Regierung. Da aber die kommunistische Charta diese prinzipiellen Bedingungen nicht erfülle, biete sie keine Grundlage für Einigungsverhandlungen<sup>54)</sup>. Damit stand aber die Vereinigung praktisch nicht mehr zur Diskussion.

<sup>53)</sup> L'Humanité vom 12. 6. 1945.

<sup>54)</sup> Vgl. Braunthal, Bd. 3, a. a. O., S. 49f.

Parallele Entwicklungen vollzogen sich auch in anderen europäischen Staaten, etwa in Großbritannien, Italien und in der Bundesrepublik Deutschland, wo ebenfalls kommunistische Umarmungsversuche und Verschmelzungsangebote von Sozialisten bzw. Sozialdemokraten mit dem Hinweis auf die kommunistische Bündnispraxis letztlich abgelehnt wurden. Damit war aber die „Spaltung der Arbeiterklasse“ auch international vollzogen; in den zwanziger Jahren aus Flügel- und Richtungskämpfen innerhalb der sozialistischen Bewegung entstanden, schien sie während der Volksfront-Epoche unter dem Eindruck des gemeinsamen faschistischen Gegners überwindbar. Nach dem Zweiten Weltkrieg aber vollzogen sich getrennte Entwicklungen: Während der Vereinigungsgedanke in den von der Sowjetunion besetzten Gebieten letztlich mit nackter Gewalt durchgesetzt wurde, scheiterte er unter den Bedingungen freiheitlicher Demokratie in Westeuropa. International wurde er Ende der vierziger Jahre vollzogen durch die Gründung der „Kominform“ als Nachfolgerin der kommunistischen Internationale und durch die Einrichtung der Internationalen Sozialistischen Konferenz im November 1947, aus der 1951 die Sozialistische Internationale entstand.

Anders verlief die Entwicklung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Durch die funktionsbedingte Beschränkung der eigenen Tätigkeit auf Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik gelang es weitgehend, die ideologischen Differenzen zwischen Kommunisten und Sozialisten zu überwinden und gemeinsame Gewerkschaftsorganisationen zu installieren. In Frankreich war es zwischen Kommunisten und Sozialisten während des Zweiten Weltkriegs zu einer Spaltung der Gewerkschaftsorganisationen gekommen. Ein am 17. April 1943 von Vertretern beider Richtungen unterzeichnetes Abkommen widerrief den Ausschluß der Kommunisten aus der C.G.T. und stellte in der Exekutive das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Flügeln wieder her, wie es zuvor im September 1939 bestanden hatte<sup>55</sup>). Auch in Italien konstituierte sich am 28. Januar 1945 in Neapel die C.G.I.L. als überparteiliche Einheitsgewerkschaft von Kommunisten, Sozialisten und Christdemokraten<sup>56</sup>).

<sup>55</sup>) Novick, *The Resistance Versus Vichy*, London 1968, S. 134.

<sup>56</sup>) Siehe hierzu im einzelnen: *Italy — School of Awakening*, New York 1961, S. 454ff.

In beiden Staaten gelang es allerdings den Kommunisten innerhalb weniger Jahre, die betreffende Gewerkschaftsbewegung zu instrumentalisieren und zum Instrument der kommunistischen Partei zu machen. Diese Vorgänge führten in Italien jedoch zu einer erneuten Spaltung: Im Oktober 1948 sagten sich die Christdemokraten von der C.G.I.L. los und gründeten einen autonomen Gewerkschaftsbund, im Mai 1948 folgte ein Großteil der Sozialisten<sup>57</sup>).

Trotz des organisatorischen Auseinanderfallens der Linken in Europa vermittelte sich Teilen der sozialistischen Bewegung die Überzeugung, daß nur in einem Wahlbündnis von Sozialisten und Kommunisten eine Chance zur Erlangung der Mehrheit bestünde. Die gegenwärtige französische Szene stellt wohl das typische Beispiel für diese taktische Ausrichtung dar. Sozialisten und Kommunisten vereinigten sich in Frankreich zu einer Linksunion mit gegenseitiger Wahlunterstützung und gemeinsamem Programm. Höhepunkt und erfolgreiches Ergebnis dieses Bündnisses war die Wahl von Francois Mitterand zum 4. Staatspräsidenten der V. Französischen Republik und die Bildung einer sozialistisch-kommunistischen Regierung.

Doch war diese taktische Ausrichtung in der europäischen sozialistischen Bewegung nicht unumstritten. Gleichsam den umgekehrten Weg ist die SPD in der Bundesrepublik gegangen: Die Öffnung zu den Mittelschichten des Bürgertums und die Umgestaltung der eigenen Programmatik auf dem Godesberger Parteitag 1959 in Richtung auf eine aufgeklärte und liberale Sozialdemokratie markieren die — durch die Regierungsübernahme Willy Brandts im Jahre 1969 ebenfalls erfolgreiche — strategische Alternative zum sozialistisch-kommunistischen Bündnis.

Eine weitere Folge der während der Volksfrontphase gemachten Erfahrungen mit der kommunistischen Bündnispraxis dürfte das Bestreben sozialistischer Parteien sein, eventuelle Bündnisse mit Kommunisten auf eine klare programmatische Basis zu stellen. Auch hier ist die Entwicklung in Frankreich typisch: In über dreijährigen Verhandlungen erarbeiteten Sozialisten und Kommunisten das am 26. Juni 1972 unterzeichnete „gemeinsame Regierungsprogramm“ der kommunistischen und sozialistischen Partei Frankreichs, das für nahezu alle politische Bereiche detaillierte Re-

<sup>57</sup>) Ebd., S. 470ff.

gelungen enthält<sup>58)</sup>. In vier Abschnitten und 34 Kapiteln werden sämtliche Fragen der Bildungs- und der Familienpolitik, der Jugend- und der Wirtschaftspolitik, der Finanz- und der Rechtspolitik, der Außen- und der Sicherheitspolitik angesprochen, analysiert und konkreten Regelungen zugeführt.

Der Abschnitt über Wirtschaftspolitik enthält sogar eine Aufzählung von neun namentlich genannten Firmengruppen, die einer Nationalisierung, und weiteren sechs ebenfalls namentlich genannten Firmengruppen, die einer staatlichen Mehrheitsbeteiligung zugeführt werden sollen. Mit derart präzisen Vereinbarungen soll offensichtlich der Gefahr vorge-

<sup>58)</sup> Siehe Goldschmidt, Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972.

beugt werden, daß einer der Partner bei unpopulären, taktisch riskanten Maßnahmen dem Bündnis die Unterstützung versagt, wie dies zeitweilig während der Volksfrontphase durch die Kommunisten geschehen ist.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, daß die Erfahrungen in Bündnissen von Kommunisten und Sozialisten für die Entwicklung des „Eurokommunismus“ Ende der sechziger Jahre bedeutsam waren. Der Zusammenhang ist dabei ein doppelter: Einerseits zwingt die Zusammenarbeit mit Andersdenkenden nahezu zwangsläufig zur Überprüfung einzelner eigener Standpunkte; andererseits aber war die Aufgabe totalitärer kommunistischer Dogmen Voraussetzung für die Installierung dauerhafter und in der Bevölkerung mehrheitsfähiger Bündnisse mit den Sozialisten.



## Eurokommunismus in der Krise

## I. Der Eurokommunismus — die allgemeine Unsicherheit

„Während wir auf das einzig gültige Verdikt, das Verdikt der Erfahrung warten, wollen wir die Fakten untersuchen“<sup>1)</sup>), merkte Raymond Aron 1977 zur Analyse der eurokommunistischen Parteien und ihrer Politik an. Über ein Verdikt der Erfahrung, von dem wir uns jedoch in politicis erfahrungsgemäß nicht zuviel und vor allem nicht Einigkeit im Urteil erwarten sollten, verfügen wir heute so wenig wie damals, obgleich unsere Erfahrungen sich in den letzten Jahren nicht unerheblich vermehrt haben. Im Juni 1981 übernahm die KPF nach einer schweren Wahlniederlage als erste „eurokommunistische“ Partei Regierungsverantwortung; in Spanien ist die zerstrittene und bei den letzten Wahlen gebeutelte KP in ihrem Bestand ernsthaft gefährdet, während die KPI nach dem Militärcoup in Polen sich weiter von Moskau entfernt hat. Ist damit eine Konstellation beschrieben, die „die zweite Chance des Eurokommunismus“ birgt, wie Lily Marcou meint<sup>2)</sup>?

Die publizistische Rede vom Eurokommunismus hatte stets das Mißverständnis nahegelegt, es gäbe ein verschiedenen Parteien gemeinsames eurokommunistisches Programm. Im Gegensatz dazu hatte Frane Barbieri den Begriff, der schnell zum festen Bestandteil unserer politischen Alltagssprache werden sollte, im Juni 1975 geprägt, um ein geographisch bestimmtes, ideologisch jedoch „fließendes, unbestimmtes Phänomen“ zu kennzeichnen<sup>3)</sup>.

Über die großen gemeinsamen eurokommunistischen Verlautbarungen, deren letzte auch schon fünf Jahre zurückliegt und deren inhaltliche Substanz eher bescheiden war<sup>4)</sup>, ist schnell vergessen worden, daß die kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens (KPF, KPI, KPSp) in vielen Fragen

uneins waren. Die Differenzen verstärkten sich, als sich die KPF 1977/78 von den beiden Schwesterparteien zunehmend isolierte. Aber auch zwischen KPI und KPSp bestanden Meinungsunterschiede fort, wie sie etwa die Auseinandersetzungen um Carillos Buch „Eurokommunismus und Staat“ (1976) erkennbar werden ließen.

Grob gesprochen hat man diejenigen kommunistischen Parteien der Welt „eurokommunistisch“ genannt, die sich vom Mutterland des Sozialismus, der UdSSR, bei aller Treue zu den gemeinsamen Idealen distanzieren. Deutlich liegt dieses Kriterium etwa dem Buch Wolfgang Leonhards zugrunde, der eingangs den Eurokommunismus definitorisch mit acht „gemeinsamen Zielvorstellungen“ zu erfassen sucht, um anschließend die Geschichte des Eurokommunismus auf den Emanzipationsprozeß einiger kommunistischer Parteien von sowjetischer Vormundschaft zu reduzieren. Folgerichtig zählt er etwa Rumänien, das seine außenpolitische Bewegungsfreiheit mit innenpolitischer Repression erkaufte, oder Jugoslawien, in dem z. T. stark entwickelte demokratische Prozeduren keineswegs liberale Werte und Grundrechte schützen, zum Lager des Eurokommunismus<sup>5)</sup>.

Diese Kategorien erwiesen sich als zu simpel. In vergleichenden Studien wurde die Distanz der eurokommunistischen Parteien zu Moskau in verschiedenen Dimensionen ausgeleuchtet: Verband sich etwa die Kritik an den Gulags und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan mit einer seriösen Analyse des politischen und sozio-ökonomischen Systems der UdSSR? Es standen die außenpolitischen Positionen der Eurokommunisten zur Debatte, die sich im Nahost-Konflikt, der Afrika- und Mittelamerika-Politik kaum von der sowjetischen Einschätzung unterschieden. Ideologisch gewendet spitzte Henry Kissinger die Frage zu: Wie „kommunistisch“ sind die Eurokommunisten?<sup>6)</sup> Wenn die kommunistische

<sup>1)</sup> R. Aron, Plädoyer für das dekadente Europa, Berlin 1978, S. 79.

<sup>2)</sup> In: Le Monde Diplomatique, 2/1982, S. 9. Auch H. Weber erwartete noch vor dem 13. 12. 1981 einen neuen Aufschwung des Eurokommunismus (Eurokommunismus II, in: Deutschland Archiv 1981, S. 1203).

<sup>3)</sup> In: M. Steinkühler, Eurokommunismus im Widerspruch, Köln 1977, S. 390.

<sup>4)</sup> F. Barbieri, Il Giornale Nuovo, 1. 3. 1977.

<sup>5)</sup> W. Leonhard, Eurokommunismus — Herausforderung an Ost und West, München 1978.

<sup>6)</sup> Herder-Korrespondenz, 1977, S. 464 ff.

Weltbewegung autonome Parteien umgreift, eine „Einheit in Vielfalt“ (Luigi Longo, 1967) konstituiert, müssen jene „Einheit“ stiftenden Elemente benannt werden. Nur schwer etwa scheint die Konzeption eines europäischen dritten Weges mit der Zugehörigkeit zu der Bewegung vereinbar zu sein, die sich um eines der beiden Machtzentren gruppiert, zwischen denen Europa aufgeteilt ist.

Die spekulativen und prognostischen Elemente in der Debatte über die Ernsthaftigkeit und den Sinn der Äußerungen führender Parteifunktionäre der Eurokommunisten machten eine solche Beschäftigung mit dem Eurokommunismus nach der Hochkonjunktur von 1975—1978 schnell unergiebig. Das Verdikt der Erfahrung war zu haben nur im Blick auf das Innenleben der eurokommunistischen Parteien und ihr Verhalten in denjenigen Kommunen und Regionen, in denen sie allein oder in Koalitionen regieren. Unsere Kenntnisse sind noch sehr beschränkt, denn die Forschung hat sich diesen Problemen erst seit

kurzem angenommen. Es sind Methoden zu entwickeln, die politische Strategie der ganzen Partei sowie die Verhaltensweisen ihrer Mitglieder und Kader zu analysieren. Eine Untersuchung der eurokommunistischen Parteizeitungen usw. mit ihrer regelmäßigen und freundlichen Berichterstattung über die Errungenschaften sozialistischer Staaten?) würde uns ebenso wie die der Parteischulen und ihrer Lehrprogramme eine Antwort auf Kissingers Frage nach der Loyalität der Eurokommunisten im Ernstfall näherbringen. Wie kommt es denn, daß sich der Stalinismus an der Basis der KPI über Jahrzehnte hinweg halten konnte, so daß er heute der Parteiführung zur Gefahr werden kann? Beim Blick auf das Innenleben der Parteien, das durchweg vom demokratischen Zentralismus geprägt ist, und auf die kommunistische Verwaltung von Kommunen und Regionen setzt z. B. die Skepsis Timmermanns ein „gegenüber den demokratischen Zusicherungen des Eurokommunismus“<sup>8)</sup>.

## II. Spanien: Die Kommunistische Partei Spaniens in der Krise

„In gewisser Hinsicht steht die KP Spaniens an der Spitze des Eurokommunismus“ urteilte Leonhard 1978<sup>9)</sup>. Ihr Generalsekretär Carillo hatte damals den ‚real existierenden Sozialismus‘ in seinem Buch ‚Eurokommunismus und Staat‘ einer bislang unter Parteikommunisten nicht üblichen harten Analyse unterworfen und war deshalb von Moskau heftig attackiert worden. Er versuchte konsequenter als die anderen Eurokommunisten eine eigenständige eurokommunistische Theorie zu entwerfen. Seinem Ruf als Führer des Eurokommunismus wurde er 1982 gerecht, als er mit Blick auf Polen erklärte, es gäbe heute „kein kommunistisches Land auf der Welt“, und seine Partei müsse sogar „über den Eurokommunismus

hinausgehen“. Die KP Spaniens sei eine „politische Kraft der Avantgarde, die sich aus Mitgliedern zusammensetzt, die frei miteinander diskutieren.“<sup>10)</sup> Dabei hatte er alle Hände voll zu tun, um die Partei unter seiner Führung zusammenzuhalten. Einer relativ unentschlossenen Oppositionsstrategie ist es dabei zu verdanken, daß die Partei in den letzten Jahren rund 60 000 Mitglieder, also etwa ein Drittel ihres Bestandes, verloren hat. Das gab der Kritik an der Parteiführung neue Nahrung, eurokommunistische Erneuerer von „links“ und prosowjetische „Afghanen“ von „rechts“ setzten Carillo auf dem X. Kongreß der Partei 1981 heftig zu. Im Herbst 1981 wurden zehn Mitglieder aus dem ZK ausgeschlossen (darunter der eurokommunistische Theoretiker Azcarate) und zum Jahreswechsel 1981/82 erklärten 48 der 65 kommunistischen Stadt- und Gemeinderäte und Mitglieder der Provinzregierung innerhalb der Provinz Madrid den Rücktritt von ihren Ämtern — aus Solidarität mit gemäßregelten Kollegen aus der Hauptstadt, die im November ausgeschlossen worden wa-

<sup>7)</sup> H. König, *Der rote Marsch auf Rom — Entstehung und Ausbreitung des Eurokommunismus*, Stuttgart 1978, S. 223. Das hat einen ganz einfachen Grund: Die Korrespondenten der kommunistischen Parteizeitungen werden in sozialistischen Staaten von den Bruderparteien bezahlt. Vgl. M. Goldring & Y. Quilès, *Sous le marteau la plume*, Paris 1980.

<sup>8)</sup> H. Timmermann, *Innerparteiliche und internationale Probleme im Eurokommunismus*, in: M. Spieker (Hrsg.), *Der Eurokommunismus — Demokratie oder Diktatur?*, Stuttgart 1979, S. 81.

<sup>9)</sup> A. a. O. (Anm. 5), S. 272.

<sup>10)</sup> *Le Monde*, 13. 2. 1982, S. 4 (künftig abgekürzt: LM).

ren. Insbesondere in Katalonien formieren sich die „Afghanen“ gegen die eurokommunistische Orientierung der Parteiführung, die nach Meinung der Erneuerer wiederum nicht konsequent genug verfolgt würde, da sie vor den undemokratischen Strukturen der Partei nicht halt mache. Aber auch in Madrid wurde Ende Januar 1982 ein vor allem von Gewerkschaftlern unterzeichnetes Papier vorgelegt, in dem der Partei vorgeworfen wird, sie sei „ohne jedes politische Programm“ (LM 3. 2. 1982). Insbesondere kritisieren die Verfasser die Erklärung des ZK vom 9. Januar 1982 zu Polen wegen ihres antisowjetischen Tenors.

Diese disparaten Tendenzen werden durch regionale Probleme verstärkt: Der baskische KP-Chef Roberto Lertxundi betrieb ohne Zustimmung der Parteiführung die Fusion mit einer revolutionär-nationalistischen Partei (E.I.A.), während Carillo sich auf dem Kongreß der katalanischen KP (die katalanische und baskische Sektion der KP waren 1978 in ‚eigenständige‘ Parteien umgewandelt worden) nur um den Preis durchsetzen konnte, daß die dortigen Leninisten eine Dissidentenpartei gründeten.

Die Schlappe bei den andalusischen Regionalwahlen ließ den Einbruch bei der Parlamentswahl vom 28. Oktober 1982 bereits ahnen. Von 11 % fiel die KP auf unter 4 % zurück, so daß sie nurmehr vier statt bislang 23 Abgeordnete und keine Fraktion mehr hat (Euskadiko Ezkerra erhielt ein Mandat)! Carillo, dem Azcarate seine „zentralistische, autoritäre Führung“ vorwirft, hatte nach heftigen Diskussionen im Exekutivkomitee schon im Juni seinen Rücktritt erklärt — und ihn auf die keineswegs einstimmige Bitte des ZK wieder zurückgenommen. Nach der neuerlichen Niederlage resignierte er und legte Anfang November sein Amt nieder, in dem er sich auch nur schwer, von vielen Seiten angefeindet, hätte halten können. Es wird abzuwarten sein, welchen Kurs die KP in der Opposition gegen eine sozialistische Regierung einschlagen wird, ob sie ihre Identität wiederfindet oder zur Splitterpartei verkümmert. Auf jeden Fall gemahnt die jüngste Entwicklung, jene brüske Desillusionierung eurokommunistischer Hoffnungen, zur Vorsicht bei der Einschätzung programmatischer eurokommunistischer Erklärungen. Das Verdikt der Erfahrung ist zuverlässiger.

### III. Die Kommunistische Partei Italiens: „Im Osten verstößt man gegen die Geschichte“<sup>11)</sup>

Die KPI ist die erfolgreichste der drei eurokommunistischen Parteien; zwar ist ihr bislang der Sprung in die Regierung nicht gelungen, aber mit 1,7 Millionen Mitgliedern und rund 30 % der Wählerstimmen übertrifft sie die Schwesterparteien um Längen. Allerdings ist die Tendenz rückläufig: 1979 büßte sie 4 % der Stimmen ein, und in der vom ehrgeizigen Craxi neu formierten sozialistischen Partei (PS) erwächst ihr eine gewichtige Rivalin. Als diese im Sommer die Regierung Spadolini zu Fall brachte, war der Widerstand der KPI gegen Neuwahlen verständlich, da sie mit Stimmenverlusten rechnen mußte. Taktik bestimmt das Verhältnis zwischen den beiden Parteien und ihren Führern. Craxi will die KPI zum Schwur drängen: Bietet sie nur „eine neue Version des Philosowjetismus“, bleibt sie also in ihrem Kern kommunistisch, sind ihre Bekenntnisse zu den demokratischen Prozeduren und liberalen Freiheiten wertlos. Sind sie jedoch ernst gemeint, dann sollte man endgültig mit Moskau brechen. Reform oder Revolution — tertium non datur. Dieser Druck kann

auf lange Sicht zur Gefährdung der Identität und Stärke der KPI beitragen. Solche Erwägungen erklären zu einem Teil die Schärfe der Resolutionen der KPI gegen den polnischen Militärcoup 1981.

Die KPI gilt gemeinhin als die offenste, von Moskauer Positionen am weitesten entfernte kommunistische Partei Westeuropas. ZK-Mitglied Sergio Segre sucht die Wurzeln des Eurokommunismus bei der von Gramsci ausgehenden ideologischen Entwicklung der Partei: „Unsere Geschichte dient auch zur Erklärung dafür, weshalb das Phänomen des Eurokommunismus seine Wurzeln ausgerechnet in Italien hatte.“<sup>12)</sup> Anknüpfend an Gramscis Theorie, daß in einem westlichen und katholischen Land wie Italien die Arbeiterbewegung nur im Rahmen eines alle fortschrittlichen Kräfte umfassenden „historischen Blocks“ die für eine Gesellschaftsumwandlung nötige „He-

<sup>11)</sup> P. Ingrao, in: FAZ, 22. 12. 1981.

<sup>12)</sup> A chi fa paura l'eurocomunismo, Firenze 1977, S. 15.

gemomie" erringen kann, entwickelte Berlinguer unter dem Eindruck des Scheiterns Alendes 1973 das Konzept des historischen Kompromisses: Nur ein breites Bündnis, das auch die Christdemokraten (DC) einschließt, nicht aber eine sozialistisch/kommunistische Regierung mit 51 % der Stimmen, könne ein „Programm tiefgreifender gesellschaftlicher Umgestaltungen“ realisieren, ohne sich breite Schichten des Volkes zu Feinden und den Bürgerkrieg wahrscheinlich zu machen<sup>13</sup>). Diese Entwicklung ging einher mit einer gewissen Liberalisierung: Die Parteiarchive wurden auch für Nichtkommunisten geöffnet, es wurde freier diskutiert.

Zur allgemeinen Überraschung distanzierte sich Berlinguer Ende November 1980 plötzlich mit heftigen Ausfällen gegen die DC und das politische System Italiens überhaupt von der Konzeption des historischen Kompromisses. Ob man angesichts seiner nachgeschobenen Selbstkorrektur („es gibt keine Änderung der Strategie ... eine neue Regierung, deren motorische Kraft die KPI ist“, sei nötig, die „Linksalternative“ werde von den Kommunisten nicht verfolgt<sup>14</sup>) von einer Kehrtwendung sprechen kann, sei dahingestellt. Jedenfalls machten sich in der Folgezeit innerhalb der Partei Unruhe und Unsicherheit über den Kurs der autoritären Führung breit.

Die Liberalisierung der KPI hat gewisse Grenzen nie überschritten; eine nach dem Grundsatz des demokratischen Zentralismus straff geführte Parteiorganisation konnte jede aus einer realen Demokratisierung der Partei erwachsene Gefährdung der Parteihierarchie ersticken: „Man kann in der Partei alles sagen, aber man kann nichts tun.“<sup>15</sup>) Das schlägt sich in der Arbeit der KPI in den roten Kommunen und Regionen Italiens deutlich nieder. Der gut organisierte Parteiapparat sticht zwar im allgemeinen wohlthuend von der Klientelwirtschaft der etablierten DC ab, ohne diese vergleichbar größere Effizienz aber aus altruistischen Gründen zu pflegen. Die KPI konnte so Machtpositionen erringen, deren sie sich heute bedient: Im Verlags- und Bildungswesen ist ein starker unterschwelliger kommunistischer Meinungsdruck spürbar<sup>16</sup>) und kirchliche Institutionen werden hin und wieder „Schikanen“ ausgesetzt (NZZ 11. 11. 1977).

<sup>13</sup>) Bei: M. Steinkühler, a. a. O. (Anm. 3), S. 165.

<sup>14</sup>) LM, 30. 11./1. 12. 1980, S. 3; 29. 11. 1980, S. 6.

<sup>15</sup>) B. Lazitch, in: L'Express Nr. 1452 (12. 5. 1979).

<sup>16</sup>) FAZ, 3. 10. 1979; F. Bondy, Eurokommunismus — die Sache und das Wort, in: Merkur 1977, S. 1038.

Innerhalb der von Moskau gelenkten „sozialistischen Weltbewegung“ ist die Neigung der KPI spürbar, „sich ungern genau festzulegen, die Dinge nur selten beim Namen zu nennen“<sup>17</sup>), „Passivität und verbalen oder diplomatischen Aktivismus, der auf die Vermeidung schwieriger Entscheidungen abzielt“, zu verbinden: „Sie sucht das scheinbar Unversöhnliche zu versöhnen ...“ Ihre unablässige Reisediplomatie zielt insbesondere darauf ab, Risse in der sozialistischen Weltbewegung zu kitten und Kontroversen herunterzuspielen<sup>18</sup>). So verwundert es nicht, daß Moskau die Verbindungen zu Berlinguer nie hat abreißen lassen, während Marchais und Carillo jahrelang in Ungnade fielen.

Kategorisch war die lautstarke Verurteilung sowjetischer Menschenrechtsverletzungen, während das Verhältnis zu sowjetischen Dissidenten kühl blieb. Dabei ließ die Partei es (weithin unbemerkt) an Konsequenz fehlen: Die kommunistische Presse etwa erging sich weiterhin in lobenden Berichten über den Aufbau des Sozialismus im Osten<sup>19</sup>). Dort werde — wenn auch mit einigen Mängeln — „der Sozialismus aufgebaut“ (L'Unita, 4. 12. 1976), nachdem in der Revolution von 1917 die Grundlagen für eine den Kapitalismus qualitativ überbietende Realität geschaffen worden seien (L'Unita, 31. 3. 1979).

Für die den Stalinismus überdauernden Entartungen wird insbesondere die Tatsache verantwortlich gemacht, daß der Sozialismus in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Land ohne jede demokratische Tradition etabliert wurde, während im Westen, wo sich die Sozialdemokratie dem revolutionären Ansinnen verweigerte, die Revolution scheiterte<sup>20</sup>). Unter der Hand gerät die Exkulpation der UdSSR zum Seitenhieb auf die Sozialdemokratie. So kann unschwer erklärt werden, warum es bislang keinen demokratischen Sozialismus geben konnte. Implizit räumen diese Eurokommunisten mithin ein, daß Sozialismus und Demokratie keineswegs untrennbar sind, daß vielmehr der Sozialismus, dessen Grundlage in der UdSSR auch für Carillo ausge-

<sup>17</sup>) H. Timmermann, Die Eurokommunisten und der Westen, in: Deutschland Archiv, 1979, S. 637.

<sup>18</sup>) P. Hassner, Die internationale Dimension, in: H. Timmermann (Hrsg.), Die kommunistischen Parteien Südeuropas. Länderstudien und Queranalysen, Baden-Baden 1979, S. 543, 532, 535 f.

<sup>19</sup>) H. König, a. a. O. (Anm. 7), S. 297; vgl. die Umfrageergebnisse S. 224 und in Le Monde Diplomatique, 2/82, S. 10.

<sup>20</sup>) Le tesi e lo Statuto approvati dal XV Congresso del pci, Roma 1979, S. 52.

machte Sache ist, von der Demokratie gut zu trennen ist: „Der Sozialismus wird von ihnen auch ohne Demokratie als solcher nicht in Frage gestellt“ (Frane Barbieri).

Dieses Bemühen um das Abwiegen angeblich tiefgreifender Meinungsdivergenzen charakterisiert alsdann das Verhalten der KPI nach dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Die „Mißbilligung“ dieses Überfalls wurde sogleich um die Besorgnis vor dem amerikanischen Streben nach Vorherrschaft ergänzt (L'Unita, 2. 1. 1980), aber nur diese Besorgnis wird sieben Monate später im Kommuniqué nach dem Treffen Pajellas mit Kirilenko und Ponomarjow erwähnt.

Auch nach Kabul beherzigte die KPI jene Regel, die der Politologe Giorgio Galli für die Reaktionen der KPI auf Eruptionen in sozialistischen Staaten aufgestellt hat: „Zuerst harte Erklärungen und dann, wenn die Emotion sich gelegt hat, geht alles wie zuvor weiter.“ Zeichen einer gewissen Veränderung war jedoch die Tatsache, daß zum ersten Mal ein bekanntes Mitglied der KPI, G. Baffo, die UdSSR als „offensichtlich imperialistisch“ bezeichnete (La Repubblica, 12. 2. 1980). Auch Berlinguer war in einem langen Interview mit O. Fallaci kritischer und dezidierter in seiner Verurteilung des realen Sozialismus (Corriere della Sera, 26. 7. 1980).

Nach dem Militärcoup in Polen war die Verurteilung durch die KPI prompt und kompromißlos. Über Weihnachten 1981 erarbeitete das ZK der KPI eine lange Entschließung, die die „Prawda“ zu einer wütenden Replik veranlaßte. Damit schien die Abkehr der KPI von dem sowjetischen Modell des Sozialismus vollzogen, das Wort vom Schisma, der Exkommunikation machte die Runde. Nur Cossutta opponierte offen in der Parteiführung gegen den Antisowjetismus; andere wie Pajetta, die bereits vorsichtig mit dem Hinweis auf die überzogenen Forderungen der Solidarität von den ersten Stellungnahmen abzurücken begannen, konnten sich nach der Moskauer Attacke auf die Partei nurmehr hinter Berlinguer stellen.

Bei näherem Hinsehen erweist sich die Erklärung der KPI jedoch als ein Meisterwerk politischer Rhetorik, da die angekündigten „generellen Überlegungen über die Gesellschaft nach sozialistischem Muster“ mangels einer substantiellen Analyse der sozialistischen Staaten höchst vage ausfallen<sup>21)</sup>. Außer Frage

steht die „deutliche Verurteilung“ des Staatsstrechs als „einen Schlag gegen den Sozialismus“, die sogleich mit der Warnung vor Sanktionen und dem Abbruch der Genfer Verhandlungen verbunden wird. Die Kritik wird im zweiten Punkt auf die Länder Osteuropas ausgeweitet: Dort sei ein System etabliert, das „keine wirkliche demokratische Beteiligung erlaubt“. Der Text verliert an Genauigkeit und analytischer Schärfe, wenn es um die Ursachen der polnischen Krise geht: das politische System war unflexibel, trug den nationalen Gegebenheiten nicht Rechnung, das Verhältnis zwischen Partei und Massen war mangels Demokratie „bürokratisch“ erstarrt, die Haltung der Warschauer Pakt-Staaten schlug negativ zu Buche, so daß die „extremistischen Kräfte ... in ... Solidarność ... und in der Partei ...“ nicht isoliert werden konnten! „Die demokratische und pluralistische Änderung des polnischen Sozialismus“ wurde nicht erreicht.

Unter Kommunisten sind dies gewiß unerhörte Vorwürfe; um eine „Analyse“ handelt es sich deshalb aber noch nicht. Sie müßte erklären, wie eine solche Entwicklung in einem Staat, dem die KPI grundlegende „sozialistische Errungenschaften“ keineswegs abspricht, eintreten konnte. Die KPI umgeht schlicht die zentralen Fragen, inwiefern die Staaten des Ostblocks sozialistisch sind und was unverwechselbare Charakteristika des Sozialismus sind. Sie rekurriert lediglich auf „Schäden, die durch die Befolgung eines einzigen Modells — des sowjetischen Modells — in den Ländern Osteuropas verursacht wurden“. Überhaupt sei es falsch, die „Idee des Sozialismus ... als Modell“ zu nehmen und „nicht als ein(en) historischen Prozeß“ — diese nebulöse Formulierung verrät immerhin, daß die KPI weiterhin in den Kategorien des Marxschen „Prophetismus“ denkt<sup>22)</sup>. Sie konstatiert den Beginn einer neuen, dritten Phase in der Entwicklung des Sozialismus, nachdem die zweite Phase, die „ihren Ausgang mit der Oktoberrevolution genommen hat, ihre Schubkraft erschöpft hat“. Damit ist die Kritik an der Unterwerfung

<sup>21)</sup> R. Aron hatte die zwei Seiten des Marxismus in seinem Buch Plädoyer für das dekadente Europa (Anm. 1) so formuliert: Marx verbindet „eine vernichtende Analyse des Kapitalismus ... mit einer sozialistischen, prophetischen Utopie ... Die Mystifizierung hat mit Marx selbst begonnen, als er seinen Prophetismus Wissenschaft taufte“ (S. 123). „Dogmatischer“ und „kritischer Gebrauch“ des Marxismus schaffen jene schwer erträgliche Situation, daß „dieselbe Lehre ... zur Kritik des Westens und zur Rechtfertigung des sowjetischen Systems“ dient (S. 97).

<sup>22)</sup> Hier zitiert nach Frankfurter Rundschau, 27. 1. 82, S. 14 f.

Osteuropas 1945 bis 1948 — hier ist nur von den damaligen Diskussionen der Kommunisten über die nationalen Eigenarten der Volksdemokratien in diesen Jahren die Rede, nicht von der Art ihrer Etablierung — oder der Revolution von 1917 eben ausgeschlossen! Als „tiefgreifende Analyse“ wird vom „größten revolutionären Ereignis in unserem Zeitalter“ berichtet, das den Kampf der Arbeiter und unterdrückten Völker „zur Erlangung von mehr Freiheit und Emanzipation“ beflügelt habe. Wie bislang verschweigt die KPI den staatsstreichartigen Charakter der Machtergreifung der Sowjets, die die erste demokratische Regierung Rußlands zu Fall brachte. Der Frage, inwieweit die durchweg katastrophale Wirtschaftspolitik vor und nach der Neuen Ökonomischen Politik (NOP) (1921—1928) in der Logik sozialistischen Wirtschaftens lag, wird mit dem Hinweis auf die „Entartungen in der Stalinistischen Periode“ ausgewichen. Wurde denn bis 1924 der reine Sozialismus in der UdSSR verwirklicht?

Kurz, die Kritik an der UdSSR wird historisch unterfangen durch das Bekenntnis zur gemeinsamen Identität. Wenn die Staaten des Ostens den Sozialismus tatsächlich diskreditiert haben, also nicht sozialistisch sind (und waren), müßte die KPI den endgültigen Trennungsstrich ziehen, indem sie sich von ihnen mit einer präzisen Definition ihres „Sozialismus“ abgrenzt. Es fehlt an dieser Definition und an der Trennung, zu der Selbstkritik gehört, wie wir sie ohne das Pathos des Renegaten etwa in der Autobiographie Kopelews finden. Die wirkliche Trennung vom sowjetischen Sozialismus müßte zur Folge haben — wie der parteilose Eurokommunist Fernando Claudin zu Recht bemerkt —, daß die Beziehungen der KPI zu den kommunistischen Parteien des Ostens sich von denen zu den konservativen Parteien des Westens nicht prinzipiell unterscheiden. Davon ist die KPI noch weit entfernt.

Indem die KPI ihr auszuweichen versucht, trifft sie die Entscheidung. Die engen Vorstellungen einer proletarischen Avantgarde-Partei hat sie zwar abgestreift, ohne jedoch grundsätzlich die manichäische Weltbetrachtung aufzugeben: Ihr „neuer Internationalismus“ verbindet sie „mit allen sozialistischen, revolutionären und fortschrittlichen Kräften in der Welt“. Diese Welt sieht sich aufgeteilt in die kapitalistischen Länder des Westens, die der dritten Welt und die „Länder sozialistischen Typs“. Die Frontstellung jenseits aller Kritik wird erkennbar.

Zwar ist es mit dem Sozialismus, der von der russischen Revolution seinen Ausgang nahm, nicht mehr weit her und auch der Kapitalismus (einer Analyse gerade der italienischen Verhältnisse, für die viele Verstaatlichungen typisch sind, stünde es gut an, korrekt von einer gemischten Wirtschaft zu sprechen) kann die Widersprüche, die „das Schicksal der menschlichen Zivilisation“ in Frage stellen, nicht mehr überwinden, aber der Schluß wäre verfehlt, „daß sich die Möglichkeit für den Sozialismus verschlechtert hätte“, daß er gescheitert sei — wie der Kapitalismus. Nein, als Konsequenz dieses nur scheinbaren Scheiterns stellt die KPI heraus, „daß das Bedürfnis nach dem Sozialismus als eine objektive Notwendigkeit, als historisches Bedürfnis auftaucht“. Die KPI will der UdSSR, deren Modell seine Grenzen erreicht habe, die Fackel des Sozialismus aus der Hand nehmen, denn jetzt ist „der Fortschritt des Sozialismus ... den Ideen und den Errungenschaften der Demokratie und des Sozialismus in den entwickelten kapitalistischen Ländern ... anvertraut“.

Von den Kategorien marxistischer Geschichtsdeutung und Prophetie rückt die KPI also nicht ab: Sie dekretiert objektive Notwendigkeiten und historische Bedürfnisse, die sie auf ihren „dritten Weg“ weisen, einen „neuen Weg zum Sozialismus“, der als zugleich vorgegebene und unbestimmte Größe sich jedem definitorischen Zugriff entzieht. Er gerät zum Dogma: „Wir wußten nicht, was der Sozialismus ist, aber wir hatten gelernt, was er nicht sein sollte.“<sup>23)</sup> Weitere Nationalisierungen sieht das Programm der KPI nicht vor; sie will bestrebt sein, Wirtschaft und Gesellschaft besser, humaner zu organisieren. Politik soll vergesellschaftet werden. Man will „einer realen Disziplin zum Fortschritt verhelfen, die dem enormen Risiko gesellschaftlicher Desintegration und korporativer Zersplitterung ... zu begegnen in der Lage ist“<sup>24)</sup>. Der Zweifel ist begründet, daß wir uns damit auf dem Weg in eine formierte Gesellschaft befinden, in der die liberalen Freiheiten in Gefahr geraten. Konkret wird dieses Sozialismusprojekt nur, wenn die „bürgerlichen“ Freiheiten beschrieben und beschworen werden! Ein sozialistisches Modell der Verteilung der Einkommen existiert auch in Italien nicht.

Es wird also keineswegs, wie es den Anschein hat, aus der doppelten Negation des sowjetischen Sozialismus und des Kapitalismus ein

<sup>23)</sup> In: *Le Monde Diplomatique*, 2/1982, S. 10.

<sup>24)</sup> Elleinstein, in: *Le Monde*, 5. 2. 1982, S. 2.

neuer Ausgangspunkt gewonnen, vielmehr wird die Negation eines bestimmten Modells vom Sozialismus durch das gemeinsame Bekenntnis zum Sozialismus jeder Grundsätzlichkeit entkleidet. Das mutet grotesk an, wenn doch der Fortschritt des Sozialismus ausgerechnet in den kapitalistischen Ländern vonstatten gehen soll. Die doppelte Negation erweist sich als ungleichgewichtig, und damit geraten die zahlreichen Äußerungen, man verfolge einen weder anti-amerikanischen noch anti-sowjetischen Kurs, in ein neues Licht. Milovan Djilas nannte dies einen „mystifizierenden Parallelismus“ zwischen den beiden Großmächten, der nur geeignet sei, den „sowjetischen Expansionismus zu ermutigen“ (Il Giornale Nuovo, 4. 5. 1980). Wenn die KPI Italien notfalls gegen eine sowjetische Invasion verteidigen will, so ist dies sicherlich ehrlich gemeint. Aber sind diese Kommunisten nicht genauso ehrlich davon überzeugt, daß dieser Fall nie eintreten wird?

Die KPI hat stets betont, daß sie die demokratischen und liberalen Werte und Freiheiten zu respektieren gedenke und ihre Mißachtung in sozialistischen Staaten verurteile. Sie mußte jetzt einräumen, daß eine Synthese dieser Freiheiten mit einer sozialistischen Staats- und Gesellschaftsform bislang nirgends gelungen ist. Als Grund für ihre Entscheidung, sich dennoch in die Tradition des Sozialismus als dessen dritten Phase einzureihen und sich von der Sozialdemokratie abzugrenzen, muß die alte Geschichtsmetaphysik herhalten, die den Eingeweihten stets Macht über die Unwissenden gab.

Berlinguer schätzt sich heute glücklich, in jenem kleinen Teil der Welt zu leben, in dem die freiheitlich-liberale Tradition das staatliche und gesellschaftliche Leben bestimmt. Das ist ihm und seiner Partei freilich nicht Grund genug, dieser liberalen Tradition und den durch sie verkörperten Werten Vorrang vor einer unbekannt Form des in seinen realen Formen hinlänglich bekannten Sozialismus zu geben. Die prophetische Gewißheit über die Etappen der Geschichte, wenn auch nicht über deren Ziel, ist unvereinbar mit der für freiheitliche Staaten charakteristischen Offenheit des politischen Kampfes um Mehrheiten, deren Entscheidungen durch neue Mehrheiten korrigiert werden können müssen.

Nein, es ist den italienischen Kommunisten, die es mit ihrer Kritik am Osten ernst meinen, nicht gelungen, über den Schatten ihres „Glaubenswillens“ (Solschenizyn) zu springen. Ihre Sozialismuskritik erreicht noch (?) immer nicht

die analytische Schärfe, die sie bei östlichen Dissidenten gewinnen kann. Die KPI löst „den theoretischen Knäuel des Verhältnisses zwischen der repräsentativen Demokratie, ihrer Verwendung durch die Arbeiterklasse und der sozialistischen Perspektive“ nicht<sup>25</sup>). Sie will durchaus den Wechsel der Mehrheiten respektieren, favorisiert aber deutlich die Bildung eines großen Blocks, der de facto jede Opposition marginalisieren müßte<sup>26</sup>). Jetzt droht ihr Bemühen, Widersprüchliches mit aller Kraft zusammenzuzwingen, den historischen Kompromiß gleichzeitig mit DC und KPdSU zu finden, einige Genossen zu überanstrengen; erste Anzeichen, daß sich auch in der KPI „Afghanen“ formieren, sind schwach, aber deutlich.

Franco Rodano, Theoretiker der Partei und wegen seiner Unabhängigkeit wichtiger als Cossuta, hat öffentlich die antisowjetische Resolution des ZK mit Nachdruck kritisiert: Die KPI solle sich nicht zu einer Geißel der Sozialdemokratie machen. In der traditionsverhafteten kommunistischen Basis, von der sich die jungen Intellektuellen als Funktionäre ein gutes Stück entfernt haben, werden stalinistische Bekenntnisse laut. Obwohl Berlinguer sie als Einzelfälle abtun will, mußte er einräumen, daß Gruppen in der Partei „beabsichtigen, die Spaltung der Partei zu organisieren“ („Spiegel“ 9/1982, S. 134). Nur „ein paar Dutzend“ Parteigenossen seien ausgetreten. Das Bemühen, die innerparteiliche Krise herunterzuspielen, ist das beste Indiz für ihre Virulenz. Dennoch ist eine Spaltung der Partei unwahrscheinlich, denn die autoritäre Führung weiß sich des Apparates sicher. Nicht auszuschließen ist, daß Enttäuschte abwandern — wie zu Beginn der siebziger Jahre bereits viele, vor allem jugendliche Kommunisten sich nach links orientiert hatten. Noch hat sich die Parteiführung alle Wege offengehalten. „Wir jedenfalls wollen mit Moskau nicht brechen“ (Berlinguer). Noch will die KPI offenbar kommunistisch bleiben

<sup>25</sup>) F. Scianna, in: Le Monde Diplomatique, 2/1982, S. 10

<sup>26</sup>) Wie soll dies breite Bündnis, fragt L. Gruppi, je die Macht verlieren, „wenn im Kampf gegen das Monopolkapital ... Veränderungen in den Klassenverhältnissen erzielt worden sind?“, aus: L. Gruppi, Über Demokratie und Sozialismus, in: J. Bischoff und J. Kreimer (Hrsg.), Sozialismus in Italien, Berlin 1977, S. 150. Diese Argumentation ist für den „orthodoxen“ Marxismus-Leninismus typisch: Das Volk, dessen Vertreter die Macht übernommen haben, kann nicht sich selbst Opposition machen. Vgl. den DKP-Theoretiker J. Reusch, Pluralismus und Klassenkampf, Frankfurt/Main 1982, S. 82 ff, 89ff.

— nach eigener, höchst undeutlicher Façon. Denn sie glaubt zu wissen, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört, da sich ihr histori-

scher Fortschritt „unabhängig von ... dem freien Wechsel von Mehrheiten und Minderheiten“ vollzieht<sup>27)</sup>.

#### IV. Kommunisten in der Regierungsverantwortung

— Die KPF: „Il change, il change, et pourtant, non rien n'est change“<sup>28)</sup>

Ganz im Gegensatz zu der im Grunde gradlinigen Entwicklung der KPI hat die KPF in den letzten Jahren einen atemberaubenden Zickzackkurs verfolgt. Ihr Parteisekretär Georges Marchais war 1969/70 als Mann Moskaus zum Nachfolger Waldeck-Rochets bestellt worden, der 1964 den Altstalinisten Thorez abgelöst und anschließend begonnen hatte, die Partei vorsichtig von der bedingungslosen Vasallentreue gegenüber Moskau zu lösen. Derselbe Marchais verblüffte Partei und Bevölkerung gleichermaßen, als er einen Monat vor dem „eurokommunistischen“ XXII. Parteitag 1976 ohne jede parteiinterne Diskussion die Streichung der Diktatur des Proletariats aus dem Programm der Partei im Fernsehen ankündigte<sup>29)</sup>. Er hatte nach dem Tod der zwei Stalinisten Duclos und Frachon den Kurs der Öffnung, den er mit dem gemeinsamen Regierungsprogramm der Linken (1972) einer z. T. widerwilligen Parteiführung abgetrotzt hatte, mit Energie betrieben: Im Mai 1975 war eine „Erklärung der Freiheit“ veröffentlicht worden und im November desselben Jahres kam die berühmte und überschätzte gemeinsame Erklärung von KPI und KPF zustande<sup>30)</sup>. Kurz nach dem Parteitag brachten die Kommunalwahlen im März 1976 einen überraschenden Sieg für die Linksunion, die danach in der Mehrzahl der französischen Kommunen die Bürgermeister stellte. Der Konflikt mit Moskau verschärfte sich, als Marchais am 22. Fe-

bruar 1977 mit dem sowjetischen Dissidenten Amalrik zusammen im französischen Fernsehen auftrat und Menschenrechtsverletzungen im Osten anklagte. Über zwei Jahre lag sein letzter Besuch in der Sowjetunion zurück; den Parteitag der KPdSU hatte er boykottiert. Seine nächste Visite sollte im Januar 1980 stattfinden und ihm die Gelegenheit geben, von Moskau aus im französischen Fernsehen den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan als Akt internationaler Solidarität zu verteidigen.

Am Beispiel der KPF ist leicht zu illustrieren, daß die dezidiert verfochtene Autonomie einer kommunistischen Partei weder Schlüsse auf ihr Verhältnis zu Moskau noch auf ihre innere Liberalität erlaubt: Die KPF hatte seit jeher mit dem Problem zu kämpfen, daß die außenpolitischen Optionen der UdSSR mit den eigenen kollidierten. Bereits 1923 beharrte sie auf ihrer eigenen Einschätzung der Rheinland-Besetzung, 1965 unterdrückte sie während des Wahlkampfes in ihrer Presse die Verlautbarungen von TASS zugunsten von de Gaulle und mit großem Unwillen betrachtete sie 1974 die offene Parteinarbeit zugunsten Giscard's; 1981 war sie wohl mit dem Herzen dabei. In gewisser Hinsicht ist die Position der KPF im Westen der kommunistischen Partei Rumäniens im Osten vergleichbar.

Dieser Vergleich gilt auch im Blick auf die innerparteilichen Strukturen. Die „Ex du PC“ bestätigen ohne jeden Vorbehalt die Vermutungen der Beobachter: Innerparteiliche Demokratie wird nur sporadisch in Form organisierter Debatten zugelassen, wenn die Parteiführung sich des Druckes der Basis nicht anders zu erwehren können glaubt<sup>31)</sup>. Timmermann hat die KPF in einer Zeit, als sie sich anschickte, ihre Mitgliederzahlen über die Millionengrenze zu treiben, als „Kaderpartei

<sup>27)</sup> S. Segre, in: H. Timmermann (Hrsg.), Eurokommunismus. Fakten, Analysen, Interviews, Frankfurt 1978, S. 182 f. Ähnlich argumentierte auch das gemeinsame Programm von PS und KPF 1972: Eine „demokratische Regierung“ (sic) würde sich dem negativen Wählervotum beugen, sei sich aber zugleich sicher, daß dies wegen des „immer stärker werdenden Vertrauens der Werktätigen“ nicht nötig sein werde. W. Goldschmidt, Das gemeinsame Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, Köln 1972, S. 51; vgl. G. Marchais, Die demokratische Herausforderung, Frankfurt 1974, S. 123.

<sup>28)</sup> A. Kriegel, Commentary 1976, S. 41.

<sup>29)</sup> LM, 9. 1. 1976; J. Elleinstein, Ils vous trompent, Camarades, Paris 1981, S. 86.

<sup>30)</sup> M. Steinkühler, a. a. O. (Anm. 3), S. 275 ff.

<sup>31)</sup> L'Express Nr. 1493, S. 34 ff.; Le Monde Diplomatique 2/1982. Im ZK etwa wird „keine Kritik an der Direktion geduldet“ (Fiszbin, in: L'Express Nr. 1498, S. 44).



mit Massenbasis<sup>32)</sup> beschrieben. Vor die Wahl gestellt, haben die Kommunisten nicht gezögert, die Masse der Erhaltung eines schlagkräftigen und ideologisch zuverlässigen Kadern zu opfern. Philippe Robrieux schätzt die Zahl der Mitglieder heute auf 150 000 bis 200 000 gegenüber den 1982 annoncierten 710 138<sup>33)</sup>. Die kontinuierlich rückläufige Auflagenstärke der kommunistischen Presse ist ein gutes Indiz für den Zustand einer Partei, die sich nach der Wahlschlappe in der Regierung und auf ganzer Linie auf dem Rückzug befindet. Umfragen geben ihr heute nach den 15 % von 1981 nur noch 10 bis 12 % der Wählerstimmen, was durch die Ergebnisse der Kantonalwahlen im März bestätigt wurde<sup>34)</sup>. Für die Intelligenz, die ihr einst scharenweise und meist blind nachlief, hat sie jede Attraktivität eingebüßt. Entblößt von Masse und Geist treten „die Strukturen, die Methoden des Denkens und der Organisation, die den Stalinismus hervorgebracht haben“, wieder sichtbar zutage<sup>35)</sup>.

Die KPF hatte in die Linksunion aus einer Position der Stärke eingewilligt: Ihren 20 % der Stimmen standen 1968 16,5 % für die Sozialisten gegenüber. Ein Jahr später erhielt Duclos bei der Präsidentschaftswahl für die KPF 21,5 %, während sich Deferre für die Sozialisten mit 5 % begnügen mußte. 1973 hatte die neu formierte Sozialistische Partei (PS) mit Mitterrand fast gleichgezogen (20,8 % : 21,4 %), 1978 das Kräfteverhältnis umgekehrt (22,6 % : 20,6 %), um 1981 die Kommunisten auf den

niedrigsten Stand seit 1936 zu drücken (36,6 % : 16,2 %). Es liegt auf der Hand und wird nur von der KPF bestritten, daß sie, um dieser katastrophalen Entwicklung zu steuern, die Linksunion 1977 aufkündigte und so 1978 den möglichen Sieg der Linken verhinderte, der sie nämlich nur als zweiten Sieger gesehen hätte. Der Zorn der Linken galt ihr, deren Politbüro die Schuld für die Wahlniederlage den Sozialisten zuschob. Widerstand formierte sich auch in den Reihen der Partei. Elleinstein und Althusser standen mit ihren Artikelserien in „Le Monde“ keineswegs allein. Aus Aix-en-Provence kam etwa der „Brief der Dreihundert“, der die Diskussion und die Analyse der Niederlage verlangte.

Der Parteiapparat überstand diese Belastungsprobe unbeschädigt; die Dissidenten wurden marginalisiert, ohne daß man sie mit schädlicher Publizität hätte ausstoßen müssen. Auf dem XXIII. Parteitag 1979 war Marchais unangefochten Herr der Partei, konnte zur allgemeinen Überraschung seinen Rivalen Roland Leroy (Chef von L'Humanité) aus dem Sekretariat verdrängen und eine Resolution einstimmig verabschieden lassen, in der für die sozialistischen Staaten festgestellt wird: „leur bilan est globalement positif“<sup>36)</sup>. Nach der Niederlage im Sommer 1981 hatten 30 Kommunisten, unter ihnen Henri Fiszbin, seit 1979 Mitglied des ZK und mächtiger Chef der Pariser Verbände der KPF, die „rencontres communistes“ gegründet. Wie 1978 wurden sie des „fractionnisme“, der „activité de tendance“ bezichtigt und aus der Partei gedrängt, deren ZK schlicht feststellte, sie hätten sich selber aus der Partei entfernt<sup>37)</sup>. Auch eine Anzeigenkampagne mehrerer Hundert Kommunisten (LM, 10. 10. 1981), die aufgeworfenen Fragen offen auf dem Parteitag zu diskutieren, brachte die Parteiführung nicht von ihrem Kurs ab — ohne Rücksicht auf die hoffnungslose Situation. Welches Kalkül mag sie bewegen?

Die Zeit der Liberalisierung hat die Partei die Führungsrolle innerhalb der Linken und viele Wählerstimmen gekostet. Ihren Parteiapparat, der sie anderen Parteien an Effizienz und Organisationsfähigkeit überlegen sein läßt, hat sie jedoch über diese Jahre unbeschädigt hin-

<sup>32)</sup> In: Festschrift für R. Löwenthal, Sozialismus in Theorie und Praxis, Berlin 1978, S. 747.

<sup>33)</sup> Ph. Robrieux, Histoire interne du PC 1972 — 1982, Paris 1982, S. 502 ff. Die große Differenz ist mit unterschiedlichen Manipulationen der Parteiführung zu erklären, die keine präzise Definition eines Mitgliedes kennt. So können zu Beginn eines Jahres die Unterorganisationen aufgefördert werden, Mitgliedskarten in großer Zahl anzufordern, die zu einem großen Teil nicht ausgegeben werden können. Dennoch geht die Zahl der angeforderten Karten als Mitgliederzahl in die Statistiken ein. Oder man schickt die jährlich zu erneuernde (und zu bezahlende) Karte allen alten Mitgliedern zu — mögen sie auch inzwischen verstorben, verzogen oder ausgetreten sein. Statistisch werden die versandten Karten, nicht die gekauften Marken erfaßt. Wir haben es in den offiziellen Statistiken also mit „politischen Zahlen“ zu tun. Realistische Schätzungen orientieren sich am Verkauf der Parteipresse, verstreuten Angaben und den Unterlagen, über die Dissidenten verfügen.

<sup>34)</sup> FAZ 15. 2. 1982, S. 12; 15 Redakteure des Parteiblattes L'Humanité, denen aus politischen Gründen gekündigt wurde, beziffern die Auflage des Blattes auf lediglich 80 000 (LM, 21. 1. 1982, S. 8).

<sup>35)</sup> Das schrieb François Mitterrand 1979 in: L'Express, 14. 1. 1979, S. 44.

<sup>36)</sup> France Nouvelle, 9.—15. 6. 1979. Die für Frankreich angestrebte Veränderung habe man sich nicht als „Bruch wie die Oktoberrevolution, vielmehr als einen Prozeß eines Bruches, eine Folge von Massenkämpfen vorzustellen“. (L'Humanité, 10. 5. 1979).

<sup>37)</sup> LM, 11./12. 10. 1981, S. 5; so wurde auch Elleinstein — satzungswidrig — vor die Tür gesetzt (FAZ, 7. 1. 1980), LM, 10. 10. 1981.

wegretten können. Dessen Orthodoxie prägt das Profil einer Partei, die — das darf man nicht vergessen — in den ersten zehn Nachkriegsjahren trotz — oder eben: wegen — ihrer eindeutig pro-sowjetischen Orientierung die besten Wahlergebnisse ihrer Geschichte erzielte. Der Parteiapparat ist für den Bestand der Partei lebensnotwendig; auf ihn, die kommunalen Pfründe und die Gewerkschaft CGT wird die KPF weiterhin ihre künftige Strategie aufbauen. So nimmt es nicht wunder, daß sie konsequent und ohne jede Einschränkung am demokratischen Zentralismus festhält, „der das auf organisatorische Ebene (übersetzt), was für leninistische Identität schon immer der zentrale Punkt war, nämlich den Glauben an die kommunistische Überlegenheit“<sup>38</sup>).

Die KPF betrachtet sich als „Trägerin der Interessen der werktätigen Massen in ihrer Gesamtheit, ja selbst des Interesses der Nation“<sup>39</sup>). „Der führende Einfluß einer Vorhutpartei“ gehört zu den drei „universellen Prinzipien des Sozialismus“<sup>40</sup>), die alle Sozialisten über die den nationalen Gegebenheiten angepaßten unterschiedlichen Sozialismusmodelle hinweg einen. Es sind ferner die Kollektivierung der „großen Produktions- und Austauschmittel“ und die Planung und Demokratisierung des ganzen nationalen Lebens. Diese Maximen der marxistischen „Vulgata“ beseelen alle Sozialisten mit „gleicher Leidenschaft des Sozialismus“.

Gleichwohl hatte man 1976 einstimmig die „Diktatur des Proletariats“ aus dem Programm gestrichen, „weil sie nicht die Realität unserer Politik ...“ abdecke — und weil sie negative Assoziationen wecke. Diese neue Realität zeichne sich insbesondere dadurch aus, daß man „auf der Grundlage freier, durch allgemeine Wahlen zum Ausdruck gebrachter Entscheidungen“ zusammen mit allen Werktätigen die Gesellschaft umgestaltet und „die demokratischen Entscheidungen des Volkes ... respektieren“ will. Man muß, so erläutert Marchais diese Verklausulierung eines entscheidenden Gedankens, davon „überzeugt sein, daß sich bei jeder Etappe die politische und arithmetische Mehrheit decken müssen“. Die KPF grenzt sich damit gegen die sowjetische Auffassung ab, allein die „politische Mehrheit“ sei ausschlaggebend. Gleichzeitig wertet sie

die Organe der repräsentativen Demokratie wieder auf, nachdem sie 1968 unterstrichen hatte, „daß das entscheidende für den Übergang ... zum Sozialismus der Kampf der Volksmassen ist“<sup>41</sup>). Genau auf diese alte Taktik der Doppelstrategie, die Timmermann „außerparlamentarische Mobilisierung“ nennt<sup>42</sup>), greift die KPF seit 1978 verstärkt zurück: über ihren Transmissionsriemen CGT, deren Führung und Kader von Kommunisten beherrscht werden. „Es reicht nicht“, schreibt Marchais in seinem Buch „Parlons franchement“, „eine Mehrheit zu gewinnen. Wenn man nicht die Massen gegen das große Kapital mobilisiert, muß man vor dessen Forderung kapitulieren ...“<sup>43</sup>). Und die Massen zu organisieren hat die KPF schon immer verstanden; der PS hat dagegen auch heute noch eine vergleichsweise schwache Organisationsstruktur.

Es spricht also alles dafür, daß man den Verzicht auf die Diktatur des Proletariats nicht überschätzen sollte. Stärker noch als das der KPI ist das Denken der KPF den orthodoxen Kategorien des Marx'schen Prophetismus verhaftet. Georges Marchais hat „eine klare Vorstellung vom Lauf der Geschichte, von den erreichbaren Zielen, von den Mitteln, die dazu eingesetzt werden müssen, und von den Etappen, die dabei zu durchschreiten sind“<sup>44</sup>). Natürlich ist für die KPF Klassenkampf eine grundlegende Realität unserer Gesellschaft. Der Verzicht auf die Diktatur des Proletariats bleibt also ohne jede Auswirkung auf die Ideologie der Partei, die keinem wichtigen Axiom der marxistischen Weltanschauung 1976 abschwören wollte, so daß Etienne Balibar mit seinem Plädoyer für die Beibehaltung des Begriffs, der unabhängig von der jeweiligen Staatsform als Gegenstück zur Diktatur der Bourgeoisie, die die KPF ja nicht leugnen wolle, systematisch unentbehrlich sei, die Logik durchaus auf seiner Seite hatte<sup>45</sup>).

Um ideologische Logik und Konsistenz kümmerte sich die KPF in ihrem Kampf gegen den PS in den vergangenen Jahren freilich wenig. Im September 1981 eröffnete sie ihren Wahlkampf mit einem Eklat: Sie zog bei den Senatswahlen in verschiedenen Departements ihre Kandidaten nicht im zweiten Wahlgang

<sup>38</sup>) R. Tiersky, Das Problem des demokratischen Zentralismus, in: H. Timmermann (Hrsg.), a. a. O. (Anm. 18), S. 437.

<sup>39</sup>) Manifest von Champigny (1968) bei M. Steinkühler, a. a. O. (Anm. 3), S. 133.

<sup>40</sup>) Ebd., S. 190. Vgl. auch S. 136 und S. 151.

<sup>41</sup>) Ebd., S. 190, 191, 184, 188 und 150. Natürlich nimmt auch die KPF an, daß die Mehrheit der Wähler sie nicht wieder in die Opposition schicken würde.

<sup>42</sup>) H. Timmermann, a. a. O. (Anm. 8), S. 80f.

<sup>43</sup>) L'Express, 21. 10. 1978, S. 97.

<sup>44</sup>) G. Marchais, Die demokratische Herausforderung, S. 177.

<sup>45</sup>) Sur la dictature du proletariat, Paris 1976.

zurück und verhalf damit der Rechten zum Sieg über die gesplante Linke. Eine Karikatur in *Le Monde* zeigte Marchais und Giscard Arm in Arm: „ich zähle noch auf Sie für die Präsidentschaftswahlen“ flüstert der Präsident dem Kommunisten zu. Im Oktober 1981 läßt Marchais sich zum „candidat anti-Giscard“ nominieren, um dann vor allem gegen „le consensus à trois“ zwischen Giscard, Chirac und Mitterrand zu polemisieren (LM, 15. 1. 1982). „Die reale Gefahr besteht darin, morgen Mitterrand, wenn er die Hände frei hat, mit der Rechten regieren zu sehen“ (LM, 25. 3. 1981). Über seine Empfehlung für den zweiten Wahlgang, in dem aller Voraussicht nach zwischen Giscard und Mitterrand die Entscheidung fallen mußte, hüllt er sich in Schweigen, während er implizit Giscard in die Hände arbeitet. Vorsorglich hatte der Fraktionsvorsitzende der KPF in der Nationalversammlung, Ballanger, schon erklärt, er würde keinen „atlantischen Sozialisten“ wählen, womit er nur Mitterrand meinen konnte (LM, 10. 10. 1980). Die bereits erwähnten Redakteure von *L'Humanité* wußten dann zu berichten, daß die Geschäftsleitung nicht gezögert habe, für die „revolutionäre“ Stimmabgabe für Giscard zu werben (LM, 21. 1. 1982).

Auch vor dem Appell an rassistische Instinkte schrecken Teile der KPF bei ihrem Kampf um Wählerstimmen nicht zurück: Ein kommunistischer Bürgermeister machte gegen den hohen Anteil von Ausländern in seiner Kommune mobil, und andernorts wurde eine marokkanische Familie unbegründet öffentlich des Drogenschmuggels bezichtigt (LM, 10. 2. 1981). Unverhohlen spielte sich die Partei als Garant für Ruhe und Ordnung auf<sup>46)</sup>. Aber alle Schachzüge halfen nichts: Mitterrands Sozialisten fegten mit ihrer komfortablen absoluten Mehrheit die bisherige Mehrheit mitsamt den Kommunisten hinweg. „Das ist ein großer Sieg für mich und meine Partei ... Die Kommunistische Partei hat ihren Teil für den heutigen Sieg beigesteuert ...“, kommentierte Marchais, der sich auf die neue Situation blitzschnell eingestellt hatte und auf die Beteiligung kommunistischer Minister an der Regierung Mauroy drang (LM, 30. 6. 1981). Plötzlich wurde das Unmögliche möglich. Am 25. Juni 1981 konnte das Regierungsabkommen zwischen PS und PC unterzeichnet werden: Beide Parteien sprechen sich darin „für den Rückzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan und die

Beendigung aller äußeren Einmischungen“ aus — was auch die Meinung der UdSSR sei, wie Marchais sofort erläuterte. Sie „nehmen Kenntnis von der durch die Verträge von Camp David geschaffenen Situation“ — was zu nichts verpflichtet. Sie „hoffen (endlich), daß das polnische Volk selber den Prozeß der wirtschaftlichen, sozialen und demokratischen Erneuerung zu einem guten Ende führt“ — was die polnische Militärregierung ja gerade versuche<sup>47)</sup>.

Der PS hat der KPF nur ein wichtiges, nachgerade selbstverständliches Eingeständnis abgehandelt: Es gilt das Prinzip der gouvernementalen Solidarität, dem nur Mitglieder der Regierung unterliegen. Die KPF hatte offen erklärt, daß die Taktik von 1936, sich nicht an der Regierung zu beteiligen und die Sozialisten parlamentarisch zu unterstützen, verfehlt war und somit für 1981 kein Vorbild sein könne. Durch die Beteiligung an der im Taumel der Begeisterung gebildeten zweiten Regierung Mauroy konnte sie nur gewinnen, solange der PS ihr mit seiner absoluten Mehrheit nicht unannehmbare Forderungen stellte. Das war mit dem Abkommen vom 23. Juni 1981 nicht der Fall. Vier Kommunisten, unter ihnen als *ministre d'Etat* Charles Fitermann, der noch im Oktober 1981 „le caractère incertain et politicien du PS“ und ihre „Flucht nach rechts“ kritisiert hatte (LM, 12./13. 10. 1980), wurden Minister und ließen die KPF am Ansehen der Regierung „des Wechsels“ und „des Volkes“ teilhaben, ohne daß sie ihre innere Distanz zum Koalitionspartner hätte aufgeben müssen: „le P.C. est un parti au gouvernement, pas un parti du gouvernement“ formulierte der Chefredakteur von *L'Humanité*, Roland Leroy, treffend<sup>48)</sup>. Die Basis für „la remontée de l'influence du parti“ war geschaffen und eine Strategie auf drei Ebenen zeichnete sich ab: In der Regierung, als Avantgarde-Partei und mittels der CGT will die KPF das verlorene Terrain zurückgewinnen.

Mitterrand haben unterschiedliche Gründe bewegt, die Kommunisten in seine Regierung aufzunehmen. Die andernfalls drohende Gefahr einer Opposition von rechts und links, der Druck des CERES-Flügels seiner Partei und der Mythos der vereinigten Linken dürften den Ausschlag gegeben haben. Sollte jene bekannte Hoffnung eine Rolle gespielt haben, durch Entgegenkommen lasse sich eine gewisse Liberalisierung des Kommunismus för-

<sup>46)</sup> Vgl. die Gesetzesinitiativen der KPF, die auf ein Blockwartssystem zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung zielen, in: *L'Express*, 28. 2. 1981, S. 31.

<sup>47)</sup> LM, 25. 6. 1981, S. 11.

<sup>48)</sup> *L'Express*, 12. 2. 1982, S. 33.

dern, dann muß der PS diese Hoffnung zumindest vorläufig aufgeben.

In der Parteitage resolution, die die KPF-Spitze Anfang Oktober 1981 vorgelegt hatte, damit sie in der Partei diskutiert werde, waren die Worte der Selbstkritik gut versteckt. Die Partei dachte gar nicht daran, sich von der Politik zu distanzieren, die sie vom Bruch der Linksunion zum Wahldebakel von 1981 geführt hatte (L'Humanité, 13. 10. 1981). Die vorgetragene „Selbstkritik“ (LM, 11. 11. 1981) nahm eine überraschende Wendung: Die Partei hatte sich, so hieß es, 1956 „verspätet“ der Aufgabe zugewandt, eine sozialistische Perspektive für Frankreich zu entwickeln, die dessen Gegebenheiten berücksichtigte statt sich starr am sowjetischen Modell zu orientieren. Diese „strategische Verspätung“ habe zur Konfusion über die Ziele der Partei geführt, da diese „nicht rechtzeitig und präzise den französischen Sozialismus definiert“ habe<sup>49)</sup>. Es wäre also kurzzeitig, die Wurzel des Stimmenrückgangs in der Politik der letzten Jahre zu suchen, hier kulminierte vielmehr eine Entwicklung, die 1958 begonnen habe. 1977 habe die Partei das einzig Richtige getan, als sie nicht vor dem rechtslastigen PS kapitulierte, sondern sich entschloß, den „débat de masse“ zu führen, der verhindert habe, daß die Linke sich 1981 — wie der PS 1977 — in der „sozialdemokratischen Sackgasse“ verrennt<sup>50)</sup>. Mit den Worten Guy Hermiers, Mitglied des Politbüros: „Gerade deswegen, weil wir 1977 den Mut hatten, so zu handeln, wurde 1981 möglich ...“ (LM, 9. 2. 1982). Deshalb muß auch die Kritik am „gemeinsamen Regierungsprogramm“ von 1972 aufrechterhalten werden, das eine Etappe auf dem Weg zu einem „unzureichend definierten Ziel“ vorgeschlagen habe; indem sie sich darauf einließ, habe die KPF die Unterschiede zum PS „verwischt“ und ihm so „große Teile der Volksbewegung zugetrieben“ (LM, 4. 2. 1982/Marchais). Die Einschränkung, damit sei nicht die Linksunion als solche, sondern nur bestimmte Formen der Union gemeint, ändert an dem gezielten Affront gegenüber dem PS nichts.

Um einer verfehlten Analyse der Schwächen der Partei nicht Vorschub zu leisten, verliert die Resolution über die Zeit seit 1977 nur wenige Worte. Daß Kommunisten an der Regierung beteiligt sind, wird eher beiläufig erwähnt, und die heftigen Ausfälle gegen Bour-

geoisie und Patronat — übrigens zu einer Zeit, in der sich die Regierung um das Vertrauen der Wirtschaft bemüht — lassen Zweifel aufkommen, ob es den berühmten „Wechsel“ überhaupt gegeben hat.

Das gibt den Hintergrund für die erste Doppelstrategie der KPF ab. Sie wird nicht müde zu betonen, daß die Regierung ohne die Unterstützung durch ein „mouvement populaire“ den Wechsel nicht vollziehen könne. Auch kommunistische Minister können nach Fitermann nicht die „Initiative von Millionen von Männern und Frauen“ ersetzen (LM 6. 2. 1982); die KPF bietet sich an, bei dieser „mobilisation populaire indispensable“ nach Kräften zu helfen. Deshalb sei das Regierungsabkommen so gehalten, daß es „Platz läßt für die Intervention der Arbeiter, ... ohne ihnen ein Korsett anzulegen“ (LM, 5. 2. 1982). Alles wäre verloren, wenn der mouvement populaire beschränkt würde. In der Koalition müsse es Herausforderung (défi ambitieux!) und Wettstreit zwischen den beiden Partnern geben. Die Massen, die den Wechsel beschleunigen sollen, pflegt die KPF über die CGT zu mobilisieren, in der mitzuarbeiten während des Parteitages den Delegierten stets von neuem eingehämmert wird.

Schon früher hat die Partei diesen Transmissionsriemen gegen die sozialistische Regierung angespannt. 1980 hatte sie den CGT-Chef Seguy, ehemaliges Politbüromitglied, der die Gewerkschaft vorsichtig zu einer gewissen Selbständigkeit und Unabhängigkeit von der KPF zu führen versucht hatte, de facto entmachtet; im Juni 1982 gab er sein Amt an den Kommunisten Krasucki ab. Zwar sind die Mitgliederzahlen und Wahlergebnisse auch der CGT rückläufig, weil viele Gewerkschaftler mit der bedingungslosen Treue zur KPF nicht einverstanden sind — auch hier formieren sich Dissidenten —, aber sie ist immer noch die größte französische Gewerkschaft, fest in kommunistischer Hand und an keine Regierungssolidarität gebunden<sup>51)</sup>. Es war sicher kein Zufall, daß sie demonstrativ alle Polen-Demonstrationen boykottierte und Krasucki kurz vor dem Parteitag einen heftigen Streit mit dem Arbeitsminister vom Zaun brach, in dem ihm Sainyon sofort sekundierte. Auch ge-

<sup>49)</sup> Marchais bei der Eröffnung des Parteitages: LM, 4. 2. 1982, S. 34.

<sup>50)</sup> R. Auchédé, Sekretär der Fédération Pas-de-Calais, LM, 6. 2. 1982, S. 8.

<sup>51)</sup> R. Tiersky, Die französischen Kommunisten in ihrer Gesellschaft, in: a. a. O. (Anm. 18), S. 115; L'Express, 12. 2. 1982, S. 31. J. Kergoat analysiert die Statistiken der CGT in: LM, 8. 6. 1982. Auch hier sind die offiziellen Angaben weit von der Realität entfernt. Wichtig ist die Beobachtung, daß die CGT vor allem unter ihrer traditionellen Klientel Anhang verliert und besonders stark in kleinen Betrieben verankert ist.

gen einen sozialistischen Minister — so hieß die Botschaft — setzt sich die KPF für die Interessen der Arbeiter ein.

„Die Sozialisten haben die Macht durch die Stimmzettel. Wir dagegen verfügen über die Arme in den Betrieben, um die gesellschaftliche Veränderung voranzutreiben. In den Betrieben, die verstaatlicht werden, gibt es ein Machtvakuum. Wir müssen es ausfüllen.“<sup>52)</sup> Ende Januar demonstrierte die CGT, wie solche „Operationen des direkten Protestes“ „pour imposer le changement“ (LM, 5. 2. 1982) aussehen können: Zwei Rundfunksender und eine Provinzzeitung wurden besetzt; ein Kamerteam, das eine Demonstration gegen Czyrek, den Leiter der polnischen Delegation beim Parteitag, filmen wollte, wurde tätlich angegriffen. Diese Taktik des begrenzten Konflikts verfolgte die CGT den ganzen Sommer hindurch: Sie rief insbesondere in nationalisierten Unternehmen Streiks aus und propagierte im September/Oktober eine Kampagne gegen die Autoritätspolitik der Regierung, die allerdings nicht die erhoffte Unterstützung der Massen fand.

Die zweite Doppelstrategie unterscheidet zwischen Partei und Regierungsgliedern. Außenpolitisch unterstützt die KPF die Friedensbewegung und deren Aktionen gegen den NATO-Doppelbeschluß, den auch die Regierung Mitterrand verteidigt. Einen Tag nach der Demonstration am 10. Oktober 1982 in Bonn gab sich die sonst eher deutschlandfeindliche L'Humanité deutschtümelnd: „Am Samstag hat das humanistische Deutschland in Bonn seine Stimme erhoben.“ Der Warschauer Militärcoup und der Falkland-Konflikt räumten dann die letzten Zweifel darüber aus, daß Regierung und KPF in der Beurteilung der internationalen Verhältnisse unterschiedlicher Meinung sind. Ein klärendes Gespräch über die Haltung gegenüber der polnischen Militärjunta im Januar zwischen PS und KPF brachte nur eine Bestätigung der Differenzen und Divergenzen.

Der Parteitag bestätigte im Februar die außenpolitische Linie der Parteiführung einstimmig. Vor den sorgfältig ausgewählten 2006<sup>53)</sup> Dele-

gierten werden Rechenschaftsbericht und zukünftiges Programm nicht separat zur Abstimmung gestellt, sondern amalgamiert. Die Ehrentribüne war gut besetzt, die KPdSU schickte Tschernenko, und erstmals seit 1961 waren auch die Chinesen vertreten, denen eine Delegation der KPF im Herbst einen Gegebenbesuch abstattete. Herzlichen Beifall gab es für die polnische Delegation. Beifall erhielt auch Marchais, als er feststellte, daß am authentisch sozialistischen Charakter der Staaten des Ostens kein Zweifel bestünde: Sie „sind ein Stützpunkt für die Befreiungskämpfe auf der ganzen Welt“. Sicher, ein einheitliches Modell des Sozialismus wird wieder zugunsten des Sozialismus in den Farben Frankreichs verworfen; aber es gilt das Urteil des XXIII. Parteitags: Die Bilanz der kommunistischen Staaten ist positiv. Und — ein Seitenhieb auf die KPI — „diversité“ dürfe nicht mit „division“ verwechselt werden (LM, 5. 2. 1982)

Mit dem wirtschaftspolitischen Kurswechsel der Regierung Mauroy im Sommer des Jahres ist die Stellung der KPF schwieriger geworden. Auch wenn die Regierung nicht gegen allen Augenschein die Kontinuität ihrer Politik betonte, würde ein Austritt aus der Regierung den Kommunisten von vielen ihrer wenigen Wähler als Verrat angekreidet werden, zumal der PS den Koalitionspartner sichtlich zu schonen bemüht ist. Andererseits scheint die Parteiführung noch immer mit nicht unerheblichem Widerstand gegen die Regierungsbeteiligung aus den Reihen des eigenen Apparates rechnen zu müssen, dem es immer weniger gelingt, die „Basis“ zu mobilisieren und motivieren. „Vétérans du PC“ hatten sich bereits mit einem „Manifeste du 22 Juin 1981“ zu Wort gemeldet, in dem jede Regierungsbeteiligung als „collaboration des classes“ verurteilt wurde. Mancherorts zeigte man sich irritiert über den „Revisionismus“ der Parteilinie: „Si le socialisme n'est plus à l'ordre du jour, qu'on nous le dise“ (B. Lengellé, L'Express, 9. 7. 1982). Georges Marchais ging indirekt auf diese Vorwürfe ein, als er sich vor Pariser Funktionären mit solchen „interrogations“ und „incompréhensions“ auseinandersetzte (L'Humanité, 21. 4. 1982).

Den Sommer über ließ die Partei keine Gelegenheit ungenutzt, die Grenzen der Freiheit abzutasten, die ihr die Regierungssolidarität läßt. Ein wachsendes Unbehagen an der Situation ist unverkennbar. Mit der gewohnten revolutionären Rhetorik profilieren sich CGT und KPF als Garanten einer Linksregierung, die ohne sie dem Druck der Reaktion nachge-

<sup>52)</sup> G. Gay, FAZ, 2. 2. 1982.

<sup>53)</sup> Über die Selektionsmechanismen im Vorfeld des Parteitages berichtet P. Jarreau in: LM vom 27. 1. 1982; über die Zusammensetzung der Delegierten informiert die kleine Schrift der Partei La composition sociale et les activités professionnelles. Ihr ist zu entnehmen, daß 482 Delegierte im weitesten Sinne Angestellte der Partei sind, 80 % haben einen Kurs auf einer Parteischule absolviert, 42 % sind nach 1973 eingetreten.

ben würde. „Was wollen wir?“ fragte Marchais vor dem Kongreß des Mouvement de la jeunesse communiste (MJCF): „Die Revolution machen!“ Gleichzeitig wies der Generalsekretär des MJCF darauf hin, daß Parteienpluralismus nicht notwendig zur Demokratie gehöre (LM 4. 6. 1982).

Hatte Marchais anläßlich des ersten Jahrestages der Linksinregierung schon erklärt, deren Finanz- und Beschäftigungspolitik rufe „die größte Enttäuschung“ hervor (LM, 29. 5. 1982), warnte André Lajoinie, Fraktionsführer der KPF, am 4. Oktober 1982 das ZK seiner Partei, daß wegen der schwachen Position der KPF in der Regierung nur die „massive Intervention der Arbeiter die Linksorientierung der Regierung erhalten (können) . . . In der Praxis verstößt die Regierung gegen ihre Wahlversprechen“. Die gemeinsame Wirtschaftspolitik wird also wegen ihrer „Geschenke“ für die „Patrons“ heftig und öffentlich kritisiert — „une erreur économique et une faute politique“ nannte sie Krasucki (LM, 18. 6. 1982) —, aber dennoch im Parlament gebilligt. Erstmals gab der kommunistische Gesundheitsminister Ralite im Oktober zu verstehen, daß die kommunistischen Minister im Kabinett in Fragen der Sozialpolitik überstimmt worden seien.

Deutlich ist das Bemühen, trotz der Regierungsbeteiligung wie früher die Stimmen der Unzufriedenen zu gewinnen. Als Tribun der Benachteiligten möchte die KPF erscheinen, wobei sie es sorgsam vermeidet, eigene konkrete wirtschaftspolitische Alternativen zu entwickeln.

Die Aufmerksamkeit der Partei richtet sich vorerst auf die Kommunalwahlen im März 1983, bei denen die seit 1976 errungenen Positionen verteidigt werden sollen — auch gegen den sozialistischen Koalitionspartner, der wegen der jüngsten Erfolge vielerorts die Führung der gemeinsamen Listen beansprucht. Obwohl sich das Kräfteverhältnis auf der Linken fast überall ins Gegenteil verkehrt hat,

kämpft die KPF in den Verhandlungen mit dem PS verbissen um ihrer Position, denn die Kommunen sind zu Bastionen der Partei geworden, die ihr große organisatorische, politische und finanzielle Vorteile sichern. Die im ganzen überaus verständnisvolle Haltung der Sozialisten kommt der KPF auch hier trotz lokaler Konflikte zugute. Der PS weiß, wie sehr eine einigermaßen loyale KPF und CGT das Regieren erleichtert. Die eigene Mehrheit ist im übrigen solide genug, um notfalls auch ohne den unbeständigen Koalitionspartner auszukommen. Dessen durchaus fragliche Eigenständigkeit wird behauptet: „ . . . mais je pose comme postulat l'indépendance des communistes français par rapport à la politique étrangère soviétique“ (Parlamentspräsident Louis Mermaz)<sup>54</sup>).

So spricht alles dafür, daß die sozialistisch-kommunistische Regierung noch einige Zeit im Amt bleiben wird, denn Mitterrand ist offenbar geneigt, die innen- und außenpolitischen Differenzen in der Koalition zu akzeptieren, der KPF Regierungsbeteiligung und Opposition zugleich zu ermöglichen. Die Indizien dafür, daß in der KPF intensiv über das baldige Ende der Ära Marchais nachgedacht wird, sollten trotz ihrer Plausibilität nicht überschätzt werden. Vor 1985, dem Jahr der nächsten Parlamentswahlen und des XXV. Kongresses der KPF, sind abrupte Kursänderungen der Partei kaum zu erwarten.

---

<sup>54</sup>) J.-F. Revel behauptet in seinem jüngsten Buch (La grace de l'état, Paris 1982, S. 189), Moskau habe den Kurswechsel an die Seite Mitterrands zwischen dem ersten und zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen angeordnet. Er nennt für diese Behauptung keine Quelle, und so müssen wir sie als Vermutung nehmen, gegen die die interne Anti-Mitterrand-Kampagne vor dem zweiten Wahlgang anzuführen wäre. Überzeugend ist hingegen der Nachweis Montaldos in seinem Buch Les secrets de la banque soviétique en France, Paris 1979, daß die KPF finanziell von Moskau abhängig ist. Dank eines Dokumentenfundes konnte er die Verflechtungen rekonstruieren.

## Hermann Weber: Die Generallinie der KPD 1929—1933

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/82, S. 3—18

Am Ende der Weimarer Republik war die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) mit sechs Millionen Wählern und über 250 000 Mitgliedern drittstärkste deutsche Partei. Die häufig gestellte Frage, warum Kommunisten und Sozialdemokraten nicht gemeinsam versuchten, Hitlers Machtergreifung zu verhindern, ist jetzt aufgrund authentischer Dokumente (der Rundschreiben des ZK der KPD an die Bezirke von 1929 bis 1933) zu beantworten.

Entgegen der Legende vom Bestreben der Kommunisten nach Zusammenarbeit mit allen antifaschistischen Kräften gegen Hitler kann anhand der Quellen belegt werden, daß die Generallinie der KPD sich vor allem gegen den „Hauptfeind Sozialdemokratie“ richtete. Die KPD-Strategie forderte den radikalen Kampf gegen die Weimarer Republik, insbesondere gegen Sozialdemokratie und Gewerkschaften. Ebenso stand die Verteidigung der Sowjetunion, des „Vaterlands“ und Modells der Kommunisten, im Mittelpunkt der KPD-Politik in Deutschland.

Die organisatorische und ideologische Einbindung der KPD in die Kommunistische Internationale und die Abhängigkeit dieser Komintern von den Konzeptionen der KPdSU unter Stalin sind die entscheidenden Faktoren zur Erklärung der Generallinie der KPD von 1929 bis 1933. Letztlich bestimmte also der Kurs Stalins die ultralinke Politik der KPD mit der These vom „Sozialfaschismus“, der Sozialdemokratie als Hauptfeind, und der Unterschätzung der NSDAP. Die KPD-Führung konnte diese Generallinie nicht verändern, obwohl sie der Situation in Deutschland nicht entsprach. Dieser Gegensatz führte aber zu Versuchen, durch taktische Veränderungen die Generallinie an die Wirklichkeit anzunähern. Doch obwohl die KPD zwischen 1929 und 1933 ihre Taktik siebenmal änderte, scheiterten realistische Ansätze immer wieder, da die Grundsätze der Komintern-Direktiven nicht angetastet werden durften.

Entscheidend war die Funktion der KPD, die als deutsche Arbeiterpartei sowjetische Interessen vertreten wollte und mußte. Dieser Widerspruch verursachte innerparteiliche Kontroversen und Probleme in der Organisationsstruktur. Die Generallinie der KPD von 1929 bis 1933, die den Untergang der alten KPD trotz verschiedener taktischer Wendungen selbst mit herbeiführte, war eben letztlich ein strukturelles Problem der Partei, sie war begründet in ihrer Abhängigkeit von der Komintern und damit der KPdSU Stalins.

## Lucas Heumann: Kommunistische Bündnispolitik in Europa. Historische Erfahrungen — politische Konsequenzen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/82, S. 19—32

Er werden die verschiedenen ideologischen, historischen und politischen Aspekte der kommunistischen Bündnispolitik in Europa dargestellt. Ausgangspunkt ist dabei die Funktion der Bündnispolitik im Rahmen der kommunistischen Ideologie.

Unter Hinweis auf das ideologische Gesamtkonzept des historischen Materialismus wird beschrieben, warum Bündnispolitik für kommunistische Parteien immer nur ein Instrument zur Erlangung der politischen Macht sein kann und sein muß. Dabei versteht die kommunistische Ideologie unter Bündnispolitik ein festumrissenes System von Strategien, um die unterschiedlichsten politischen Kräfte zu einem Zusammenwirken mit der kommunistischen Partei zu bewegen.

Im zweiten Abschnitt werden die verschiedenen Erscheinungsformen einer so verstandenen Bündnispolitik untersucht: die Aktionseinheit, die Volksfront und die Einheitsfront. Die Aktionseinheit hat lediglich kurzfristige Zielsetzungen, während sich die Volksfront im wesentlichen als ein Defensivbündnis unter Einschluß bürgerlicher Kräfte darstellt, um einen gemeinsamen Gegner abzuwehren. Die Einheitsfront schließlich wird als unmittelbare Vorstufe zur Errichtung der „Diktatur des Proletariats“ verstanden.

Im dritten, historisch angelegten Abschnitt wird aufgezeigt, wie die verschiedenen Formen der Bündnispolitik in der historischen Wirklichkeit realisiert worden sind. Beispielhaft werden die Entwicklungen in Frankreich in den dreißiger Jahren und in der DDR nach dem Zweiten Weltkrieg geschildert.

Im vierten und letzten Abschnitt wird dargestellt, welche Konsequenzen diese historische Erfahrung mit der kommunistischen Bündnispolitik für die gegenwärtige europäische Linke hat. Die Illoyalität kommunistischer Parteien gegenüber Bündnispartnern und der systematische Versuch, kurzzeitige Partner unter Einsatz massiver Druckmittel letztlich auszuschalten, haben vor allem in Westeuropa zu einer Spaltung der europäischen Linken geführt. Auf der Parteebene ist diese Spaltung in allen westeuropäischen Staaten endgültig vollzogen worden; auf der gewerkschaftlichen Ebene dagegen gelang es, durch die Selbstbeschränkung auf wirtschafts- und sozialpolitische Fragen in einigen Ländern eine Einheit der Linken nach dem Zweiten Weltkrieg wiederherzustellen.

## Andreas Meier: Eurokommunismus in der Krise

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/82, S. 33—46

Ausgangspunkt ist die Beobachtung, daß es um den Eurokommunismus in jüngster Zeit nach einer Welle einschlägiger Publikationen in den Jahren 1977—1980 überraschend ruhig geworden ist. Die damals aufgeworfenen Fragen konnten indessen keineswegs alle beantwortet werden, denn oft mußten Vermutungen und Meinungen an die Stelle jener Antworten treten, die allein das „Verdikt der Erfahrung“ geben kann. Die programmatischen Erklärungen und Visionen der Eurokommunisten müssen an der Praxis ihrer Politik gemessen werden, um in ihrer Aussagekraft richtig eingeschätzt werden zu können.

Die Darstellung gibt einen Überblick über die Politik der drei kommunistischen Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens in den letzten Monaten und Jahren. Ihre Entwicklung ist höchst unterschiedlich und läßt die Rede von „dem Eurokommunismus“ zunehmend problematischer werden.

Allein die Partei Berlinguers in Italien scheint noch die Hoffnungen zu rechtfertigen, die vor kurzer Zeit in die Wandlungsfähigkeit der Eurokommunisten gesetzt wurden. Eine Analyse der italienischen Kritik an dem polnischen Staatsstreich führt jedoch zu der Erkenntnis, daß die KPI weiterhin in den Kategorien der marxistischen Vulgata argumentiert und den „dritten Weg“ im Dunkel vager Hinweise beläßt.

Einen ganz anderen Gang hat die Entwicklung in Spanien genommen. Eurokommunistische Politik und autoritäre Führung hatte Carillo dort zunehmend schwerer miteinander vereinen können; nachdem er eine heillos zerstrittene Partei in ein Wahldebakel geführt hatte, mußte er seine Position an der Spitze der Partei räumen.

In Frankreich wiederum fand sich die dortige Kommunistische Partei in einer paradoxen Situation wieder: Nach einer deftigen Niederlage ging sie mit der Sozialistischen Partei eine Koalition ein, obgleich sie den Sieg eben dieser Partei zuvor mit allen Kräften zu verhindern gesucht hatte. Die augenscheinliche Willkür, mit der die KPF ihren politischen Kurs in den letzten Jahren mehrfach geändert hat, läßt Zweifel an ihren eurokommunistischen Bekenntnissen berechtigt erscheinen. In der Regierung mit einem Koalitionspartner, der über eine absolute Mehrheit verfügt, versucht sich die KPF auf verschiedenen Wegen zugleich als Opposition zu profilieren.